G. von Jagow

Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges

G. von Jagow

Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges

Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges

Von

G. von Jagow,
Staatssekretär a. D.

1919

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin

Alle Rechte vorbehalten
Copyright by Reimar Hobbing, Berlin

Spamersche Buchdruckerei in Leipzig

Inhalt.

Seite

Vorwort 3

I. Die russische Freundschaft 7

II. Die Westmächte und Mitteleuropa 21

III. Italiens Stellung im Dreibund 39

IV. Der libysche Krieg und die Balkanwirren 47

V. Besserung der deutsch-englischen Beziehungen 55

VI. Der zweite Balkankrieg 67

VII. Russische und französische Kriegsvorbereitungen . . . 75

VIII. Das englisch-russische Marineabkommen 85

IX. Wien und Berlin nach dem Mord von Sarajewo . . . 95

X. Die kritischen Tage nach dem Wiener Ultimatum . . . 113

XI. Der Kaiser und der Zar. — Die russische Mobilmachung und ihre Folgen 129

XII. Das Verhalten des Kabinetts von St. James 151

XIII. Verletzung der belgischen Neutralität 169

XIV. Die Schuldfrage 179

Schluß 193

Vorwort.

Nach meinem Rücktritt vom Amt und während der Dauer des Krieges habe ich es vermieden, über Fragen der auswärtigen Politik, in deren Dienst ich 21 Jahre gestanden habe, mich vor der Öffentlichkeit zu äußern. Nur durch besonderen Anlaß gezwungen, bin ich im Winter 1918 mit einigen durch den Zweck begrenzten Ausführungen aus dieser Zurückhaltung herausgetreten.

Wenn ich jetzt, nachdem der Krieg ein für Deutschland so tragisches Ende genommen und der Übersturz der Ereignisse selbst die alten Staatsformen und Überlieferungen zerbrochen hat, die nachstehende Schrift der Öffentlichkeit übergebe, so geschieht es, um den mancherlei falschen Urteilen und Anklagen gegen unsere Politik, der vielfachen Legendenbildung und Schlagwortagitation durch eine Darstellung der Dinge meinerseits entgegenzutreten.

Das Schicksal hat gegen uns entschieden. Mehr noch als in anderen Dingen ist in der Politik schließlich der Erfolg entscheidend, weil noch weitertragend in seinen Wirkungen. Aus ihm aber auf Ziele und Motive des Handelns rückschließen zu wollen, führt auf Irrwege und zu Irrschlüssen.

Ich habe die Aufzeichnungen großenteils aus der Erinnerung gemacht, mit Hilfe nur weniger eigener Notizen aus jener Zeit und einiger das eigene Gedächtnis ergänzender Mitteilungen früherer Mitarbeiter, sowie hauptsächlich gestützt auf die verschiedenen amtlichen Veröffentlichungen (Buntbücher u. a.) der am Krieg beteiligten Mächte. Ich habe mich bemüht, so leidenschaftslos und sachlich zu schreiben, als dies für einen Mithandelnden und jetzt unter dem harten Schicksal des Vaterlandes Mitleidenden möglich ist. Ein völlig objektives Urteil über die Geschehnisse und ihre Ursachen wird erst eine spätere Geschichtsschreibung abgeben können, die, jenseits der Kämpfe dieser Zeit stehend, frei von ihrer nationalen Verbitterung und ihrer parteipolitischen Leidenschaft, zu abgeklärterem Ergebnis gelangt. Deutschland kann diesem Spruch über die Friedensliebe seiner Politik und die Gerechtigkeit seiner Sache mit Ruhe entgegensehen.

Mögen die folgenden Zeilen einen Beitrag bilden zur Klarstellung der Vorgänge.

Potsdam, Februar 1919.

G. v. J.

I. Die russische Freundschaft.

Seit Beginn des Krieges sind dessen Ursachen lebhaft erörtert, und seitens der Entente ist der Versuch gemacht worden, die Schuld an all dem Elend, das die große Konflagration über die ganze Kulturwelt bringen mußte, den Mittelmächten aufzuwälzen. Unsere Feinde erkannten hierin ein geeignetes Agitationsmittel, um sowohl den Kriegswillen in den eigenen Ländern zu stärken, als auch die Sympathien der Neutralen für sich zu gewinnen. Es ist nicht zu leugnen, daß ihre Propaganda es an Planmäßigkeit und Geschick nicht hat fehlen lassen und daß der Erfolg der Legendenbildung nicht ausgeblieben ist.

Deutschland, getragen einerseits von dem Bewußtsein, nur aus Notwehr und für seine Selbsterhaltung ins Feld gezogen zu sein, andererseits durch seine Abschließung wesentlich in der propagandistischen Tätigkeit gehindert, ist hinter seinen Feinden hierin zurückgeblieben. Es hat sich im großen und ganzen auf die Publikation einiger wichtiger Dokumente beschränkt, die genügend beweiskräftig dafür erschienen, daß wir einen uns aufgezwungenen Verteidigungskampf führen mußten.

Erst neuerdings, nach hereingebrochener Katastrophe, ist auch bei uns die Erörterung der Kriegsursachen und der „Schuldfrage" mehr in den Vordergrund getreten. Vom Standpunkt menschlicher Verzweiflung über das furchtbare Elend, in das der unglückliche Ausgang des Krieges Deutschland gestürzt hat, mag es verständlich erscheinen, wenn nach der „Schuld" gefragt und danach gesucht wird, wen man dafür verantwortlich machen könnte. Unglück verwirrt oft die Gemüter und trübt den Blick. Vom objektiven Standpunkt aus ist es ungerecht, vom politischen töricht.

Aber die Entente hat auch nach Beendigung des Krieges fortgefahren, das Kapitel der Schuldfrage breitzutreten, und hat sich den Anschein gegeben, als habe sie die deutsche „Schuld" festgestellt[1]) und müsse Deutschland dafür „strafen". Die Anwendung der Begriffe Schuld und Strafe sind hier anwidernde Scheinheiligkeit. Will die Entente damit die maßlosen Forderungen, die sie in blindem Haß oder kühl berechnendem Vernichtungswillen an den überwundenen Gegner stellt, vor den eigenen Völkern rechtfertigen? Nachdem sie der Welt

[1]) Die Entente konnte sich bei ihrem Beginnen sogar von deutscher Seite gelieferter Waffen bedienen, indem sie das Pamphlet des Fürsten Lichnowsky als Selbstgeständnis deutscher Schuld in Massen verbreitete und sich auf die Münchener Veröffentlichung eines das eigene Land kompromittierenden diplomatischen Stimmungsberichts — notabene eines Dokuments von sehr mangelhafter Autorität und Beweiskraft — bezog.

soviel von Gerechtigkeit, von Völkerversöhnung und Rechtsfrieden gepredigt hat!

Für die richtige Beurteilung der Ursachen eines Krieges ist vielleicht noch weniger der letzte Anlaß maßgebend, der zum Appell an die Waffen geführt hat, als die gesamte Weltlage, die politische Konstellation vor Ausbruch des Krieges, eine lange Reihe politischer Tendenzen und Handlungen in allen beteiligten Ländern, durch die seit vielen Jahren der Knoten der Tragödie geschürzt wurde.

Es sei mir gestattet, die allgemeine politische Lage vor dem Weltkrieg, sowie die unmittelbaren Vorgänge, die zu seinem Ausbruch führten, hier darzustellen — so wie ich sie gesehen habe, nicht als persönliche Apologie, sondern als Beitrag zur Klarlegung der Dinge durch einen, der ihnen durch seine amtliche Stellung näherstand und tiefer in die verschlungenen Fäden der Weltpolitik hineinzuschauen vermochte, als mancher andere, der ohne diese Kenntnis — oft vom parteipolitischen Standpunkt aus — sein Urteil gefällt hat. Ich muß dazu etwas weiter ausholen.

Im vorigen Jahrhundert, von den Napoleonischen Kriegen bis in die siebziger Jahre, hatte die preußische und später deutsche Politik unter dem Zeichen der russischen Freundschaft gestanden. Und der Glaube an die Notwendigkeit der Anlehnung an das große Zarenreich

blieb bei uns in weiten Kreisen auch bis in die neueste Zeit um so fester verankert, als Fürst Bismarck selbst lange seine Politik so orientiert und nach seinem Abgang bekanntlich das „Abreißen des Drahtes nach Petersburg" zu einem der schwersten Vorwürfe gegen das neue Regime benutzt hatte. Berechtigung und Gründe dieses Vorwurfs sollen hier nicht näher geprüft werden. Wie sah es nun mit der vermeintlich uns von Rußland stets erwiesenen Freundschaft aus? Fürst Bismarck möge hier selbst zitiert sein. In einer Instruktion, die er am 27. Februar 1879 zu einem Artikel für die „Grenzboten" an Busch gibt, sagt er wörtlich:

„1813 hat uns Rußland geholfen, aber in seinem Interesse. 1815 war die russische Politik im allgemeinen schädlich für uns: sie hintertrieb eine bessere Gestaltung Deutschlands, die nicht zu den Plänen paßte, nach denen Kaiser Alexander die Welt ordnen wollte, und dann wurden unsere Entschädigungsansprüche von den Russen nur lau unterstützt. Zuletzt war ihr Gewinn größer als der unsere, und wir hatten doch mehr eingesetzt, geopfert und geleistet. 1828, da wissen Sie, daß wir ihnen während des Türkenkrieges gute Dienste geleistet haben, Müfflings Sendung z. B., die ihnen aus einer großen Verlegenheit half. 1830 wollten sie uns in Gemeinschaft mit Frankreich anfallen, dem sie das linke Rheinufer verschaffen wollten, und die Sache kam nur nicht zustande, weil

die Julirevolution ausbrach. Kurz vor der Februarrevolution war ein ähnlicher Plan in der Entwicklung. 1847 schlugen wir auch im russischen Interesse den Aufstand im Polnischen nieder. Während des ersten Krieges mit Dänemark traten sie uns in den Weg. Was dann 1850 in Warschau geschah, als die Union ins Auge gefaßt war, wissen Sie ja. Den Gang nach Olmütz verdankten wir zum großen Teil dem Kaiser Nikolaus. 1854, während des Krimkrieges, beobachteten wir, die kurz vorher schlecht Behandelten, Neutralität, während das gut behandelte Österreich sich den Westmächten anschloß, und 1863, wo in Polen die große Insurrektion ausbrach, und Österreich sie mit den Westmächten durch Noten unterstützte, stellten wir uns auf die russische Seite, und die diplomatische Intervention mißlang — 1866 und 1870 hat uns Rußland nicht angegriffen, im Gegenteil. Aber das war doch auch im russischen Interesse. Preußen war 1866 der Exekutor des russischen Zorns auf Österreich, und 1870 war's auch nur gesunde Politik, wenn sie für uns waren; denn es war auch für die Russen nicht wünschenswert, daß Österreich sich am Kriege gegen uns beteiligte, und daß ein siegreiches österreichisch-französisches Heer sich den Grenzen Polens näherte, das von Paris her traditionell, von Wien aus wenigstens in den letzten Jahren auf Kosten Rußlands unterstützt worden war. Und wenn wir ihnen dennoch

Dank schuldeten, so haben wir ihn 1870 abgetragen, in London. Wir haben ihnen die Freiheit des Schwarzen Meeres verschafft, ohne uns hätten sie das von Frankreich und England nicht erlangt." (Busch, Tagebuchblätter, Bd. II, S. 552/53.)

Auf dem Totenbette soll Kaiser Nikolaus allerdings seinem Nachfolger die Freundschaft mit Preußen ans Herz gelegt haben. Er stand damals unter dem Eindruck des Krimkrieges und der Feindschaft der Westmächte. Aber Nikolaus wollte nur ein schwaches Preußen, das Rußland gewissermaßen Gefolgschaft leistete. Die Vorstellung, daß der Nachbarstaat ein starkes Reich und gleichberechtigter Faktor werden könnte, hätte seinen Herrscherinstinkten widerstrebt.

Alexander II. hat den Rat seines Vaters 1870 befolgt. Seine Haltung während des deutsch-französischen Krieges, in der Geburtsstunde des Deutschen Reichs, war der wichtigste Dienst, den uns Rußland erwiesen hat.

Aber Kaiser Alexander ließ sich hierbei mehr durch persönliche Freundschaft und traditionell-dynastische Gefühle leiten, als durch Rücksichten auf die Stimmung seines Volkes. Denn die öffentliche Meinung Rußlands, vor allem die panslawistischen Organe, nahmen offen und lebhaft für Frankreich Partei. Selbst in der kaiserlichen Familie, bei dem Thronfolger, den Schwestern des Kaisers, den Großfürstinnen Marie und Olga, überwogen die französischen Sympathien. Es fehlte nicht an

Stimmen, die den Kaiser vor der Erstarkung Preußens warnten, ihm die Unterstützung Frankreichs als im russischen Interesse liegend dringend anrieten. Aber der Wille des Selbstherrschers aller Reußen, dem sein Kanzler zustimmte, war damals in Rußland noch maßgebend, und solange Alexander II. lebte, konnte Berlin auf seine freundschaftlichen Dispositionen rechnen. Anders Fürst Gortschakow in seinen späteren Jahren. Er hatte den jüngeren Diplomaten Bismarck einst als seinen gelehrigen und ergebenen Schüler anzusehen sich geschmeichelt[1]); als er wahrnahm, daß der Schüler sich zu einem selbständigen Meister, das Deutsche Reich sich zu einem mächtigen Staat im Zentrum Europas entwickelt hatte, erwachte die persönliche Eifersucht des alten Staatsmannes und sein politisches Mißtrauen. In den siebziger Jahren bahnte er die Freundschaft mit Frankreich an. Bismarck erkannte richtig die Wandlung der Dinge in Rußland, wo die nationalistische Strömung der Aksakow, Katkow, Miljutin, Ignatiew usw. mehr und mehr Einfluß auch auf die politische Richtung gewann. Er setzte den Abschluß des Bündnisses mit Österreich-Ungarn durch. Das bedeutet einen Wendepunkt der deutsch-russischen Beziehungen, denn alte und

[1]) Der Kampf, den Bismarck als Bundestagsgesandter in Frankfurt a. M. gegen die österreichische Diplomatie geführt hatte, mochte ihn dem russischen Kanzler, dessen Abneigung gegen Österreich bekannt war, wohl noch besonders sympathisch machen.

fundamentale, nur zeitweilig mühsam überbrückte Gegensätze im Orient trennten Petersburg und Wien[1]), Gegensätze, die mit dem Anschwellen der allslawischen Idee immer akuter werden mußten. Wohl prägte Bismarck das Wort, die Dinge am Balkan seien nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert; die Entwicklung aber und Ausdehnung auch unserer Interessen, die Verschlingung der Fäden mußte auch uns weitere Ziele stecken. Das von Bismarck ins Leben gerufene Dreikaiserbündnis bedeutet, wie Julius v. Eckardt in seinem Buche „Aus der russischen Gesellschaft"[2]) treffend sagt, eigentlich nur einen Waffenstillstand zwischen den russischen und österreichischen Orientinteressen, so wie der bekannte, im Juni 1887 an Stelle des ersteren getretene Rückversicherungsvertrag[3]) nur einen Zwischenzustand, eine meisterhafte diplomatische Verkleisterung pro tempore der auch zwischen Berlin und Petersburg entstandenen Risse darstellte[4]). Ob der Vertrag (nach dem Rücktritt Bismarcks und bei den bekannten

---

[1]) Das österreichisch-russische Bündnis und der Krieg gegen die Türken 1787 verdanken ihre Entstehung nur dem Antagonismus Josephs II. gegen Preußen und seinem Wunsche, mit Katharinas Hilfe den Frieden von Teschen zu annullieren und Bayern seinen Staaten einzuverleiben.

[2]) S. 406 a. a. O.

[3]) Der „Rückversicherungsvertrag" war nur zwischen Deutschland und Rußland geschlossen, da Rußland die Zuziehung Österreichs direkt ablehnte.

[4]) „Eine rein provisorische Augenblickslösung" nennt es H. Oncken in seiner Schrift „Das alte und das neue Mitteleuropa".

Gesinnungen Alexanders III.) noch lange durchzuhalten gewesen wäre, mag hier ununtersucht bleiben. Die politischen Möglichkeiten ändern sich mit dem Wechsel der Dinge und Personen, und anfangs mehr latente Gegensätze treten oft erst später mit ihren Konsequenzen zutage. Hätte Fürst Bismarck nicht selbst bereits mit der Möglichkeit eines Konflikts mit Rußland gerechnet — und er tat es —, so hätte er nicht die Allianz mit Österreich geschlossen. Der alternde Gortschakow, den sein Popularitätsbedürfnis zum Liebäugeln mit der Moskauer Nationalpartei verführte, hoffte, seine staatsmännische Tätigkeit mit dem „Finale" einer glänzenden Lösung der orientalischen Frage zu beenden[1]). Der Aufstand der Raja in der Herzegowina, Serbien und Montenegro führte zum russisch-türkischen Kriege, zum Frieden von St. Stefano und zum Berliner Kongreß. Das Ergebnis des letzteren ist von der öffentlichen Meinung Rußlands stets als eine Niederlage betrachtet worden, durch die Rußland um die Früchte seiner Siege gebracht, von den Zielen seiner Orientpolitik abgedrängt wurde, und die es Deutschland zu verdanken hätte. Sowenig berechtigt diese Annahme war, so bezeichnend war sie für die Stimmung in Rußland. Der Berliner Kongreß bedeutete eigentlich das Totengeläute der russisch-deutschen Freundschaft. Seitens des Nachfolgers Alexanders II., des dritten dieses Namens, fanden die

[1]) J. v. Eckardt, a. a. O. S. 313.

panslawistischen Tendenzen eine direkte Begünstigung. Die Allianz mit Frankreich wurde im Herbst 1893 geschlossen[1]). Die Gegensätze zur Donaumonarchie im Balkan, wie uns gegenüber in der Türkei infolge unserer Bagdadpolitik, verschärften sich. Das russische Wort: „Der Weg nach Konstantinopel führt über Berlin", ist bekannt. Die Meerengenfrage war für Rußland gewissermaßen eine vitale[2]). Und der Traum der Herrschaft über Byzanz hat im russischen Volke stets fortgelebt, hat es immer wieder zu Kämpfen und Opfern zu begeistern vermocht. Nach einer kurzen, mißglückten Diversion nach Ostasien nahm Rußland seine alte Orientpolitik wieder auf. Das deutsche und deutschfreundliche Element am russischen Hofe, in der Regierung und Diplomatie verschwand mehr und mehr, an Stelle der Nesselrode, Cancrin, Berg, Schuwalow usw. waren die Ignatiew, Iswolski, Tscharikow, Sasonow getreten. Die nationalistischen, antideutschen Tendenzen wurden maßgebend. Die Entrevuen von Reval und Racconigi folgten, sie waren bedeutsame Etappen auf dem Wege zum Weltkriege! Ein grelles Licht auf die Lage warf die bosnische Krise. Rußland verstärkte seine Rüstungen mit

[1]) Sie war eingeleitet worden durch ein Arrangement diplomatique im Jahre 1891 und eine Militärkonvention im Jahre 1892.

[2]) Einer Lösung dieser Frage unter Bedingungen, die sich mit den Selbständigkeitsrechten der Türkei vertragen hätten, ist übrigens von uns nie widerstanden worden; sie wurde auch während des Krieges wiederholt ins Auge gefaßt.

Hilfe der von den französischen Alliierten geliehenen Milliarden, Polen wurde durch Eisenbahn- und Festungsbauten zum Aufmarschgebiet gestaltet. Die deutsche Regierung, die keinerlei Interesse am Krieg haben konnte, keinerlei Offensiv- oder Eroberungspläne verfolgte, suchte den europäischen Frieden solange und soweit als möglich zu wahren. Es muß hier betont werden, daß die Erhaltung des Friedens trotz gelegentlicher temperamentvoller Äußerungen, die anders gedeutet werden konnten, das bestimmte Ziel der Politik Wilhelms II. war; der Kaiser wollte der Friedenskaiser sein. Sein persönlicher Versuch zu einer Verständigung mit der russisch-französischen Gruppe, der Vertrag von Björkö (1905), ist durch die russischen Enthüllungen bekannt geworden. Der von dem Selbstherrscher Rußlands gezeichnete Vertrag wurde von dessen Regierung desavouiert. Unsere wohlwollende Haltung während des russisch-japanischen Krieges erntete nur politischen Undank. Das Potsdamer Abkommen blieb ineffektiv. Die Beilegung des bosnischen Konflikts durch deutsche Vermittlung gab nur den Beweis unseres auf Wahrung des Friedens gerichteten Bemühens. Denn die in Rußland verbreitete Version, ein deutsches Ultimatum habe Rußland zum Nachgeben gezwungen, ist eine Fabel, die von uns feindlicher Seite ausgestreut und begünstigt wurde; es handelte sich um einen Vermittlungsvorschlag, den Herr Iswolski

mit Freude ergriff, um sich aus der Sackgasse zu ziehen, in die er durch sein unüberlegtes Vorgehen geraten war[1]). Aber wie Gortschakow einst das Odium der Beschlüsse des Berliner Kongresses auf Bismarck und Schuwalow abzuwälzen verstanden hatte, so versuchte sein nicht minder eitler Nachfolger, die Schlappe seiner eigenen Staatskunst auf deutsche Rechnung zu schieben. Die Londoner Konferenz, durch die die albanische Krise beigelegt wurde, bot der deutschen Diplomatie einen neuen erfolgreichen Anlaß zu ausgleichender Tätigkeit. Ihrer Haltung, wie der Englands, war es in erster Linie zu danken, daß der Krieg damals vermieden wurde. Doch Rußland wühlte im Balkan weiter. Der Mord von Sarajewo war die Frucht der von russischen Agenten in Belgrad gesäten Saat. Hiervon wird später noch ausführlicher zu sprechen sein.

---

[1]) Der Adjoint des Ministers, Herr Tscharykow, sagte: „C'est un grand service que l'Allemagne à rendu a la Russie." Rußland war damals noch nicht gerüstet!

II. Die Westmächte und Mitteleuropa.

Wir pflegen gemeiniglich diejenigen historischen Vorgänge auch „Weltgeschichte" zu nennen, die strenggenommen — wenigstens etwa seit der Völkerwanderung — nur die Geschichte Europas bilden. Das römische Imperium war zerfallen, die großen asiatischen Reiche waren längst in Trümmer gesunken oder lebten, wie China, Japan, Indien, ein abgeschlossenes Sonderleben. Die Länder Amerikas waren noch koloniale Abhängigkeiten Europas und entwickelten sich erst spät und allmählich zu selbständigen Staaten. Europa war der Brennpunkt der kulturellen Entwicklung, die, zum Teil auch alte Werte umprägend, eine neue Zivilisation hervorbrachte und wiederum über die Erde trug, sowie der politischen Betätigung, die durch den Wettstreit der einzelnen Staaten fortgesetzt Wechsel und neues Leben erhielt und sich auch auf die anderen Weltteile ausdehnte.

In diese europäische Geschichte ist Rußland erst Anfang des 18. Jahrhunderts eingetreten. Der Firnis westlicher Kultur, den Peter der Große und seine Nachfolger aus deutschem Fürstenhause dem Zarenreich gaben, die Verlegung der Hauptstadt an die nordwestliche Peripherie, die Einmischung in die europäischen Händel seit

der Teilnahme der Kaiserin Elisabeth am Siebenjährigen Kriege haben irrtümlich dazu geführt, Rußland auch als europäischen Staat anzusehen. Es ist kulturell, geographisch und politisch stets ein halb-, wenn nicht mehr asiatischer Staat geblieben. Seine Kultur ist trotz aller französisch-deutschen Flitter byzantinisch-asiatisch, im Gegensatz zu der germanisch-romanischen des westlichen Europas. Rußland steht kulturell weit unter Europa. Sein Gesetz war asiatischer Despotismus, sein Wesen ist Unordnung. Mit erschreckender Nacktheit trat diese zutage, als jener gestürzt war. Mit seinem Expansionsdrang, verbunden mit seiner rapiden Volksvermehrung, war Rußland stets eine Gefahr für Europa. Der Zusammenprall des Moskowiterreichs mit seinen westlichen, europäischen Nachbarstaaten mußte wohl schließlich erfolgen, wie ein unvermeidliches Naturgesetz. Deutschland, obwohl im Weltkrieg gegen die Westmächte und Amerika unterlegen, hat in der ihm aufgezwungenen Abwehr Rußlands Europa gerettet.

Frankreich, seit 1893 der Alliierte Rußlands, war seit dem Kriege 1870 unversöhnlich geblieben. Das Selbstgefühl der Franzosen, einer hervorragend kriegerischen Nation, die ihre traditionelle Tapferkeit auch im jetzigen Kriege wieder bewährt hat, konnte das Gefühl der Niederlage, die Verdunkelung der alten Gloire nicht verwinden. Haß und Rachegefühl gegen den siegreichen Gegner kristallisierten sich in dem Schmerz um die „ge-

raubten" Provinzen, wobei ganz übersehen wurde, daß diese altes deutsches Reichsland waren und zum großen Teile bis heute deutschsprachig sind. Alle Versuche eines Entgegenkommens waren nutzlos, die von Bismarck begünstigte Ablenkung auf Tunis wie andere koloniale Betätigungen konnten den Revanchegedanken nicht zum Einschlafen bringen. Dies namentlich, seitdem Herr Delcassé die auswärtige Politik Frankreichs leitete. Und wenn der Revanchewunsch einmal sich abzuschwächen schien, wurde er bedauerlicherweise durch politische Zwischenfälle, wie die Marokkokrisen, wieder angefacht. Das Bündnis mit Rußland war trotz aller innerpolitischen Gegensätze[1]) in Frankreich so populär, weil es die Aussicht auf die Verwirklichung der Revanche näher rückte. Die Enttäuschung in Ägypten, der Groll über Faschoda, die alteingewurzelte Abneigung gegen England, alles verblaßte neben diesem einen, von einer chauvinistischen Presse stets neu angeregten Gedanken, der Kopf und Herz der Franzosen völlig in seinem Banne hielt. Man begeisterte sich für die Allianz mit Rußland, ohne dieses zu kennen, man schwärmte für die Entente mit England, man warb um die Freundschaft Italiens,

[1]) Charles Rivet, Korrespondent des Temps, nennt es in seinem Buch „Le dernier Romanof", Seite 339, einen Anachronismus. Seite 344 spricht er von der humiliation d'être liés à une tyrannie, und sagt weiter: On a trop souvant parlé de l'avantage militaire que nous apportait la Russie tsariste pour ne pas assez se rendre compte du tort moral qu'elle nous faisait.

nur aus Haß gegen Deutschland. En résumé et partout, intellectuellement, matériellement, militairement, la revanche!, wie die Revue des Deux Mondes 1913 schrieb.

Der schwedische Professor Rudolf Kjellen hat in seinem Buche „England und Europa" in geistreicher Weise ausgeführt, daß, wenn schon in anderem Sinne als Rußland, auch England nicht als rein europäische Macht angesehen werden kann. Ursprung und Lage, Geschichte und Kultur verbinden Britannien zwar mit Europa. Aber während die Kontinentalstaaten im gegenseitigen Kampf um die Vormachtstellung ihre Kräfte verbrauchten, hat das Inselreich seit Königin Elisabeths Zeiten und namentlich seit der zweiten Hälfte des 17. und im 19. Jahrhundert durch überseeische Betätigung eine Entwicklung genommen, die den Schwerpunkt des britischen Imperiums aus Europa heraus verlegte. Albions Flotte beherrschte die Meere, der englische Handel überspannte mit seinen Fäden den ganzen Erdball, in drei Weltteilen liegen die Dominions und Kolonien der englischen Krone, die viele Male größer sind als das kleine Mutterland und sich aus reinem Kolonialbesitz längst zu einem Gesamtorganismus mit diesem herausgebildet haben[1]).

[1]) Lord Beaconsfield sagte in einer Rede im englischen Oberhause am 8. April 1878: „Nichts in der Geschichte kann unserem Reiche verglichen werden. Weder Cäsar noch Karl der Große haben die Geschicke einer ähnlichen Herrschaft gelenkt. Unsere Flagge weht auf allen Meeren, unsere Provinzen gehen durch alle Breitengrade, sie umfassen Untertanen

Das europäische England stand dadurch neben Europa und war nur noch die „Kraftzentrale“ für das „weltumfassende Gebäude“.

Es war früher ein Axiom der englischen Politik, daß sie stets gegen die größte Seemacht des europäischen Festlandes gerichtet war (Spanien, Holland, Frankreich). Nicht etwa, daß Albion alle Wirren des Kontinents vorbedacht angezettelt hätte — das hieße der englischen Politik zuviel Finesse zutrauen — aber es wußte sie stets geschickt für seine Zwecke auszunutzen. Und instinktiv unterstützte hierin die öffentliche Meinung die Politik der Regierung. Dieses Axiom hat sich bis in die Gegenwart in der englischen Politik erhalten. Als das neuerstandene Deutsche Reich zu einem der größten Handels- und Exportstaaten wurde, als es Kolonien erwarb, als es gar anfing, eine starke Flotte zum Schutze dieser seiner Interessen zu bauen, erwachte das Mißtrauen und die Eifersucht Englands. Die handelspolitische Konkurrenz führte zu einem natürlichen Gegensatz zwischen den stammverwandten Ländern. Aber erst die oft überlaut betriebene Flottenagitation in Deutschland — mehr noch als der Flottenbau selbst — machte diesen Gegensatz akuter[1]). Sie lieh den deutsch-

von den verschiedensten Rassen, Religionen, Gesetzen, Sitten, Gewohnheiten.“

Und England will uns des Imperialismus beschuldigen!

[1]) Im Jahre 1905 sagte mir der kluge Botschafter Graf Metternich: „Die Flotte könnten wir wohl bauen, aber die provokatorische Art der

feindlichen Elementen jenseits des Kanals eine Agitationswaffe, um dem englischen Volk die Wahnvorstellung einzuimpfen, daß Deutschland auf einen Angriff gegen England abziele. In jedem deutschen Kellner in London glaubte diese Gespensterfurcht einen Spion zu erkennen. Ein amerikanischer Botschafter, der aus England kam, antwortete mir auf die Frage, wer denn eigentlich die alberne Furcht eines deutschen Angriffs hegte: „The man in the street.“ Hüben und drüben hetzte die nationalistische Presse.

Bismarck, den ein Teil unserer öffentlichen Meinung, auch unter Zuhilfenahme gelegentlicher Äußerungen, gern zu einem geschworenen Gegner Albions, wie zum grundsätzlichen Freund Rußlands zu stempeln versucht hat, hat doch nie versäumt, auf gute Beziehungen mit England zu achten und Fäden zu knüpfen, die uns mit der großen Seemacht verbanden. Noch in den letzten Jahren seiner amtlichen Tätigkeit, auf dem Höhepunkt seiner politischen Macht, schrieb er den neuerdings veröffentlichten Brief an Lord Salisbury[1]), der zwischen den

---

Agitation, wie sie bei uns dafür getrieben wird, fällt den Engländern auf die Nerven, sie muß zu Konflikten führen.“ Der Botschafter hat auch amtlich seine Stimme in gleichem Sinne vernehmen lassen. Er erfreute sich dafür einer auffallenden Abneigung in heißspornigen Marinekreisen bei uns.

[1]) Der Brief ist abgedruckt am Schluß der Schrift von Otto Hammann: „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges.“ Er ist datiert vom 22. November 1887.

Zeilen den Wunsch einer näheren Verbindung mit England durchblicken ließ. Die höfliche, wenn auch nicht ablehnende, so doch die Absicht umgehende Antwort des englischen Premiers hätte den großen Kanzler, wenn nicht inzwischen sein Rücktritt erfolgt wäre, sicherlich nicht davon abgebracht, seinen Vorsatz gelegentlich weiter zu verfolgen.

Zu dem deutsch-österreichischen Bündnis, welches den Angelpunkt seiner Politik bildete, hatte Fürst Bismarck als „Hilfskonstruktion" den Beitritt Italiens herbeizuführen gewußt. Letzteres wünschte den Anschluß an Deutschland als Deckung gegen Frankreich, das sein Protektorat über Tunis erklärt hatte. Bismarck wies die italienischen Staatsmänner nach Wien. Den irredentistischen Aspirationen Italiens sollte ein Kapzaum auferlegt, der zwischen den beiden Nachbarstaaten vorhandene Explosivstoff unter Bündnisverschluß gelegt werden. Wie mir Marchese Visconti Venosta einmal sagte: L'Italie ne peut être que l'ennemi ou bien l'allié de l'Autriche. Der Dreibund war gedacht als mitteleuropäischer Friedensblock. Eine Defensivstellung gegen die Revanchegelüste Frankreichs und die panslawistischen Strömungen Rußlands, zugleich als Überbrückung der Differenzen der Partizipienten. Jede agressive Tendenz lag ihm fern. Wenn sie sich gelegentlich bei Crispi zeigte, wies Bismarck sie sofort zurück.

Hatte schon der Anschluß Italiens an den Dreibund

unter englischer Förderung stattgefunden, so wurden andererseits unter der Patronanz des deutschen Kanzlers im Jahre 1887 zwischen Österreich-Ungarn, Italien und England Abreden geschlossen, die die Wahrung des Status quo im Orient im Auge hatten. Bismarck begünstigte diese Verständigung der drei Mächte, weil er darin eine willkommene Ergänzung des Bündnisses und eine Entlastung Deutschlands erblickte. Denn die Donaumonarchie, welche wir sonst in erster Linie gegen einen russischen Angriff zu verteidigen gehabt hätten, erhielt nun auch seitens Englands und Italiens Sicherung gegen ein aktives Vorgehen Rußlands im Balkan, sie konnte schon, durch diese beiden Staaten gestützt, Rußland die Wage halten[1]). England wurde hierdurch in ein näheres Verhältnis zu dem mitteleuropäischen Bündnis gebracht und zur Beteiligung an dessen Lasten herangezogen; es fand, wie Hermann Oncken

[1]) Als ich behufs Widerlegung verschiedener Behauptungen und u. a. der Darstellung einer Berliner Zeitung, daß das Bismarcksche Vertragssystem und speziell der russische Rückversicherungsvertrag die Interessen Deutschlands, Österreichs, Italiens und der Türkei gewahrt, für England aber eine Bedrohung bedeutet habe, in einem Münchener Interview auf die Verständigung mit England vom Jahre 1887 hinwies, wurde mir entgegengehalten, ich hätte übersehen, daß letztere zeitlich vor dem Abschluß des Rückversicherungsvertrages stattgefunden und vermutlich zu den „diplomatischen Kunstgriffen" Bismarcks gehört habe, um Rußland zum Abschluß der Rückversicherung zu bewegen. Das ist allzu fein ersonnen. Denn die Verständigung mit England erfolgte in Wirklichkeit nach dem Abschluß mit Rußland.

sich ausdrückt[1]), eine moralische Verlängerung des Dreibunds über den Kanal statt. Die natürlichen Interessen Italiens als Mittelmeerstaates wiesen dieses auch sonst vielfach auf England hin. Schon vor der obengenannten Vereinbarung und neben derselben herlaufend bestanden diplomatische Abreden zwischen den beiden Ländern. Leider lösten sich später (1895) diese Fäden, was die Stellung Italiens im Dreibund wesentlich veränderte.

Eine weitere Hilfskonstruktion Bismarckscher Staatskunst war der Anschluß Rumäniens an den Bund der Zentralmächte. König Karol trug Bismarck ein Bündnis mit Deutschland an, dieser aber verwies, wie die Italiener, so auch den rumänischen Herrscher auf den Weg über Wien. Es war dies eine Rücksichtnahme auf Österreich, das der Allianz mit Rumänien ein gewisses Widerstreben zeigte. Auch sollten die rumänischen und ungarischen Nationalisten an die Kette gelegt werden. Eigentlich war es ein deutsch-rumänischer Bund[2]).

---

[1]) In seiner Schrift: „Das alte und das neue Mitteleuropa."

[2]) Kaiser Franz Joseph hat später den Wert des Bündnisses mit Rumänien vollauf zu schätzen gewußt. Bei meiner Vorstellung als Staatssekretär in Wien, im Frühjahr 1913, sprach mir der Kaiser von der Wichtigkeit der Haltung Rumäniens, der „Wacht an der unteren Donau". Auch in der letzten Audienz, anfangs August 1916 — 6 Wochen vor seinem Tode —, erwähnte der greise Monarch mit Sorge Rumänien. Aber leider verschloß sich die politische Leitung am Ballplatz unseren ernsten, nur allzu begründeten Besorgnissen und wollte nicht an die agressiven Absichten Bratianus glauben. Es waren besonders magyarische Sonderinteressen, die sich einem Entgegenkommen gegen Rumänien auf dem Gebiete

So schien durch ein kunstvolles Vertragssystem der Friede Europas und die Sicherheit Deutschlands soweit als möglich garantiert.

Ein neues Moment für die deutsche Politik bildete das durch die schnelle und außerordentliche Entwicklung des Reiches bedingte Bedürfnis nach wirtschaftlicher Expansion, ein Bedürfnis, das u. a. die großen Projekte der Bagdadbahn, der Erschließung Anatoliens und Mesopotamiens zeitigte und zur Freundschaft mit der Türkei führte. Hier im Orient berührte die deutsche Politik sich mit russischen und namentlich auch englischen Interessensphären.

Bereits früher hatte Deutschland aus dem gleichen Grunde mit dem Erwerb von Kolonialbesitz begonnen, sein Handel suchte und fand Eingang in allen Ländern der Erde. Deutschland war in die Weltpolitik eingetreten. Es war die natürliche Folgerung der Begründung des großen Reiches, das im Zentrum Europas gelegen, dort kein genügendes Betätigungsfeld hatte, der staatlichen Einigung eines Volkes von 50, später über 60 Millionen. Nur zögernd hat Bismarck anfangs diesen Weg betreten, er fürchtete wohl die Überstürzung des Laufes, aber er erkannte die Forderungen der Entwicklung. Noch in seine Amtszeit fällt der Erwerb von

---

nationaler Fragen widersetzten und jede derartige Konzession als „Zeichen von Schwäche und Furcht" ablehnen ließen. Nicht ganz drei Wochen später, am 27. August, erklärte Rumänien den Krieg!

Togo, Altkamerun, Deutsch-Südwest- und Ostafrika, Deutsch-Neuguinea und der Marschallinseln, später folgten der Eintausch von Helgoland, die Pachtung von Tsingtau, der Kauf der Karolinen-, Palau- und Marianeninseln, sowie von Samoa, der Erwerb von Neukamerun. Die deutsche Flagge begann sich allerorts zu zeigen. Gerade der Eintritt in die Weltpolitik erheischte eine Verständigung mit der größten und ältesten Weltmacht. Weltpolitik *gegen* England machen zu wollen, wenn man auf dem Kontinent von zwei feindlichen Mächten sich bedroht wußte, war ein Unding!

Es war verständlich, daß das Erscheinen der jungen Kaisermacht auf der Weltbühne — *des* Deutschlands, das man lange nur als „Land der Dichter und Denker", als lediglich kontinentalen Faktor, ja als Konglomerat von Kleinstaaten mit partikularistischen Zänkereien anzusehen gewohnt war — Überraschung, teilweise Neid und Eifersucht bei den anderen Nationen hervorrief, und daß namentlich in dem weltbeherrschenden England das Auftreten des deutschen Handels und der deutschen Flotte als unbehagliche Konkurrenz empfunden wurde. Manche unbedachte, daheim weniger beachtete, aber im mißtrauischen Ausland oft weit über Gebühr unterstrichene Äußerung eines an sich berechtigten Nationalgefühls[1])

[1]) Ich muß gestehen, daß ich, und mit mir wohl viele andere, z. B. von den im Ausland während des Krieges soviel genannten Bernhardischen Schriften erst durch die Angriffe unserer Feinde Kenntnis erhalten

— in allen Ländern hat das 19. Jahrhundert ein Anschwellen nationalistischer Strömungen gezeigt — trug dazu bei, der amtlichen deutschen Politik Motive und Ziele zuzutrauen, die sie niemals hatte und vernünftigerweise gar nicht haben konnte.

Eine Möglichkeit, den deutsch-englischen Gegensatz zu überbrücken, schien sich Ende der 90er Jahre zu bieten, als Chamberlain in einer vertraulichen Unterredung mit unserem Londoner Botschafter, Grafen Hatzfeld, den Abschluß eines Vertrages zwischen den beiden Ländern anregte[1]). In einer am 30. November 1899 in Leicester gehaltenen Rede ging der englische Kolonialminister sogar so weit, öffentlich zu erklären, daß England nicht

habe. Das sogenannte Alldeutschtum wurde vor dem Kriege wohl mitunter als unbequemer, die Wirkungen der Politik hemmender Faktor empfunden, hat aber auf die Entschlüsse der Regierung keinen maßgebenden Einfluß geübt. Vielleicht hat es manchmal zuviel Schonung erfahren, weil es gelegentlich, z. B. für den Flottenbau, innerpolitische Vorspanndienste leistete. Es konnte auch keineswegs als Ausdruck der eigentlichen Volksstimmung gelten, es war teils die Konzeption wohlmeinender, aber unpolitischer Köpfe, teils auch nur eine — freilich oft recht geräuschvolle — Exhalation von Bierbänken, einzelnen Redaktionsstuben und Vereinsversammlungen, die ihren Anhang aber nur in einem Bruchteil der Bevölkerung fanden. Während des Krieges, wo die Kampfstimmung die Leidenschaften oft in Fieberwallung versetzte, ist die Bedeutung dieser Agitation allerdings gestiegen, denn sie vermochte selbst ruhigere patriotische Kreise mit sich zu reißen und fand auch bei manchen leitenden Stellen Gehör und Unterstützung. Aber ist das in Frankreich, England, Italien (!) und selbst in Amerika nicht der Fall gewesen?

[1]) Über die deutsch-englischen Annäherungsversuche siehe auch Otto Hammann: „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges", Kapitel III und V.

dauernd dem Kontinent gegenüber isoliert bleiben könne, und daß „die natürlichste Allianz die zwischen England und dem Deutschen Reiche“ sei. Aber Berlin verhielt sich zögernd bei den Verhandlungen, und es kam schließlich nur zu drei Spezialverständigungen, dem Abkommen über die portugiesischen Kolonien, dem Samoa- und dem Jangtsevertrag, deren Wirkungen nicht einmal immer den Erwartungen entsprachen, zum Teil vielleicht deshalb nicht, weil sie nicht von dem Vertrauen eines allgemeinen Bündnisses getragen waren. Im Jahre 1901, als Lord Lansdowne das Foreign Office leitete, machte Chamberlain einen erneuten Vorstoß, indem er andeutete, daß England entweder bei Deutschland oder bei Rußland Anschluß suchen müsse. Der Premier Lord Salisbury war nicht mehr abgeneigt, auf ein Defensivbündnis einzugehen.

Die von Bismarck in seinem Brief vom November 1887 gesäete Saat hätte jetzt aufgehen können. Aber in Berlin zögerte man von neuem, da man den englischen Hinweis auf die Möglichkeit eines Anschlusses an Rußland nur für Bluff hielt, die Schwierigkeiten der Lage Englands überschätzte und die alte Schablone der „zwei Eisen“ (Rußland und England) — ein Inventarstück der angeblichen Bismarckpolitik — nicht aufgeben zu sollen glaubte. Man trug sich mit dem Gedanken des Anschlusses Englands an den Dreibund unter Hinzuziehung Japans (Fünfergruppe) und wünschte, daß in

Wien verhandelt werden sollte. Aber England lehnte das ab und wollte zunächst mit Deutschland verhandeln[1]). Die Verhandlungen über die Bündnisfrage schliefen ein. Der Zwischenfall einer Rede Chamberlains in Edinburg, auf die der deutsche Kanzler im Reichstag eine sehr scharfe Antwort gab, erbitterte hüben und drüben die Volksstimmung. Auch auf die Anregung einer Verständigung über Marokko, nach welchem Frankreich die Hand auszustrecken begann, ging man deutscherseits nicht ein, weil man „die Kastanien" für England nicht aus dem Feuer holen wollte. Und dasselbe Marokko sollte zwei Jahre später dazu dienen, England und Frankreich zusammenzuführen und uns in zwei schwere Krisen hineinzuziehen! Man kann heute wohl von verpaßten Ge-

[1]) England scheute sich, das Risiko der österreichischen Balkaninteressen mitzuübernehmen. Es wollte den Anschluß an Deutschland, nicht an den Dreibund als solchen. Ein Analogon einer derartigen Abmachung mit einem Teilnehmer der zentralmächtlichen Gruppe hätten die früher erwähnten Vereinbarungen mit Österreich und Italien geboten, an denen wieder Deutschland nicht direkt beteiligt war. Doch Herr von Holstein nannte das „höflich ausgedrückt ein negotium claudicans". Das Bedenken war gewiß nicht ganz unbegründet. Aber die Politik ist die Kunst des Möglichen, und ein neben dem Dreibund laufender Vertrag mit England hätte dieses zwar nicht für alle Verpflichtungen des Dreibundes haftbar gemacht, immerhin aber verhindert, daß England im entscheidenden Moment auf der Seite unserer Feinde gestanden hätte, wie dies 1914 der Fall war. Nicht zu übersehen ist freilich, daß die öffentliche Meinung jenseit und diesseit des Kanals durch verschiedene Zwischenfälle (Krügertelegramm, Burenkrieg, Rededuell Bülow-Chamberlain, Hetze einzelner Preßorgane) einem Bündnis immer ungünstiger geworden war.

legenheiten sprechen. Die Folge war, daß England seine Politik anders orientierte: noch im Jahre 1901 knüpfte es das Bündnis mit Japan (unterzeichnet am 30. Januar 1902[1]), 1903/04 schloß es die Entente cordiale mit Frankreich, und anläßlich der Revue von Reval erfolgte die freundschaftliche Verständigung mit Rußland[2]), die früher für eine Unmöglichkeit gegolten hatte! Die sogenannte „Einkreisungspolitik" hatte begonnen, welche man stets als eigenstes Werk König Eduards VII. angesehen hat. Ob der klugen Königin Viktoria vielleicht mehr politisch intriganter, als wirklich staatsmännisch veranlagter Sohn es tatsächlich bis zum Kriege mit uns hat treiben wollen? Seinem Koburger Temperament hätte dies wohl nicht entsprochen. Aber aus politischen und persönlichen Motiven erstrebte er die diplomatische Einschnürung Deutschlands, es reizte ihn gleichzeitig, seinem kaiserlichen Neffen als ebenbürtiger oder überlegener Gegner auf dem politischen Schachbrett entgegenzutreten. Seine häufigen Besuche in Paris sind bekannt, ebenso seine Entrevue mit den Herrschern Rußlands und Italiens, während seiner Badekuren in Marienbad traf er mit französischen Politikern und österreichischen Aristokraten zusammen, überall betätigte er sich als eifriger politischer Agent.

[1]) Wie Hammann in seiner obengenannten Schrift Seite 158 richtig sagt: Englands erste entscheidende Handlung, um sein weltpolitisches Übergewicht aufs neue zu befestigen.

[2]) Bereits im Jahre 1907 war das Abkommen über Persien usw. geschlossen, in Reval 1908 wurde die Verständigung bekräftigt und ausgedehnt.

III. Italiens Stellung im Dreibund.

Das alte europäische Gleichgewicht hatte sich allmählich auf die einfachere Formel zweier sich gegenüberstehender Mächtegruppen umgestellt. Hie Entente, hie Dreibund! Während der verschiedenen Krisen, die im letzten Jahrzehnt vor Ausbruch des Weltkrieges den Frieden bedrohten, hatten wir bei allen diplomatischen Verhandlungen mit dieser Gruppierung zu rechnen. Die Verbindungen, die den Dreibund auch mit den anderen Mächten verknüpften, hatten sich gelöst, der „Draht zwischen Berlin und Petersburg" war gerissen, die Abreden unserer Sozien mit England waren weggefallen. Die Gegensätze waren schroffer geworden, die Konturen der Konstellation schärfer hervorgetreten. Und der Dreibund selbst zeigte Schwächen und Risse. Neben einem kraftvoll erblühten Deutschland ein durch Nationalitätenstreit innerlich geschwächtes und angemorschtes Österreich-Ungarn, ein unzuverlässiges Italien. Das Appendix Rumänien nahm mit dem Schwinden der Kräfte und des Einflusses seines alternden Königs an Verläßlichkeit ebenfalls ab.

Seit dem Tode des ritterlichen Königs Umberto hatten sich in Italien bedenkliche politische Schwankungen ge-

zeigt. Der Groll wegen Tunis war verblaßt. Die Reibungen mit Frankreich waren mehr und mehr geschwunden und ausgeglichen, man liebte es, von der „lateinischen Schwester" zu sprechen, man betonte, daß man in ihr neben den „Alleati" noch eine „Amica" besäße. Illegitime Liebe ist manchmal stärker als rechtmäßige Bindung. Italien leistete sich mehr als eine „Extratour". Daneben lebte, namentlich in Norditalien, der alte Haß gegen Österreich fort, und die Gegensätze zu der Donaumonarchie waren durch die italienischen Balkanaspirationen noch verschärft worden. Der Sohn Umbertos hatte schon vor seiner Thronbesteigung der nationalistischen Jugend als Erfüller irredentistischer Träume gegolten. Das Meiden der Hauptstadt seitens des offiziellen Österreich wegen der römischen Frage, der nur in Venedig, nicht in Rom erwiderte Besuch bildeten einen Stachel gegen das klerikale Wien im Herzen Viktor Emanuels III. Seine Anwesenheit in Udine während der Manöver 1903 gab zu provozierenden Kundgebungen der Irredenta Anlaß. Der Ruf Trento e Trieste erscholl immer lauter, der Kammerpräsident Marcora erlaubte sich, von „unserem Trento" zu sprechen. Auch auf die altera sponda dell'Adriatico, als Erbteil Venedigs, warf man begehrliche Blicke. Albanien — Valona — drohte zum Erisapfel zwischen Italien und Österreich zu werden. Andererseits mißtraute man den Absichten des letzteren hinsichtlich des die montene-

griniſche Küſte beherrſchenden Lovzen, und manche, oft ungeſchickte Maßregel der k. u. k. Behörden gegen Italiener, ſowie die Frage der italieniſchen Univerſität gaben Stoff zu Verſtimmung und Aufreizung.

Die Sorge um die Mittelmeerprobleme ließ die Politiker der küſtenreichen Halbinſel, neben der Koketterie mit Paris, ängſtlich liebende Blicke nach London richten. Mit Beſorgnis verfolgte man die deutſch-engliſche Spannung. Durch den Marquis Viconti Venoſta wurde eine Verſtändigung mit Frankreich über Marokko und Tripolis geſchloſſen, durch den Mailänder Fabrikanten Prinetti, der ihm in der Conſulta folgte, wurde ſie offenbar noch erheblich erweitert. Der Wortlaut der Abmachungen wurde geheimgehalten. Bei dem jüngſten Pariſer Beſuch König Viktor Emanuels — nunmehr Waffenbruders von Frankreich! — hat Herr Poincaré in ſeiner Begrüßungsrede geſagt, Italien habe ſchon ſeit 1902 verſprochen, nicht an einem Kriege gegen Frankreich teilnehmen zu wollen[1]). Trotzdem erneuerte es 1902 und ſogar noch

[1]) Nach dem Bericht des Temps vom 21. Dezember 1918 hat der Präſident geſagt: Même lorsque l'Italie avait contracté, avec les empires du centre, une assurance contre les retours offensifs de son ennemie héréditaire, l'Autriche, elle s'était amicalement tournée vers nous, dès 1902, et par des accords qui furent alors signés entre nos deux gouvernements, nous avait promis de ne jamais s'associer à une attaque dirigée contre la France. Hier iſt zwar von einem „Angriff" die Rede. Ein ſolcher hat auf Frankreich nicht ſtattgefunden. Auf die Anfrage, ob Frankreich in dem Kriege, zu dem uns ſein ruſſiſcher Alliierter durch die Mobilmachung zwang, neutral bleiben wolle, kam die Antwort,

im Herbst 1912 den Dreibund und nahm auch 1913/14 die militärischen Abmachungen wieder auf, die es wegen seiner Schwächung durch den libyschen Krieg kurze Zeit suspendiert hatte! Schon vor dem Weltkrieg erwies sich Italien als unsicherer Kantonist, in Algeciras zeigte es eine unverläßliche, während der bosnischen Krise eine fast gegnerische, auf der Londoner Konferenz eine zögernde Haltung. Die Enkel Machiavellis spielten sichtlich ein Doppelspiel.

Es ist verschiedentlich, so vom Botschafter Grafen Monts, die Frage angeregt worden, ob unter diesen Umständen Italien noch länger im Dreibund zu behalten,

---

Frankreich werde tun, was seine Interessen ihm geböten. Damit war es klar, daß Frankreich seiner Bündnispflicht entsprechen und an dem Kriege teilnehmen würde. Von wem unter solchen Umständen die formelle Kriegserklärung ausgeht, kann wohl bedeutungslos erscheinen.

Bei Erneuerung des Dreibundes 1902 wünschte Herr Prinetti zu erklären, daß der Vertrag nichts „Feindliches" gegen Frankreich enthalte. Der Vertrag war nicht offensiv; es war aber schwer, dem Minister den Unterschied zwischen „feindlich" und „offensiv" klarzumachen. Unmittelbar nach der Erneuerung sagte Herr Delcassé in der französischen Kammer: „Italiens Politik ist weder unmittelbar noch mittelbar durch seine Alliancen gegen Frankreich gerichtet. Keinesfalls kann sie für uns zu einer Bedrohung führen, ebensowenig in diplomatischer Form, wie durch Protokolle oder militärische Abreden. In keinem Falle und in keiner Form kann Italien das Werkzeug oder der Helfershelfer eines Angriffs auf unser Land werden." Wenn man will, ein Spiel mit Worten, das aber eine weitgehende Deutung zuließ und offenbar auf Zusicherungen Herrn Prinettis begründet war. Man wollte die Bedeutung der Erneuerung des Dreibundes abschwächen. König Viktor Emanuel ist in seiner Antwort auf den heiklen Passus der Rede Herrn Poincarés nicht eingegangen.

ob es nicht richtiger sei, die Bündnisverpflichtungen wenigstens umzugestalten, einzuschränken? Im Grunde führte Italien doch nur das Scheinleben einer Großmacht, zu deren Stellung es seine ökonomische und militärische Kraft nicht voll berechtigte, deren Ansehen es eigentlich nur der Aufnahme in den Bund der zwei Kaisermächte, als gleichberechtigter Teilnehmer, verdankte. In Berlin und Wien wollte man sich jedoch aus dem Grunde nicht dazu entschließen, weil eine Änderung des Vertrages die moralische Wirkung des zentraleuropäischen Bündnisses nach außen hin mindern, die aggressiven Tendenzen Frankreichs ermutigen mußte, und weil Italien, von der Kette gelöst, sich voraussichtlich ganz unseren Gegnern anschließen, nach einem Bismarck zugeschriebenen Worte Österreich gelegentlich „in die Beine beißen" könnte. So wurde in dem etwas ausgefahrenen Geleise weitergefahren.

IV. Der libyſche Krieg und die Balkanwirren.

Während des libyschen Krieges erzählte mir Marcheſe di San Giuliano einmal, als ich ihm die Pantherfahrt nach Agadir angezeigt hätte, habe er zu ſeinem Unterſtaatsſekretär geſagt: „Die Stunde von Tripolis nähert ſich für Italien.“ Ungefähr drei Monate nach dem Beginn der zweiten Marokkokriſe — Ende September 1911 — benützte Italien ſeine vorteilhafte Doppelſtellung im Dreibund und zu den Weſtmächten zu dem Überfall auf Tripolis. Sowohl der König, wie der Konſeilpräſident Giolitti waren anfangs gegen die Entfeſſelung eines Krieges mit ſchwer abſehbaren Folgen geweſen. Aber die öffentliche Meinung war von Nationaliſten und Intereſſenten aufgepeitſcht worden, der Beſitz von Tripolis war ein alter Wunſch Italiens, und als Herr Giolitti ſah, daß das Unternehmen populär ſei, ſchlug er ſich zur Kriegspartei.

Deutſchland wurde durch den Angriff der Alliierten auf die uns befreundete Türkei in eine ſchwierige Lage verſetzt, unſere Intereſſen im Orient wurden dadurch erheblich tangiert. Unſere öffentliche Meinung nahm, beſonders auch im Hinblick auf die räuberiſche Art des italieniſchen Vorgehens, zum überwiegenden Teil lebhaft Partei gegen Italien. Trotzdem zog die deutſche Regierung in

loyaler Weise die Konsequenzen aus dem Bündnisverhältnis, erwies Italien eine freundschaftliche Neutralität und suchte nur, wo irgend möglich, vermittelnd zu wirken. Wie hat uns Italien diese Treue erwidert?

Gleich nach Ausbruch des Krieges gegen die Türkei war ich, damals Botschafter in Rom, in der Lage, der italienischen Regierung eine Lösung anzubieten, die Italien eine ähnliche Stellung in Libyen, wie England sie in Ägypten einnahm, verschafft hätte. Der Brand des Krieges wäre damit schnell gelöscht, die Türkei vor weiteren Erschütterungen bewahrt gewesen, Italien hätte einen leichten Erfolg gehabt. Marchese di San Giuliano war geneigt, darauf einzugehen, aber Herr Giolitti lehnte ab. Die nationalistischen Töne, die er in einer Versammlung in Piemont angeschlagen, hatten ihm großen Beifall geerntet, er zog es vor, auf dem volkstümlich gewordenen Kriegswege weiterzuschreiten. Verlauf und Ausgang des Krieges sind bekannt. Die Türkei, die in Tripolis keine Truppen, auf dem Meere keine Schiffe dem Angreifer entgegenzustellen hatte, mußte sich im Frieden von Ouchy (18. Oktober 1912) zur Abtretung von Tripolis und der Cyrenaica entschließen. Italien behielt „vorläufig" auch den Dodecanes besetzt. Jedoch die üblen Folgen blieben nicht aus. In Italien selbst wuchs der Nationalismus und der Großmannstrieb. Mit Wien hatte die zeitweilige Bedrohung der europäischen Türkei, namentlich der albanischen Küsten,

zu neuen Differenzen und Verstimmungen Anlaß gegeben. Durch die Verhandlungen über die ägyptische Grenze und die Bucht von Solum wurde dagegen Italien zu einer bedenklichen Intimität mit England geführt. Die durch die Kriegsunternehmungen erforderliche Schließung der Dardanellen hatte das Mißliche der Absperrung für den Handel Südrußlands recht augenfällig gemacht. Vor allem aber hatte der Angriff auf die Türkei und die Schlappe, die diese Vormacht des Balkans erlitten, unter den dortigen kleineren christlichen Staaten eine Gärung erzeugt, die — mit russischer Nachhilfe — zu neuen Krisen in dem alten Wetterwinkel Europas führen sollte.

Die russische Diplomatie, seit der bosnischen Krise bedacht, die erlittene Scharte auszuwetzen, benutzte den Zustand der Erregung und Begehrlichkeit, um unter dem Motto „der Balkan den Balkanvölkern" den sogenannten Balkanbund zu stiften. Im März 1912 kam zwischen Bulgarien und Serbien unter großer Heimlichkeit ein Vertrag zustande, der zwar zunächst zum Kriege gegen die Türkei führte, seine eigentliche Spitze aber gegen die Donaumonarchie gerichtet hatte[1]). Montenegro und

[1]) Beide Staaten sollten die Besitznahme eines „gegenwärtig unter türkischer Herrschaft befindlichen Gebietes" durch eine Großmacht (versteht sich Österreich-Ungarn) verhindern. Artikel II des Vertrages. Russisches Rotbuch, Heft II, Nr. 27.

Nach dem Krieg gegen die Türkei, als erster Phase, sollte der Balkanbund den Kampf für die Hegemonie Rußlands gegen Österreich-Ungarn ausfechten helfen.

Griechenland schlossen sich später dem Bunde an. Wir sehen die russische Hand abwechselnd in Sofia, wo das russophile Ministerium Danew am Ruder war, namentlich aber in Belgrad an der Arbeit. Um die verschiedenen Völker unter einen Hut zu bringen, hatte Rußland jedem derselben die Erfüllung seiner Aspirationen — auf fremde Kosten — verheißen, teils auch die rivalisierenden Interessen dadurch zu befriedigen gesucht, daß es, heimlich, dem einen Hoffnungen auf Gebiete gemacht hatte, die auch der andere begehrte. Vor allem wurde Serbien der Erwerb Bosniens zugesagt! Es sollte dafür Mazedonien den Bulgaren überlassen. Kaiser Nikolaus sagte damals dem zum Besuche nach Petersburg entsandten serbischen Kronprinzen, die Aspirationen Serbiens gegen Österreich würden nun bald in Erfüllung gehen! Auch einen Teil Nordalbaniens, den Zugang zur Adria, hatte Rußland Serbien versprochen. Der Sommer verging unter geheimen militärischen Abmachungen, im Herbst brach unter nichtigen Vorwänden der Krieg gegen die Türkei aus. Der König der Schwarzen Berge, der, wie allgemein gesagt wurde, durch hohe Börsenspekulationen auch privatim interessiert war, gab das Signal dazu (8. Oktober 1912). Allgemein bestand die Befürchtung, daß Österreich-Ungarn sich vor dem Überspringen des Feuers auf eigenes Gebiet durch Besetzung des Sandschaks sichern würde, ein Recht, dem es nach der Annexion von Bosnien und

der Herzegowina entsagt hatte. Aber um europäische Komplikationen zu vermeiden, verzichtete es auf Deutschlands Rat auf diese Sicherheitsmaßregel. Ebenso, wie es später die Einnahme und Annexion von Saloniki ruhig zuließ, über welches es angeblich den Weg nach dem Orient erstrebt haben sollte(!)

Nachdem die Türkei infolge ihrer Niederlagen die Vermittlung der Mächte erbeten hatte, trat im Dezember die Londoner Konferenz zur Regelung der Balkanverhältnisse zusammen.

Als eines der schwierigsten Probleme tauchte jetzt die albanische Frage auf. Die Balkanbündler wollten Albanien unter sich teilen, besonders Serbien verlangte den ihm von Rußland versprochenen nördlichen Teil. Weder Österreich noch Italien konnten dies dulden. Um neuen Konflikten vorzubeugen, ließ Berlin durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung verkünden, daß die albanische Frage eine europäische sei, mithin nur von allen Mächten zusammen gelöst werden könne. Die Mächte beschlossen nun auf einer zu diesem Zwecke zusammenberufenen Botschafterkonferenz in London am 16. Dezember, daß aus den Vilajets Skutari und Janina ein selbständiger Staat Albanien auf Grund des Nationalitätsprinzips gebildet werden sollte.

V. Besserung der deutsch-englischen Beziehungen.

In diese Situation kam ich hinein, als ich nach dem plötzlichen Tode des Herrn v. Kiderlen-Wächter im Januar 1913 zum Staatssekretär des Auswärtigen Amts berufen wurde. Daß ich mich nur ungern zur Annahme des Amts entschloß, ist kein Geheimnis. Über die ungemein schwierige Lage unserer Außenpolitik machte ich mir keine Illusionen. Ebensowenig über die eigenen Mängel, die ich für das Amt mitbrachte, Mangel an parlamentarischer Redeübung, an Kenntnis des parlamentarischen Betriebes. Auch der Posten an sich bot mir wenig Verlockendes. Die Stellung des Staatssekretärs bei uns, obwohl der englischen Verfassung nachgebildet, entsprach nicht voll der Stellung und Kompetenz des gleichnamigen Beamten in Downing Street. Sie stand im Schatten des Reichskanzlers, neben welchem (wenigstens nach außen hin) dem Staatssekretär trotz nicht geringerer Verantwortlichkeit mehr die Rolle eines unterstellten Hilfsarbeiters zufiel. Selbst die Preßabteilung des Auswärtigen Amts war zugleich das Organ des Reichskanzleramts und durch diese Verquickung häufig ebensosehr durch dessen Gesamtgeschäfte, die innere Politik, in Anspruch genommen, wie durch

die Bedürfnisse des Außendienstes, im Gegensatz zu den Preßabteilungen anderer Behörden, z. B. des Reichsmarineamts, die an sich unabhängiger nur den Spezialzwecken des eigenen Ressorts zu dienen hatten.

Die Konstruktion unserer Reichsleitung, des Kanzleramts und der ihm untergeordneten Reichsämter, war von Bismarck auf das Maß seiner eigenen Persönlichkeit, noch erhöht durch das Podium seiner außerordentlichen Erfolge, zugeschnitten und weitergebildet. Dies machte sich ganz besonders für die auswärtige Politik geltend, deren Führung der große Staatsmann bis ins Detail fast ganz allein in Händen gehabt und als deren Repräsentant er bis zum Schluß auch im gesamten Auslande die höchste Autorität genossen hatte. Bismarck war eigentlich selbst zu einer „Reichsinstitution" geworden[1]).

Doch wußte ich mich einig mit dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg in der Beurteilung der Lage und der zu verfolgenden Richtlinien unserer Außenpolitik: Erhaltung des Friedens und Erleichterung der politischen Konstellation für Deutschland, welches durch die Einkreisung und die gleichzeitige Schwächung des Drei-

[1]) Ausbau und Weiterentwicklung der Reichsinstitutionen hatten mit der Zeit die Lasten des Reichskanzleramts, verbunden mit dem Präsidium des preußischen Staatsministeriums, so erweitert und kompliziert, daß sie in ihrer Konzentration auf einen höchsten Beamten fast erdrückend erschienen. Selbst für Bismarcks Riesenstatur war der Rock mit den Jahren beinahe zu weit geworden.

bundes politisch immer mehr lahmgelegt worden war. Die Erleichterung schien uns angesichts der kontinentalen Bedrohung durch die französisch-russische Allianz nur durch eine Besserung der Beziehungen mit England erreichbar. Diese Politik hatte auch die volle Billigung S. M. des Kaisers. Wohl aber stieß sie bei einem großen Teil unserer öffentlichen Meinung, in Parlament und Presse, auf erheblichen Widerspruch. Vielen erschien der Gegensatz zu Albion unüberbrückbar. Jahrelange heftige Agitation (hüben und drüben) und manche wenig ermunternde Erfahrung hatte diese Anschauung vertieft und verbreitet. Ich habe schon erwähnt, wie auch der „mißverstandene" Bismarck als klassischer Zeuge für die Auffassung verwertet worden war und wie dies zu ihrer Popularisierung beigetragen hatte.

Die Entwicklung und Zuspitzung der europäischen Lage ist weiter oben geschildert worden. Deutschlands geographische Lage im Zentrum des Kontinents ist von Bismarck einmal mit einem Pol verglichen worden, auf den die Spitzen aller Bajonette Europas magnetisch sich richten. Trotz seiner Stärke, seiner realen und moralischen Kräfte, die es auch im Kriege noch glänzend bewiesen hat, war Deutschland mit dem Dreibund dem gegnerischen Konzern gegenüber in die Stellung des Schwächeren gedrückt worden. Bei seiner wirtschaftlichen Ausbreitung, deren das arbeitsame, in engem staatlichen Raum wohnende Volk bedurfte, stieß es allerwegen auf

bedrohliche Hemmung. Der Flankendruck von Ost und West war immer stärker geworden. Jenseits der Vogesen ein unversöhnlich auf Revanche lauerndes Frankreich, in Rußland ein fortwährendes Anschwellen der panslawistisch-revolutionären Strömung und ihrer aggressiven Tendenz, gegen welche die in die Hände eines Schwächlings gefallene Zarengewalt keine genügende Garantie mehr bot[1]). Beide, durch Allianz verbundene Länder gestärkt durch die Freundschaft mit England. Die Versuche, das alte Bündnis, oder wenigstens ein freundschaftliches, mit Rußland wiederherzustellen, hatten

[1]) Bismarck schreibt in dem vorerwähnten Brief an Lord Salisbury: „Frankreich und Rußland scheinen uns zu bedrohen: Frankreich, indem es den Traditionen der letzten Jahrhunderte treu bleibt, wo es sich als den beständigen Feind seiner Nachbarn erwiesen hat, und infolge des französischen Nationalcharakters, Rußland, indem es heute Europa gegenüber die für den europäischen Frieden beunruhigende Haltung einnimmt, welche Frankreich unter der Regierung Ludwigs XIV. und Napoleons I. kennzeichnete. Es ist auf der einen Seite der slawische Ehrgeiz, der die Verantwortung für diesen Zustand der Dinge trägt; andererseits muß man die Gründe für die herausfordernde Haltung Rußlands und seiner Armeen in den innerpolitischen Fragen suchen: die russische Umsturzpartei erhofft von einem auswärtigen Kriege die Befreiung von der Monarchie; die Monarchisten im Gegensatz erwarten von demselben Kriege das Ende der Revolution (vide Maklakow). Man muß auch das Bedürfnis in Betracht ziehen, eine müßige und zahlreiche Armee zu beschäftigen, den Ehrgeiz ihrer Generale zu befriedigen (vide Suchomlinow, Janukschewitsch, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch) und die Aufmerksamkeit der Liberalen, welche Verfassungsänderungen verlangen, auf die auswärtige Politik abzulenken. Angesichts dieser Sachlage müssen wir die Gefahr, unseren Frieden von seiten Frankreichs und Rußlands getrübt zu sehen, als eine beständige erachten."

sich sämtlich als ergebnislos erwiesen. Um aus der Gefahrenzone herauszukommen, blieb nur die Annäherung an England. Damit wäre die Spannung, die über Europa lagerte, gelockert worden. Zwar war der Versuch zu einer Verständigung über die Flottenfrage, zu dem der Besuch Lord Haldanes im Frühjahr 1912 Anlaß gegeben hatte, an inneren Widerständen und unzureichenden Formeln, sowie daran gescheitert, daß Sir E. Grey die französisch-russische Freundschaft zu kompromittieren fürchtete. Die wirtschaftliche Konkurrenz war zwar stark, sie brauchte aber an sich nicht zum Konflikt zu führen[1]). Die Welt ist weit, das englische Volk wünschte

[1]) Anfang 1914 stand die deutsche Ein- und Ausfuhr mit 18 Milliarden zu der englischen von 24 Milliarden wie 3 zu 4.

In einer Rede in Wakefield vom 8. Dezember 1898 sprach Chamberlain die Hoffnung aus, daß in Zukunft die beiden Nationen sich mehr nähern würden und ihr gemeinsamer Einfluß zum Besten des Friedens und unbeschränkten Handels eingesetzt würde (that our joint influence may be used on behalf of peace and of unrestricted trade). Er würde dann sicher stärker sein, als der Einfluß jeder der beiden Mächte allein genommen.

Im Jahre 1910 schrieb die Empire Review: „Sind England und Deutschland Freunde, so ist der Friede Europas gesichert, wenn aber beide Nationen zerfallen, so wird das ein höchst unglücklicher Tag für die gesamte Menschheit sein." Und Mr. Haldane sagte: „Es sollte keine Rivalität sein. Wir sind zwei große Nationen, denen die Welt ein weites Feld für Industrie und Handel öffnet, und meine Hoffnung geht dahin, daß, ... wir immer einsehen werden, daß wir uns mit Deutschland zusammentun sollten, um den Fortschritt der Welt zu fördern." Siehe Theodor Schiemann: „Wie die Presse unserer Feinde den Krieg vorbereitet und erzwungen hat." Berlin 1919, Seite 16—17.

keinen Krieg. Kulturell standen sich in Europa die beiden Nationen am nächsten. Auch Englands Politik hatte sich im Wechsel der Zeiten schon vielfach geändert, war aus der splendid isolation herausgetreten, hatte sich mit der amerikanischen Handelskonkurrenz abgefunden, die alte Abneigung gegen Frankreich überwunden, war trotz tiefgehender Differenzen mit Rußland in ein freundschaftliches Verhältnis getreten. Eine Interessenauseinandersetzung, ein Hand in Hand Gehen statt Rivalisierens Englands und Deutschlands, wie Bismarck, Beaconsfield, Chamberlain, Salisbury, Lansdowne es früher gewollt, wäre — das ist auch heute noch meine Meinung — durchaus nicht undenkbar, nicht unmöglich gewesen. Wenn der Weg, durch andere Ereignisse gekreuzt, nicht zum Ziele geführt hat, war er darum nicht der richtige? Praktisch war er der einzige, der uns blieb. Aber vielleicht ist er zu spät beschritten worden!

Noch ehe ich mein neues Amt antrat, besprach ich mit einem befreundeten englischen Diplomaten meine Auffassung der deutsch-englischen Beziehungen. Ich sagte ihm, daß Deutschland die Möglichkeit zu friedlicher Betätigung seiner Kräfte in der Welt haben müsse. Als eines der für uns wichtigsten Gebiete bezeichnete ich das der sogenannten Bagdadpolitik, weil diese auch zu einer Prestigefrage für uns geworden sei. Mir erschiene ein Ausgleich der Interessensphären hier wie anderswo er-

reichbar. Einige Tage darauf teilte mir der betreffende Diplomat mit, er habe in einem Privatbriefe an Sir E. Grey über meine Äußerungen berichtet und von diesem die Antwort erhalten — er las mir den Passus des Briefes vor — wonach der englische Staatssekretär meine Absichten begrüßte. Er werde bereitwillig an der Erreichung des gesteckten Zieles mitarbeiten. Wenn die deutsche Politik in diesem Sinne geführt werde, könne das Verhältnis zwischen den beiden Mächten leicht ein befriedigendes — und vielleicht mit der Zeit noch mehr — werden.

In Berlin hatte ich zunächst an den Aufgaben, die die Londoner Konferenz allen Kabinetten stellte, zu arbeiten. Gleichzeitig aber nahm ich, immer mit voller Zustimmung des Kaisers und des Kanzlers, die Verständigung mit England über die Bagdadfragen in Angriff. Die Verhandlungen gestalteten sich allmählich zu einem großzügigen Abkommen über die wichtigsten sich berührenden Interessen in Mesopotamien, Kleinasien und Syrien, in das neben der Türkei auch die anderen interessierten Staaten, Rußland und Frankreich, hineinbezogen wurden. Es war eine Teilung der Türkei in wirtschaftliche Interessensphären und hätte durch die Ausgleichung der Reibungsflächen eine eminente Friedensgarantie werden können. Daß es dabei Schwierigkeiten (namentlich auch seitens der letztgenannten Staaten) zu überwinden gab, versteht sich bei der Natur der Dinge. England zeigte

entschiedenes Entgegenkommen. Im Sommer 1914 war das Abkommen mit England nahe dem Abschluß.

Parallel damit liefen Verhandlungen mit London behufs Erneuerung und Erweiterung des älteren Abkommens von 1898 über die portugiesischen Kolonien. Auch hier gelangte man zu einer Einigung trotz einiger Bedenken, die der zwischen England und Portugal abgeschlossene sog. Windsorvertrag[1]) und der Wunsch der britischen Regierung, diesen gleichzeitig zu veröffentlichen, boten. Der Vertrag war bereits paraphiert, Ende Juli 1914 erhielt unser Botschafter in London die Ermächtigung zur Zeichnung.

Während in der bosnischen[2]) und den beiden Marokko-

---

[1]) Vergleiche auch Hammann a. a. O. Seite 75—76. Die Bedenken waren um so schwerwiegender, als England den Windsorvertrag, eine Zusammenfassung älterer Verträge, mit Portugal im Jahre 1899, nach dem Abschluß des Abkommens mit uns, geschlossen, uns aber damals keine Mitteilung davon gemacht hatte, was wohl kaum als ganz loyal angesehen werden konnte. Erst jetzt erhielten wir Kenntnis von dem Vertrag. Sir E. Grey verlangte nun die Veröffentlichung sowohl unseres neuen, wie des Windsorvertrages, weil England keine geheimen Verträge schließen könne. Warum hatte es denn den Windsorvertrag seit 1899 geheim gehalten? Daß Sir E. Grey übrigens bei dem jetzigen Vertrage mit uns bona fide war, zeigte er dadurch, daß er, obwohl der Vertrag noch nicht abgeschlossen war, englische Geschäftsleute, die sich um Konzessionen in den uns zugesprochenen Interessensphären bemühten, nach Berlin verwies.

[2]) Der englische Botschafter in Petersburg, Sir A. Nicolson, den man wohl zu den eifrigsten Vertretern einer antideutschen Politik in der englischen Diplomatie rechnen konnte, hatte damals Herrn Iswolski in seiner herausfordernden Haltung lebhaft bestärkt. Bei dem schließlichen Einlenken Rußlands zeigte er sich enttäuscht und unzufrieden. Und Sir E. Grey erklärte dem russischen Geschäftsträger auf dessen Frage, was England

krisen die englische Politik eher kriegerisch gewesen war, machte sich auf der Londoner Botschafterkonferenz, parallel mit den Berliner Bemühungen, das Bestreben Sir E. Greys geltend, durch mäßigenden Einfluß den Frieden zu erhalten. Der günstige Verlauf der Konferenz, die dabei zutage getretene Übereinstimmung friedlicher Absichten hatte auch fördernd auf die Verhandlungen über die oben genannten Abkommen gewirkt. — Ihre Veröffentlichung war für den Herbst 1914 in Aussicht genommen[1]). Die Tatsache, daß England und Deutschland zu zwei so weitgehenden Verständigungen auf wirtschaftlichem und kolonialem Gebiet gelangen konnten, hätte zweifellos allmählich zu einer politischen Entspannung geführt, die friedlichen Tendenzen im englischen Volk wohl vertieft und es den leitenden englischen Staatsmännern dann schwerer gemacht, die Nation gegen ihre besseren Instinkte in den Krieg mit uns zu treiben, wie es 1914 der Fall war. Diese Entwicklung wurde jäh unterbrochen: aus dem Balkan flog der Funke in das europäische Pulverfaß.

im Kriegsfall getan haben würde, er könne darauf keine bestimmte Antwort geben, doch glaube er, daß die öffentliche Meinung in England gegebenenfalls eine Beteiligung am Kriege gebilligt haben würde.

[1]) Die Gründe, die uns die gleichzeitige Veröffentlichung beider Abkommen und deshalb auch die Verzögerung der Veröffentlichung des fertigen Abkommens über die portugiesischen Kolonien wünschenswert erscheinen ließen, habe ich in meiner in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 152 Ende März 1918 abgedruckten Erwiderung auf die Schrift des Fürsten Lichnowsky ausführlich dargelegt.

VI. Der zweite Balkankrieg.

Die Arbeit der Londoner Konferenz schritt ziemlich mühsam vorwärts, da bei Abgrenzung des neuen Staates fast um jeden Fußbreit Erde, um jedes Dorf gefeilscht wurde. Rußland, durch seine Protektorrolle und seine an Serbien gegebenen Versprechungen gebunden, unterstützte überall die serbischen Ansprüche, während Österreich, um Albanien lebensfähig zu gestalten, ihm auch das nötige Gebiet, namentlich soweit es als albanisch angesehen werden konnte, zuweisen wollte. London und Berlin, jenes in Petersburg, dieses in Wien, suchten mäßigend zu wirken. So gab denn Wien, namentlich auf deutsche Einwirkung hin, z. B. zu, daß selbst Ortschaften mit ausgesprochen albanischem Charakter, wie Dibra und Djakova, den Serben überlassen wurden.

Während die Konferenz noch tagte, brach wegen des Besitzes von Adrianopel am 3. Februar 1913 der Krieg auf dem Balkan von neuem los. Und ein sehr kritischer Moment trat ein, als König Nikita am 23. April sich unterfing, Skutari zu besetzen. Es war geradezu ein Affront für die Mächte, welche die Stadt und ihr Gebiet Albanien zugesprochen hatten[1]). Der Herr der

[1]) Schon am 14. Februar hatte König Nikita dem Zaren höchst pathetisch geschrieben: „Mein Land ist zum letzten Opfer bereit. Es wird eher

Schwarzen Berge hatte wohl auf den inneren Gegensatz der Mächte und den Schutz Rußlands, vielleicht auch Italiens, gerechnet. In Rußland geriet die öffentliche Meinung in große Erregung. Dem festen Eintreten Deutschlands und Österreichs für die Konferenzbeschlüsse gelang es, den listigen Montenegriner wieder zur Raison zu bringen. Die Gefahr für das europäische Konzert wurde überwunden. Am 30. Mai wurde endlich der vorläufige Friede in London geschlossen, der die Balkanverhältnisse regeln sollte.

Dazwischen spielte noch ein rumänisches Intermezzo. König Karol hatte mit schweren Sorgen den Wirren zugeschaut. Namentlich der große Landgewinn Bulgariens drohte die Machtverhältnisse auf dem Balkan sehr zu Ungunsten Rumäniens zu verschieben. Dieses erhob daher in Sofia die Forderung auf Berichtigung seiner südlichen Grenze und auf den Erwerb von Silistria. Bei einem Konflikt mit Bulgarien war die Parteinahme Rußlands für letzteres zu erwarten. Wir ließen deshalb in Petersburg auf unsere traditionellen Beziehungen zu Rumänien hinweisen, die es uns schwer machen würden, dieses im Stich zu lassen. Es gelang, auch diese Frage durch eine Botschafterkonferenz in Petersburg friedlich zu regeln und dem rumänischen Bundesgenossen eine Genugtuung zu verschaffen.

untergehen, als diese Stadt aufgeben. Ich werde mein Land in Teile zerrissen und vernichtet erblicken und mich selbst umringt von den Geschäftsträgern Europas, aber ich werde niemals den Befehlen der Diplomatie gehorchen." Russisches Rotbuch Heft V, Nr. 64.

Obwohl alle Balkanbündler aus dem Kriege mit beträchtlichem Landgewinn hervorgegangen waren, konnte die Beuteverteilung ihre sich vielfach widersprechenden, durch russische Verheißungen genährten Wünsche keineswegs zufriedenstellen. Der Petersburger Versuch, durch ein scharfes Zarentelegramm die Klienten in Sofia und Belgrad zur Ordnung zu rufen, mißlang, der Krieg zwischen Bulgaren und Serben brach mit wildem Haß aus. Die Karten, die Rußland im Balkanbund selbst gemischt hatte, entglitten seiner Hand, durch seine doppelzüngigen Versprechungen trug es die Schuld, daß der Brand weitertobte. Auf seiten Serbiens fochten auch Griechenland und Montenegro. Nun intervenierte Rumänien, indem es ebenfalls gegen Bulgarien die Waffen erhob, und — nachdem auch die Türken sich Adrianopels wieder bemächtigt hatten — einen Waffenstillstand gebot. Im Bukarester Frieden fiel Rumänien die Stelle des Schiedsrichters und Friedensstifters auf dem Balkan zu. Deutschland unterstützte hierbei Rumänien, und Kaiser Wilhelm sandte dem König Karol ein Glückwunschtelegramm zu seinem Friedenswerke. Schon vor Abschluß des Friedens hatte Österreich bei uns und in Rom Bedenken gegen die beabsichtigte Regelung geltend gemacht, weil das von Wien stets etwas verhätschelte Bulgarien dabei zu schlecht wegkomme. Das kaiserliche Telegramm verstimmte daher in Wien. Die Behauptung jedoch, daß man am Ballplatz die Absicht einer

Revision des Bukarester Friedens gehabt und dabei auf die Hilfe Deutschlands gerechnet hätte, entspricht nicht den Tatsachen. Deutschlands Vorgehen war von der Absicht geleitet, durch die unter den Balkanstaaten selbst getroffene Vereinbarung möglichst Ruhe in diesem Wetterwinkel zu schaffen und jeder, durch fremde Einmischung und europäische Verwicklung möglichen Erweiterung der Streitigkeiten vorzubeugen. Diese Vorgänge sind eine hinreichende Widerlegung der oft erhobenen Angriffe, daß unsere Politik im nahen Oriente sich im Wiener Schlepptau befunden hätte. Wir haben unserem österreichischen Bundesgenossen auch oft geraten, die Beziehungen zu Serbien nach Möglichkeit zu bessern.

Ich muß jedoch zugeben, daß das Wiener Mißtrauen gegen die serbischen Umtriebe nicht unbegründet war. Die Erfolge hatten in Belgrad nicht kalmierend, sondern anreizend gewirkt. Auf die Unterstützung Rußlands vertrauend und durch dessen Vertreter, Herrn v. Hartwig[1]), den Drahtzieher der panslawistischen Machenschaften, sekundiert, glaubte das Kabinett Paschitsch, sich alles gegen Österreich herausnehmen zu dürfen. Die Abgrenzung Albaniens hatte die Pläne Serbiens durchquert. Es benutzte den Einfall albanischer Räuber,

[1]) Herr v. Hartwig war ein spezifischer Vertreter jener russischen Orient-Diplomatie der Ignatiew, Jonin, Iswolski, Tscharikow u. a., die als Vertreter der panslawistischen Idee überall im Balkan das glimmende Feuer geschürt haben.

um — ohne vorherige Anfrage bei den Mächten — wichtige albanische Grenzplätze zu besetzen. Zugleich bezichtigte es Österreich, die albanische Bewegung zu schüren. Wien zeigte sich mit Recht beunruhigt. Ich bat damals den serbischen Geschäftsträger zu mir, um seiner Regierung eine ernste Mahnung zukommen zu lassen. Die Äußerung Herrn Giolittis im Herbst 1914 (bei der er sich auf den inzwischen verstorbenen Marchese di San Giuliano berief), daß Österreich schon im Herbst 1913 die Absicht gehabt habe, gegen Serbien einzuschreiten, kann nur auf Mißverständnis beruhen: Wien wollte damals nur auf die Gefährlichkeit der serbischen Treibereien hinweisen. Italien aber spielte in Belgrad ein Doppelspiel (wie später auch in Albanien und Rumänien durch die Gesandten Aliotti und Fasciotti). Es protegierte und benutzte die serbischen Aspirationen als Karte gegen Österreich. Die persönliche Freundschaft König Viktor Emanuels für seinen Schwager Peter Karageorgewitsch förderte die Intimität der Beziehungen. Am Ballplatz war diese zweideutige Politik Italiens nicht unbekannt.

Im Dezember 1913 wurde eine Vereinbarung zwischen uns und der Türkei über die Entsendung einer deutschen Militärmission behufs Reorganisation der türkischen Armee abgeschlossen. Obwohl der Kaiser das Projekt dem Zaren bereits bei dessen Hochzeitsbesuch Ende Mai in Berlin mitgeteilt und dessen Zustimmung erfahren

hatte, rief das Bekanntwerden der Abmachung in Petersburg eine außerordentliche Erregung hervor. Namentlich die Übertragung des Oberbefehls über das in Konstantinopel garnisonierende I. Armeekorps an General Liman von Sanders wurde uns als Absicht gedeutet, die militärische Macht in der Hauptstadt Deutschland zu sichern. Die Einzelheiten der Abmachungen waren von den militärischen Stellen und nach rein technischen Gesichtspunkten getroffen worden[1]), das Auswärtige Amt hatte dabei nicht mitgewirkt. Aber um Rußland zu beschwichtigen, fand man die Form, den General von Liman zum Marschall zu befördern und mit der generellen Aufsicht über das Heerwesen zu betrauen, wodurch das Konstantinopler Kommando wegfiel. Der Zar dankte bei dem russischen Neujahrsempfang dem Botschafter Grafen Pourtalès mit großer Wärme für das erwiesene Entgegenkommen[2]), Herr Sasonow fand bezeichnenderweise kein Wort der Anerkennung. Notabene war die Übertragung einer Reorganisation der Flotte an eine englische Marinemission unter Admiral Limpus anstandslos hingenommen worden.

---

[1]) Es war gedacht, aus dem I. Armeekorps eine Art Musstertruppe zu bilden, und eine Stärkung der Autorität der deutschen Offiziere durch Kommandobefugnisse erschien erforderlich, damit das türkische Militär nicht, wie früher, die Weisungen der Instrukteure unbeachtet ließ.

[2]) Es war möglich gewesen, auf privatem vertraulichem Wege den Zaren an das Berliner Gespräch mit Kaiser Wilhelm erinnern und ihm die Unverfänglichkeit unserer Absichten darlegen zu lassen.

VII. Russische und französische Kriegsvorbereitungen.

Der Winter 1914 verlief äußerlich ruhig. Aber die Verstimmung über den Konstantinopler Fall bildete den Ausgangspunkt einer russischen Preßhetze gegen Deutschland, die offenbar auch amtliche Nahrung fand. Den deutschen Unternehmern wurden die Aufträge für Regierungsbestellungen entzogen. Ende Januar wurde eine neue französische Anleihe von 2½ Milliarden abgeschlossen, bei welcher Frankreich sich ausbedang, daß die Gelder vornehmlich zum Bau strategischer Bahnen gegen Deutschland und Österreich verwandt werden sollten. Bereits bei dem Besuch des Präsidenten Poincaré im Jahre 1912 war die Steigerung der Kriegsbereitschaft verabredet worden. Am 21. Februar fand in Petersburg eine Beratung statt, die „ein umfangreiches Aktionsprogramm" zum Gegenstand hatte, um Rußland eine günstige Lösung der Meerengenfrage für den Fall zu sichern, daß die Ereignisse es zwingen sollten, seine Interessen am Bosporus und an den Dardanellen zu stützen[1]). Den Vorsitz führte der Minister des Äußern Sasonow, unter den Teilnehmern befanden sich der Marineminister, der

[1]) Russisches Rotbuch Heft VII, Nr. 68, 69.

Chef des Generalstabs, der Botschafter in Konstantinopel usw. Bei Eröffnung der Sitzung erklärte Herr Sasonow unter Bezugnahme auf ein bereits im November dem Zaren überreichtes Memorandum, daß „im Zusammenhang mit der Veränderung der politischen Lage vielleicht schon in naher Zukunft die Möglichkeit von Ereignissen ins Auge gefaßt werden müsse, die die internationale Lage der Meerengen von Konstantinopel von Grund aus verändern" könnten. „Obgleich", so fährt das Protokoll fort, „der Minister des Äußern im gegenwärtigen Moment erhebliche politische Verwicklungen für wenig wahrscheinlich halte, meinte er, daß man trotzdem selbst in der nächsten Zukunft für die Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes im nahen Orient keine Gewähr übernehmen könne." Sowohl in der Sitzung, als in dem daraufhin verfaßten Memorandum ist „die Herrschaft über die Meerengen als die historische Aufgabe Rußlands" bezeichnet, sowie betont worden, daß die Lösung dieser Aufgabe, „der Kampf um Konstantinopel", aller Wahrscheinlichkeit nach nur während eines europäischen Krieges möglich sein werde. Einen günstigen politischen Boden dafür vorzubereiten, bilde gegenwärtig die Aufgabe der zielbewußten Arbeit des Ministeriums des Äußern in dieser Frage. Im Kriegsfalle nimmt Herr Sasonow an, daß „Serbien seine gesamte Macht gegen Österreich-Ungarn werfen" werde. Er drückt auch Zweifel aus, daß Rumänien trotz

eines „gegen Rußland gerichteten Militärbündnisses“ im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Österreich „tatsächlich gegen ersteres auftreten werde“. Es wurde die Vorbereitung von Landungstruppen und die Verstärkung der Schwarzmeerflotte als erforderlich für ein russisches Vorgehen anerkannt.

Im Frühjahr 1914 erfolgte der Besuch des Zaren in Rumänien, die Verlobung einer Zarentochter mit dem Kronprinzen von Rumänien war geplant. Die Prawda vom 31. Januar 1918 hat ein Telegramm des russischen Gesandten in Bukarest vom 30. Juli 1914 veröffentlicht, in dem von bereits damals unternommenen Verhandlungen mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu über eine Militärkonvention für den Krieg gegen Österreich die Rede ist.

Überblickt man ferner die militärischen Maßnahmen, die von der russischen Regierung in den letzten Jahren vor dem Kriege, besonders aber seit dem Frühjahr 1914 verfügt wurden, so muß man in ihnen bedrohliche Vorbereitungen für einen Krieg in naher Zukunft erkennen. Die rapide Steigerung der Kriegsbereitschaft des Heeres in Tempo und Umfang legt den Schluß nahe, daß Rußland sich zu einem aggressiven Vorgehen vorbereitete, auch für den Fall, daß gewisse, auf weitere Sicht eingeleitete Maßnahmen noch nicht vollendet sein sollten.

Schon gelegentlich der Krisen während der Balkan-

kriege hatte die materielle Zurüstung des Heeres durch Beschaffungen aller Art große Fortschritte gemacht. Planmäßige Steigerung der Bestellungen auf kurzfristige Lieferung, großzügige Materialbeschaffung im Auslande, sowie Erhöhung der Kohlenbestände ist während des Frühjahrs 1913 und bis ins Frühjahr 1914 deutlich zu verfolgen. Die Arsenale arbeiteten mit Hochdruck, der Ausbau der Festungen wurde mit allen Kräften beschleunigt. Pferdeausfuhrverbote 1912 und 1914 (einen Monat vor Kriegsausbruch!) gingen mit umfangreichen Pferdeeinkäufen im Ausland Hand in Hand. Im Frühjahr 1914 genehmigte die Duma in geheimer Sitzung — im Anschluß an ähnliche Vorlagen der Vorjahre — große Mittel zur Vervollständigung der Heeresrüstung. Daneben wurde die gewaltige Heeresvermehrung durch Mehreinstellung von jährlich 135000 Rekruten genehmigt. Der noch unlängst von Kokowzow als „unversehrter Schatz für den Kriegsfall" bezeichnete Barbestand von 500 Millionen Rubel wurde für diese Zwecke ausgeschüttet. Aber schon vorher war es durch geheime Erhöhung des Rekrutenkontingents 1913 ermöglicht worden, gewisse Hilfsformationen, besonders für die Kavallerie, zu bilden und mit der verschleierten Aufstellung von Neuformationen den Ausbau neuer Korps einzuleiten, sowie Etatserhöhungen der an der Westgrenze stehenden Korps vorzunehmen. In besonders bedrohlicher Form wurde während der Winterhalbjahre 12/13

und 13/14 die Kriegsbereitschaft des Heeres durch Zurückhaltung des ältesten, gesetzlich zur Entlassung bestimmten Jahrgangs erhöht. Nach und trotz seiner Entlassung im Frühjahr 1914 wurde der erhöhte Mannschaftsbestand durch Einziehung zahlreicher Reservisten und Reichswehrleute erhalten. Diese Tatsache ist durch zahlreiche Gefangenenaussagen bestätigt worden. Man war bestrebt, durch besondere Maßnahmen die Schlagfertigkeit des Heeres im Mobilmachungsfalle erheblich zu beschleunigen, indem bereits im Frühjahr 1913 eine „Kriegsvorbereitungsperiode" eingeführt wurde. Sie sollte „in der der Eröffnung der Feindseligkeiten vorausgehenden Episode diplomatischer Verwicklungen" einsetzen und zahlreiche Arbeiten der Mobilmachung bereits vor deren offizieller Erklärung vorwegnehmen. Die volle Tragweite dieser Maßnahmen ist erst durch erbeutetes Aktenmaterial während des Krieges bekannt geworden. Offiziell ist der Beginn dieser „Periode" am 26. Juli 1914 eingetreten, wie durch die Aussage des Generals Janukschewitsch im Suchomlinow-Prozeß bekannt wurde. Weiteres Beutematerial läßt aber erkennen, daß ganz wesentliche Arbeiten, die dieser Periode bestimmungsgemäß vorbehalten waren, schon früher in Angriff genommen worden sind. Auch lassen zahlreiche Gefangenenaussagen und Beobachtungen von Reisenden den Schluß zu, daß anscheinend Teile der — auch in Friedenszeit fast auf vollem Kriegsetat befindlichen — sibirischen Korps schon vor dem

Kriegsausbruch in westlicher Richtung in Bewegung gesetzt worden sind.

Auch für die Flotte wurden große Geldmittel aufgewandt; im Winter 1913/14 hatte Rußland — allerdings vergeblich — versucht, im Bau befindliche (chilenische) Kriegsschiffe zu kaufen.

In auffallender Parallele hiermit bewegen sich gewisse französische Maßnahmen. Die Stadt Paris wurde, wie der im Jahre 1915 gedruckte Generalbericht des Stadtverordneten Louis Dausset zum Budgetentwurf des Pariser Conseil Municipal dartut, mit außergewöhnlichen Mehlvorräten für den Kriegsfall verproviantiert. Die Anregung ging vom französischen Kriegsministerium aus, welches der Stadtverwaltung dazu namhafte Beträge zur Verfügung stellte. Im Budgetausschuß betonte der Generalgouverneur von Paris, General Michel, am 14. Januar 1914 die Dringlichkeit der Entscheidung und sagte, wie der genannte Bericht bekundet: „Die Zeit drängt, dieses Jahr ist ein außergewöhnliches Jahr, wir wissen nicht, was es uns bringen wird. Wir wissen nicht, ob wir im Monat März oder im Monat April die Mobilmachung haben werden!" Die französische Regierung ließ ferner im Mai 1914 durch ihren Botschafter in Bern der Schweiz das Angebot machen, ihr im Kriegsfall die nötige Getreidezufuhr auf französischen Bahnen unter der Bedingung zu sichern, daß die Schweiz den Verbleib des Getreides im Lande

garantierte. In den weiteren Verhandlungen, die zwischen dem französischen Militärattaché Major Pageot und dem Schweizer Generalstab geführt wurden, hat ersterer geäußert, Frankreich sei an sich zwar friedliebend, mais nos frères d'Alsace nous appellent. Er rechnete ferner mit der Teilnahme Rußlands und Englands am Kriege, welche Deutschland die Zufuhr sperren würden. Also das Aushungerungsprojekt! Der Suezkanal und Gibraltar würden gesperrt werden, so daß die Schweiz allein auf die Zufuhr von der See durch Frankreich angewiesen bliebe.

Im März brachte die Kölnische Zeitung einen Bericht ihres Petersburger Korrespondenten, der, auf die großen russischen Rüstungen hinweisend, daraus die Absicht eines Angriffes auf Deutschland folgerte. Der Artikel erregte um so mehr Aufsehen, als er auf offiziöse Inspiration zurückgeführt wurde. Sowohl die Berliner Regierung, wie unsere Petersburger Botschaft standen ihm fern. Er war, wie ich feststellen konnte, dem Schreiber lediglich von seinen eigenen Befürchtungen eingegeben. Doch zum Teil waren die militärischen Angaben des Artikels richtig. In Petersburg zeigte das Wetterglas bedenkliche Erscheinungen. Die öffentliche Meinung in Rußland fuhr fort, in einem so scharfen Ton gegen Deutschland zu hetzen, daß es geraten schien, in einer Rede, die ich am 14. Mai über die auswärtige Lage im Reichstag hielt, einige ernste Warnungen an die russische Adresse zu richten.

VIII. Das englisch-russische Marineabkommen.

Ende April 1914 stattete König Georg von England dem Präsidenten Poincaré in Paris seinen offiziellen Besuch ab[1]), dessen herzlicher Charakter noch dadurch erhöht wurde, daß Königin Mary den Gemahl begleitete. Mit dem Herrscherpaar kam auch Sir Edward Grey nach Paris, das erstemal, daß der Insulaner, wenigstens in amtlicher Eigenschaft, den Kontinent aufsuchte. Von dem warmen Empfang fühlte er sich angenehm berührt.

Am 22. November 1912 hatte Grey den im englischen Blaubuch veröffentlichten Brief an den Botschafter Paul Cambon geschrieben, der eine Verständigung der Generalstäbe behufs gemeinsamer Abwehr eines Angriffs zusagte. Zwar war der Vorbehalt gemacht, daß die militärischen Abreden die Entschlußfreiheit der Regierungen nicht berühren sollten, doch ist es klar und wird auch durch die

[1]) Der Besuch des englischen Königspaares in Berlin anläßlich der Vermählung der Kaisertochter mit dem Herzog von Braunschweig 1913 trug — ebenso wie der des Zaren — einen rein verwandtschaftlichen Charakter, der auch dadurch markiert wurde, daß kein Mitglied der Regierung die Majestäten begleitete. Der erste offizielle Besuch sollte dem befreundeten Frankreich gelten.

Veröffentlichung im Kriegsblaubuch bewiesen, daß der Brief die — wenn auch bedingte — Absicht der Waffenhilfe voraussetzte. Der Vorbehalt diente offenbar nur dem Zweck, dem englischen Parlament sagen zu können, daß feste Verpflichtungen zum Eingreifen für England nicht beständen. Der Brief erwähnt ausdrücklich die „während der letzten Jahre" gepflogenen Beratungen der beiderseitigen militärischen Stellen — also ältere Vereinbarungen — sowie die „gegenwärtige Verteilung der Flotten Frankreichs und Englands". Diese Verteilung war so disponiert, daß die englische Flotte den Schutz der Nordsee, des Kanals und des Atlantischen Ozeans übernehmen sollte und die französische Flotte dadurch für eine Verwendung im Mittelmeer frei wurde; hierbei wurde ihr Malta als Stützpunkt zur Verfügung gestellt. Den Pariser Besuch benutzte die russische Diplomatie, um durch Vermittlung des französischen Ministers Doumergue Grey eine dem englisch-französischen Abkommen analoge Vereinbarung in Gestalt einer Marinekonvention vorzuschlagen. Sasonow hatte am 2. April an Iswolski nach Paris geschrieben, daß „eine weitere Festigung und Ausgestaltung der sogenannten Tripelentente und möglichst ihre Umgestaltung in einen neuen Dreibund ihm als eine Aufgabe der Gegenwart" erscheine. Die Anregung war offenbar schon vor dem Besuch über Paris nach London mitgeteilt worden, aber Sir A. Nicolson hatte gesagt, daß der Besuch des Königs in der fran-

zösischen Hauptstadt nicht der richtige Moment für diese „Umgestaltung" wäre. Man war deshalb auf das Projekt einer militärischen Abmachung gekommen. Grey akzeptierte in Paris den Vorschlag vorbehaltlich der Zustimmung des englischen Kabinetts, die er dann auch erlangte. Im Mai schrieb der Londoner Botschafter Graf Benckendorff an Sasonow, hiermit würde man „die Hauptsache erreicht haben, nämlich die bisher allzu theoretischen und friedlichen Grundgedanken der Entente durch etwas Greifbareres zu ersetzen". „Ein öffentliches Bündnis würde in England nur ein günstigeres Feld für die Agitation zugunsten Deutschlands bieten, auf die Deutschland mehr Gewicht lege als je zuvor." Am 12. Mai meldete dann Graf Benckendorff nach Petersburg, Grey habe ihn zu sich gebeten, um ihm eine Mitteilung über den günstigen Verlauf des Pariser Besuches zu machen. „Die Absicht, die ihn leitete, war klar. Er wollte mir den Beginn einer Phase noch stärkerer Annäherung an Frankreich ankündigen. Die Absicht trat für mich noch deutlicher in die Erscheinung, als er ohne Übergang bemerkte, daß ich zweifellos von der Unterredung, die er mit Doumergue über Rußland gehabt hätte, unterrichtet worden sei." Die Verhandlungen sollten nun durch Marineoffiziere in London begonnen werden, und Sasonow schreibt an Benckendorff am 28. Mai n. St., er würde „in dem Abschluß der Vereinbarung einen wichtigen Schritt erblicken, um England

dem franko-russischen Bündnis enger anzuschließen". Es gelang uns, Kenntnis von diesen geheimen Vorgängen zu erhalten; auch ein Berliner Blatt konnte die Nachricht davon bringen. Als der Liberale King im englischen Unterhaus interpellierte, ob zwischen England und Rußland kürzlich irgendein Marineabkommen abgeschlossen worden sei oder entsprechende Verhandlungen stattfänden, bedauerte Grey dem Grafen Benckendorff gegenüber, daß „ungelegene" Indiskretionen vorgekommen wären, zeigte sich aber zufrieden über ein bereits in der Nowoje Wremja erschienenes Dementi und skizzierte dem Botschafter die Antwort, die er im Unterhaus geben würde und die die Sache „verschleiern" sollte. Die Erklärung Greys auf die Kingsche Anfrage lautete, daß es „keine unveröffentlichten Abmachungen gäbe, welche im Falle eines europäischen Krieges die Freiheit der Regierung oder des Parlaments über die Teilnahme Englands an demselben einschränken oder behindern würde. Keine derartigen Verhandlungen sind im Gange, und es werden, soweit ich das beurteilen kann, voraussichtlich keine eingeleitet werden"![1]) Das englische Parlament wurde durch diese „Verschleierung" gröblich getäuscht. Ein beredtes Beispiel für die Behand-

[1]) Herr Sasonow aber sagte unserem Botschafter, eine russisch-englische Marinekonvention existiere nur „in der Idee des Berliner Tageblatts und im Mond". Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 16. Oktober 1914.

lung auswärtiger Fragen im klassischen Lande der parlamentarischen Regierungsform![1])

Die Vorgänge sind aber auch ein Beweis dafür, wie die Einschnürung der Zentralmächte immer enger und fester wurde. Es war am Vorabend des Weltkrieges.

---

[1]) Die sogenannte „Geheimdiplomatie" ist in letzter Zeit viel, und besonders auch in Deutschland, als Übelstand bezeichnet worden, der beseitigt werden müßte. Wir werden sehen, ob sich Formen im Verkehr der Staaten finden lassen, welche die Bekanntgabe aller Abkommen und Verständigungen, auch ihrer Anbahnung und Vorverhandlung, vor der breiten Öffentlichkeit des In- und Auslandes gestatten werden. Was speziell Deutschland betrifft, so haben wohl wenig Staaten in neuerer Zeit so wenig „Geheimdiplomatie" getrieben, in wenigen Ländern ist die Volksvertretung so weitgehend über die Vorgänge der auswärtigen Politik, ihre Ziele und Verpflichtungen informiert worden, wie bei uns.

Unser Vertrag mit Österreich war veröffentlicht, der korrespondierende mit Italien (der Dreibundvertrag) allerdings nicht. Doch war wohl niemandem bei uns sein wesentlicher Inhalt ein Geheimnis. Gegen seine Bekanntmachung hätte ich keine Bedenken gehabt. Aber die italienische Regierung?? (siehe Seite 41). Die Veröffentlichung des Vertrages mit Rumänien wäre bei uns wie in Wien gern gesehen worden, aber der ausgesprochene Widerstand des Königs Carol verbot sie. Daß der Wortlaut unserer während des Krieges mit der Türkei und Bulgarien abgeschlossenen Waffenbündnisse nicht veröffentlicht wurde, war inter arma wohl selbstverständlich. Das war unsere „Geheimdiplomatie". Wie stand es dagegen in den anderen Staaten? Der geheimnisvolle Betrieb des Balkanbundes und seiner Verträge? Das auch vor den Bundesgenossen geheimgehaltene Abkommen Italiens mit Frankreich? Die Verständigungen und militärischen Abreden Englands mit Frankreich? Die obenerwähnten Verhandlungen über eine Marinekonvention mit Rußland, die eine „Verschleierung" vor dem Parlament gestatteten? usw. usw. Nur durch Zufall oder Jägerlist konnte man die Schleichwege dieser Diplomatie auffinden.

Der englische Königsbesuch hatte das Selbstgefühl der Franzosen noch ersichtlich gesteigert. Deutsche, die in den folgenden Monaten Paris besuchten, sagten mir, daß sie die Stimmung auch in Geschäftskreisen direkt kriegslustig gefunden hätten. Pariser Theater gefielen sich in Stücken, in denen das deutsche Militär lächerlich gemacht wurde, so daß ich Veranlassung nahm, den Berliner Vertreter der Republik, Herrn Jules Cambon — den Bruder des Londoner Paul, mit dem er in regstem Briefwechsel stand — auf diesen Unfug aufmerksam zu machen.

In England liefen zwei Strömungen nebeneinander, eine nationalistisch-imperialistische, die, im Kielwasser der Entente segelnd, einer Abrechnung mit dem deutschen Konkurrenten zusteuerte, und eine pazifistische, die einer Verständigung mit uns zuneigte. Die erstere erwies sich, wie fast immer aktive Strömungen, schließlich als die stärkere. Sie gebot auch über eine mächtige Presse[1]). Sir E. Grey trug wohl beiden Möglichkeiten Rechnung und hoffte vielleicht, zwischen beiden einen Ausgleich zu finden, ohne sich über die Endziele der Politik seiner Ententefreunde völlig klar zu werden. Mit Herrn Asquith zwar dem imperialistischen Flügel der liberalen Partei angehörend, war er in der Theorie noch Pazifist, aber sein Pazifismus fand in den natürlichen oder vermeint-

[1]) Der Zeitungskonzern von M. Pearson, sowie von Lord Northcliffe (früher Mr. Harmsworth, Sohn eines russisch-jüdischen Mannes namens Stern, der aus Rußland nach Irland ausgewandert war).

lichen Interessen Englands seine Grenzen, wie die Haltung der englischen Politik in der Marokkokrise und der bosnischen Frage zeigte. Ein unbedingter Anhänger der balance of power, geriet er in immer größere Abhängigkeit von den Ententemächten und wurde damit — unbewußt, das untersteht für mich keinem Zweifel — zum Förderer der aggressiven Politik Frankreichs und Rußlands. Der Pariser Besuch brachte ihn noch entschiedener unter den Einfluß der Entente. Wir sehen, wie er sich dort ohne Gegenwehr die Schlinge um den Hals legen läßt und auf Verhandlungen eingeht, die er nachher im Parlament ärgerlich ableugnet. Frankreich und Rußland konnten von Paris die beruhigende Zuversicht mitnehmen, daß der Bestand der Entente gesichert und die Dinge für die Entwicklung reif seien. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß Frankreich und Rußland, durch die Anzeichen einer möglichen Annäherung zwischen Deutschland und England (Bagdadabkommen) beunruhigt, das Eisen zu schmieden trachteten, ehe es kalt werden könnte.

Die Zwecke einer etwas mysteriösen Reise, die der Privatsekretär Greys, Sir W. Tyrrell, im Frühjahr 1914 nach Washington unternahm, wo er mit dem Präsidenten Wilson konferieren konnte, bedürften noch näherer Aufklärung.

IX. Wien und Berlin nach dem Mord von Sarajewo.

Am 28. Juni wurde der österreichische Thronfolger mit seiner Gemahlin in Sarajewo ermordet. Der Erzherzog war vor der Reise gewarnt worden, aber der Landeschef von Bosnien — derselbe General Potiorek, der später die Schuld an der furchtbaren Niederlage des österreichischen Expeditionskorps in Serbien trug — hatte sich für die Sicherheit verbürgt. Die Mörder waren bosnische Serben. Die Untersuchung, die die K. u. K. Regierung alsbald anstellte, deckte Fäden auf, die nach Serbien führten. Dort bestand der nationalistische Volksverein Narodna Obrana, der auch in Bosnien, namentlich unter der Jugend, zahlreiche Mitglieder besaß und großserbische Propaganda, die Losreißung der serbischen Landesteile von der Donaumonarchie, betrieb[1]). Viele serbische Offiziere und Beamte waren Mitglieder des Vereins, von der Regierung in Belgrad wurde er begünstigt, die Attentäter standen mit ihm in Verbindung, hatten Geld von ihm erhalten. Die Bomben des Mörders Gabrinowiç stammten aus dem serbischen Waffenlager in Kragujevaç und waren mit Hilfe serbischer Mi-

[1]) Notabene hatten die von Serbien erstrebten Gebietsteile der Monarchie zum größten Teil niemals dem alten Königreich Serbien angehört.

litärs über die Grenze nach Bosnien befördert worden. Die Freveltat erregte in Serbien, und zwar gerade in Kreisen der Intelligenz, nur kaum verhehlte Freude, die Zeitungen brachten zum Teil unerhörte Kommentare. So stark war, von der Regierung begünstigt, seit Jahren der Haß gegen Österreich von nationalistischer Seite geschürt worden. Man glaubte frohlockend den nahen Verfall der Habsburgischen Monarchie vorauszusehen, die Presse hetzte in zügellosester Weise (Rotbuch 1, 3, 5, 6, 19, Beilage 9). Die Regierung gab ihrer Entrüstung über den Mord zwar offiziell Ausdruck, gab auch Versprechungen, tat aber nichts, um dem Unwesen der Propaganda zu steuern, sie tat auch (bis zum österreichischen Ultimatum) nichts Ernstliches, um eine Untersuchung über den Ursprung des Attentats und die Teilnahme an demselben anzustellen. Einer Anstiftung des Verbrechers wird man die serbische Regierung nicht beschuldigen können, aber sie trug unzweifelhaft die moralische Mitschuld durch die von ihr genährten Tendenzen, durch ihr Geschehen- und Gehenlassen. Es waren die allslawischen Tendenzen, die auch von den russischen Agenten systematisch gefördert und gegen Österreich benutzt waren.

Mich traf die Nachricht von der Ermordung auf der Hochzeitsreise am Vierwaldstätter See. Von schlimmen Ahnungen erfüllt, telegraphierte ich nach Berlin, ob meine sofortige Rückkehr erwünscht sei. Ich erhielt die

Antwort vom Unterstaatssekretär, daß kein Grund zu verfrühter Rückreise vorläge. Am 6. Juli, nach Ablauf meines Urlaubs, traf ich wieder in Berlin ein. Tags zuvor war der Kabinettssekretär des Grafen Berchtold, Graf Hoyos, dort gewesen, um ein für S. M. den Kaiser bestimmtes Handschreiben des Kaisers Franz Joseph zu bringen[1]). Dasselbe war von einem Promemoria begleitet. Das Handschreiben wies auf die Mordtat und die Ergebnisse der Untersuchung hin. Fast alle Balkanfragen, besonders auch die Haltung Rumäniens, über welche sehr geklagt wurde, waren berührt, und es war dargelegt, daß Österreich die fortgesetzte (serbische und russische) Agitation, die seine innere Ruhe und die Sicherheit seiner südlichen Grenzen bedrohte, nicht länger stillschweigend hinnehmen könne. Alles Entgegenkommen, das man in Wien gezeigt, sei vergeblich gewesen, der Gegensatz mit Serbien sei nur immer schärfer geworden. Die Friedenspolitik aller europäischen Monarchen sei gefährdet, solange der Herd verbrecherischer Treibereien in Belgrad fortbestände. Die Möglichkeit eines Krieges mit Rußland war in dem Schreiben nicht erwähnt. Freilich konnte die Protektorrolle, die Rußland in Serbien spielte, und die Tätigkeit seines dortigen Vertreters als bekannt angenommen werden. Dagegen war die Stärkung der gegenwärtigen bulgarischen Regierung

[1]) Das Schreiben ist dem Kaiser in Potsdam am 5ten vom Botschafter Grafen Szögyeny (nicht vom Grafen Hoyos) überreicht worden.

und ein eventueller Anschluß Bulgariens an den Dreibund empfohlen. In dem Handschreiben wurde darauf hingewiesen, daß hier ein Druckmittel auf das unzuverlässige Rumänien gefunden werden könnte. Die Herstellung näherer Beziehungen zu Bulgarien war ein altes Leitmotiv der Politik des Ballplatzes. Auch unsererseits hatte in früherer Zeit eine engere Fühlung mit Sofia bestanden, war allerdings später, als der russische Einfluß dort überwog, als unfruchtbar erkannt worden. Doch ließ sich die Heranziehung Bulgariens trotz dessen stets etwas unverläßlicher Haltung in Erwägung ziehen[1]). Seit dem letzten Kriege trennte Bulgaren und Serben bitterer Haß.

Die Instruktion, die hierauf an unseren Botschafter nach Wien ergangen war, enthielt den Bescheid, daß wir uns der Gefahr nicht verschlössen, die Österreich-Ungarn und damit auch den Dreibund durch die von den russischen und serbischen Panslawisten betriebene Agitation bedrohte. Im Einklang mit den Bündnispflichten würden wir treu an der Seite Österreichs stehen.

Die Bluttat von Sarajewo, eine wenn auch von den offiziellen Kreisen wohl nicht gewollte Frucht der großserbischen Propaganda, hatte blitzartig vor den Augen aller Welt gezeigt, wohin die Dinge schließlich führen mußten. Serbien hatte die Versprechungen, die es 1909

[1]) Meines Erinnerns ist übrigens vor dem Kriege mit Bulgarien nicht mehr verhandelt worden.

feierlichst für sein Wohlverhalten gegeben, hatte alle späteren Warnungen, auf den Schutz Rußlands vertrauend, leichtfertig in den Wind geschlagen, seine Regierung hatte fortgefahren, die auf den Zerfall der Donaumonarchie gerichteten Bestrebungen zu dulden und zu fördern, verschiedene schwere Krisen waren durch das Verhalten Serbiens herbeigeführt worden. Diesem Treiben endlich Einhalt zu gebieten, war für Österreich eine Lebensfrage geworden. Daß hohle Versprechungen nicht ausreichten, war erwiesen, daß es eines stärkeren Druckes, eventuell eines Einschreitens bedürfen würde, damit war nach den bisherigen Erfahrungen allerdings zu rechnen[1]). Wie bereits in unserem Weißbuch gesagt ist (S. 1, 2), konnten wir unserem Bundesgenossen, der sich in dieser Situation an uns wandte, nur „unser Einverständnis mit seiner Einschätzung der Sachlage geben und ihm versichern, daß eine Aktion, die er für den Bestand der Monarchie für notwendig hielte, unsere Billigung finden würde. Wir waren uns hierbei wohl bewußt, daß ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Öster-

[1]) Der serbische Gesandte in London sagt am 23. Juli zu Sir A. Nicolson, seine Regierung würde den Forderungen entgegenkommen, wenn sie sich auf dem „terrain juridique" hielten. Wenn aber Österreich die Frage auf das politische Gebiet hinüberspiele und sage, die serbische Politik müsse sich einem radikalen Wechsel unterziehen und gewisse politische Ideale aufgeben (also die großserbischen Bestrebungen), so würde Serbien sich dem nicht unterwerfen (Blaubuch 30). Natürlich war es eine politische Frage!

reich-Ungarns gegen Serbien Rußland auf den Plan bringen und uns hiermit, unserer Bündnispflicht entsprechend, in einen Krieg verwickeln könnte. Wir konnten aber in der Erkenntnis der vitalen Interessen Österreich-Ungarns, die auf dem Spiel standen, unserem Bundesgenossen weder zu einer mit seiner Würde nicht zu vereinbarenden Nachgiebigkeit raten, noch auch ihm unseren Beistand in diesem schweren Moment versagen". Ein allmählicher Zerfall Österreichs, eine Unterwerfung des gesamten Slawentums unter russischer Hegemonie mußte die Stellung der germanischen Rasse in Mitteleuropa stark gefährden und auch unsere Interessen schwer bedrohen. „Ein moralisch geschwächtes, durch das Vordringen des russischen Panslawismus zusammenbrechendes Österreich wäre für uns kein Bundesgenosse mehr, mit dem wir noch rechnen könnten. Wir ließen daher Österreich freie Hand in seiner Aktion gegen Serbien, wir haben an den Vorbereitungen nicht teilgenommen." Dies ist unser Standpunkt bei Beginn der Krise gewesen. Auch heute noch bin ich der Ansicht, daß wir nicht anders handeln konnten, als Österreich unseren Beistand zuzusagen, um ihm eine Genugtuung zu schaffen. Wenn Herr Sasonow wiederholt gesagt hat, Rußland könne nicht dulden, daß Serbien der Vasall Österreichs würde (was gar nicht beabsichtigt war, es sollte nur Ruhe halten), sollten wir etwa dulden, daß unser Bundesgenosse fortgesetzt in seiner Existenz bedroht

wurde, ohne sich dagegen wehren zu dürfen? Wir hatten höhere — weil auch durch eigene Lebensinteressen bedingte — Pflichten zum Schutze Österreichs als diejenigen, die Rußland aus der angemaßten Protektorrolle über den unruhigen Balkankleinstaat und seine slawischen Aspirationen für sich geltend machen konnte. Dieser Auffassung entsprach die obige Instruktion. Aber wir haben uns von vornherein dafür eingesetzt, daß der österreichisch-serbische Streit unter den Parteien selbst erledigt werden müsse und nicht die Dimensionen eines europäischen Konflikts annehmen dürfe[1]). Als es dann im Laufe der weiteren Entwicklung möglich erschien, Österreich eine genügende Sühne und Garantie von Serbien zu verschaffen, haben wir unserem Bundesgenossen sehr dringlich zu der Mäßigung geraten, wie sie politische Klugheit gebot. Wien ist auch unserem Ratschlag gefolgt. Rußlands Bedrohung unserer Sicherheit durch die gegen uns gerichtete Gesamtmobilmachung hat jede Verständigung vereitelt, den Weltkrieg entfesselt[2]).

[1]) Dieser Auffassung entsprach auch die anfängliche Haltung Englands.

[2]) Der von unseren Feinden verbreiteten Lüge, der Krieg gegen Serbien sei bereits bei dem Besuch S. M. des Kaisers beim Erzherzog Franz Ferdinand in Kanopischt im Juni 1914 beschlossen worden, muß auf das entschiedenste entgegengetreten werden. Der Thronfolger wünschte seinem kaiserlichen Freunde die Rosenblüte auf der von ihm besonders geliebten böhmischen Besitzung zu zeigen, der Besuch war ein rein freundschaftlicher. Ich habe demselben nicht beigewohnt. Wie ich aber nachher erfuhr, haben die Gespräche, soweit sie überhaupt politischer Natur waren, sich fast nur

Daß in Potsdam am fünften ein Kronrat stattgefunden hätte, ist eine oft dementierte Legende. S. M. der Kaiser hatte am Nachmittage den Reichskanzler und den Unterstaatssekretär, der mich während meines Urlaubs vertrat, zum Vortrag empfangen. Ob angesichts der bevorstehenden Abreise des Kaisers noch andere Vorträge an dem Tage stattgefunden haben, ist mir nicht bekannt.

Der Kaiser hatte am sechsten früh Potsdam verlassen, um am siebenten von Kiel aus die alljährliche Nordlandreise anzutreten. Der Kanzler hatte auch dazu geraten, weil eine plötzliche Absage des festgesetzten Programms zu beunruhigenden Gerüchten über die politische Lage hätte Anlaß geben, geradezu als Zeichen, daß man einem Konflikt zusteuerte, hätte gedeutet werden können. Dies

---

auf die inneren Verhältnisse Österreich-Ungarns bezogen. Der Erzherzog neigte, um die Schwierigkeiten der Monarchie zu überwinden, dem föderativen System zu. Und der Fürst, dessen Herrschaft den Völkern Habsburgs Befriedigung ihrer nationalen Wünsche versprach, fiel durch die Mörderhand eines Nationalisten! Wollte man etwa die Ausführung seiner Pläne verhindern, die die Losreißung der serbischen Gebiete erschwert hätte?

Daß Staatssekretär v. Tirpitz den Kaiser nach Kanopischt begleitete, beruhte auf einem ausdrücklichen Wunsche des Erzherzogs, der die Ansicht des Großadmirals über den Bau gewisser Schiffstypen zu hören wünschte. Der Thronfolger interessierte sich zwar lebhaft für die Beseitigung gewisser Schäden und Mängel der K. u. K. Armee und Marine, er war aber durchaus nicht etwa ein Kriegstreiber, als welchen man ihn vielfach hat hinstellen wollen. Im Gegenteil, während der albanischen Krise ist er verschiedentlich für die Vermeidung des Konflikts durch Nachgeben energisch eingetreten.

um so mehr, als der Besuch des Präsidenten Poincaré in Petersburg erwartet wurde.

So lagen die Dinge bei meiner Rückkehr nach Berlin. Wie die anderen maßgebenden Stellen, habe ich die Situation von Anfang an als ernst angesehen. Jeder Vorfall auf dem Balkan barg bei den dort kollidierenden Interessen erfahrungsgemäß Konfliktsmöglichkeiten; der jetzige war um so schwerer, als der an dem Erben der Donaumonarchie begangene Mord ein direktes Attentat gegen letztere darstellte. Doch gerade darum habe auch ich gehofft, daß der österreichisch-serbische Konflikt sich lokalisieren würde. Die Mächte mußten bei einigem guten Willen erkennen, daß Österreichs Sühneforderung ein Akt gerechter Notwehr sei, und deshalb die Monarchie ihren Handel mit Serbien allein austragen lassen.

Wir haben deswegen in Wien geraten, das belastende Material gegen Serbien zusammenzustellen, um Europa von der Schuld zu überzeugen. Wenn wir auch betreffs der Demarche, die in Belgrad erfolgen sollte, im voraus keine Stellung nehmen konnten, so wollten wir doch wissen, „wohin die Reise ginge“[1]). Ich habe dem österreichischen Botschafter wiederholt gesagt, daß wir über die Schritte, die man in Wien beschließen würde, vorher orientiert sein wollten. Von einer „carte blanche“, wie behauptet worden ist, kann also nicht die Rede sein. Es

[1]) So lautete, wenn ich mich recht erinnere, der Ausdruck in unserer nach Wien gerichteten Instruktion.

ist ein großer Unterschied, ob, wenn ich Schritte prinzipiell als notwendig anerkenne, ich auch den modus procedendi suggeriere und damit die Verantwortung für diesen übernehme, oder ob ich von der Art der Schritte vorher in Kenntnis gesetzt sein und mir gewissermaßen die Kontrolle vorbehalten will. Letzteres wollten wir, ersteres nicht, schon weil wir die Grenze der Verantwortlichkeit auch Österreich-Ungarn gegenüber innehalten mußten. Wir haben ferner unserem Bundesgenossen den Rat erteilt, die fragliche Demarche möglichst zu beeilen, weil anzunehmen war, daß unter dem noch frischen Eindruck der Mordtat die politischen Momente, die etwa da oder dort zu einer Parteinahme für Serbien verleiten konnten, hinter dem allseitigen Abscheu der öffentlichen Meinung über das Verbrechen zurücktreten mußten.

Wien ließ nun fast einen ganzen Monat verstreichen. Es war natürlich, daß der Eindruck des Frevels von Sarajewo in den verschiedenen Ländern Europas mehr und mehr verblaßte. Dagegen sprach in Wien allerdings die Erwägung mit, daß es zweckmäßig sein würde, die Demarche in Belgrad nicht mit dem Besuche Herrn Poincarés in St. Petersburg koinzidieren zu lassen, damit nicht in der Fest- und Verbrüderungsstimmung dort weittragende Beschlüsse gegen Österreich gefaßt würden. Der Besuch fand vom 19.—23. Juli statt. Über die Gespräche, die dabei gepflogen sind, ist leider nichts veröffentlicht

worden. Daß sie von demselben Geiste getragen gewesen sind, wie 1912, wo eine erhöhte Kriegsbereitschaft beschlossen wurde, ist wohl anzunehmen. Dem österreichischen Botschafter sagte der Präsident, Serbien habe Freunde, die es nicht im Stiche lassen würden!

Der einst so kluge, aber in letzter Zeit recht gealterte Botschafter Graf Szögyeny, dessen amtliche Tage bereits gezählt waren, erfuhr scheinbar wenig von dem, was in Wien vorging oder beabsichtigt war. Unser dortiger Botschafter Herr v. Tschirschky berichtete im Laufe des Juli, Graf Berchtold habe gemeint, man könnte u. a. verlangen, daß in Belgrad ein Organ der österreichisch-ungarischen Regierung eingesetzt würde, um von dort aus die großserbischen Umtriebe zu überwachen, eventuell auch die Auflösung von Vereinen und die Entlassung einiger kompromittierter Offiziere. Man denke daran, ein Ultimatum zu stellen und die Frist zur Beantwortung desselben möglichst kurz zu bemessen, eventuell auf 48 Stunden. Diese Forderungen erschienen nach Lage der Dinge an sich nicht unbillig, richtete sich doch die großserbische Bewegung direkt gegen den Bestand der Monarchie[1]), und eine kurze Bemessung der Frist war bei den im ganzen Orient üblichen Verschleppungsmethoden und der bekannten Belgrader Winkelzügigkeit nicht unzweckmäßig.

[1]) Auch in Paris bestand ein russisches bureau de sûreté zur Überwachung der Anarchisten.

Für Österreich hätte die Frage entstehen können, ob ein der Sendung des Handschreibens nach Berlin analoger Schritt auch in Rom getan werden sollte. Italien hat sich nachher beschwert, über die österreichischen Absichten nicht vorher informiert worden zu sein und diese angebliche Unterlassung[1]) zum Vorwand seiner Neutralität gemacht. Immerhin war das Bündnisverhältnis zwischen Österreich und Deutschland von einem anderen Geiste getragen, als das zwischen Österreich und Italien, und die persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Kaisern waren intimer, als zwischen den Höfen von Wien und Rom. Bei dem zweideutigen Spiel Italiens in Serbien, bei seinen undurchsichtigen Beziehungen zu den Ententekabinetten, besonders dem von Petersburg, lag die Gefahr nahe, daß die italienische Diplomatie den Zwecken Österreichs entgegenwirken und Serbien zum Widerstand gegen dessen Forderungen ermuntern würde. Nach Artikel VII des Dreibundvertrages sollten Österreich und Italien sich behufs Aufrechterhaltung des Status quo im Orient ihre diesbezüglichen Absichten mitteilen und — falls „die Aufrechterhaltung des Status quo bezüglich der Balkangebiete oder jenes bezüglich der ottomanischen Küsten und Inseln des Adriatischen und des Ägäischen Meeres" infolge der Ereignisse unmöglich würde oder eine der beiden Mächte sich gezwungen sähe, denselben durch eine zeitweilige oder

[1]) Siehe Anmerkung S. 108.

dauernde Besetzung zu ändern — sollte ein vorheriges Übereinkommen der beiden Mächte stattfinden, „welches auf dem Prinzip einer gegenseitigen Kompensation für jeden territorialen oder anderen Vorteil beruht, den jede von ihnen über den gegenwärtigen Status quo hinaus erhalten würde, und das den Interessen und wohlbegründeten Ansprüchen der beiden Teile Genüge leistet“[1]). Von begründetem Mißtrauen gegen die Haltung Italiens geleitet, habe ich im Laufe des Juli durch unsere Botschaft in Wien vorsichtig anregen lassen, den Italienern für alle Eventualitäten den Erwerb des Trentino in Aussicht zu stellen. Meine Anregung beruhte nicht etwa auf der Ansicht, daß die Angelegenheit sich zu einem allgemeinen Kriege auswachsen oder einer der im Vertrage vorgesehenen Fälle eintreten mußte, sondern sie war von dem einfachen Gebot politischer Vorsicht eingegeben, welche alle Möglichkeiten ins Auge faßt. Wien hat meine Anregung nicht berücksichtigt. In der Interpretation der etwas vieldeutig und stark hypothetisch gefaßten Bestimmungen des Artikels VII hatten schon früher zwischen Rom und Wien Abweichungen bestanden, so während des gegen die Türkei gerichteten libyschen Krieges, der die in dem Artikel genannten Gebiete auch in Mitleidenschaft ziehen mußte und gezogen hat. Wien hat die Auffassung vertreten, daß der Artikel sinngemäß nur auf den türkischen Besitzstand, nicht aber auf die an-

[1]) Anhang zum Rotbuch II von 1916, Nr. 1.

deren Balkanländer Bezug haben könne (Rotbuch II von 1916, 2). Und gar über eine „Kompensation" zu verhandeln, glaubte sich Graf Berchtold um so weniger veranlaßt, als — wie er gleich in Rom und später ja auch in Petersburg mitteilen ließ — Österreich an keine territorialen Erwerbungen dachte (Rotbuch II, 1, 2)[1]). Es wollte auch keine Veränderung des Status quo und erstrebte keinen „Vorteil", sondern nur Ruhe und Sicherheit gegen die serbischen Umtriebe[2]).

---

[1]) Eine Annexion serbischen Gebietes beabsichtigte man in Wien schon deshalb nicht, weil Ungarn jeden Zuwachs an serbischer Bevölkerung, welcher eine Schwächung des Magyarentums bedeutete, abgelehnt hätte.

[2]) Die Absicht, Schritte in Belgrad zu tun, ist von Graf Berchtold am 20. Juli dem italienischen Botschafter in Wien und durch Herrn von Merey am 21. in Rom mitgeteilt worden (Rotbuch II, 1 und 3). Italien hat vor dem libyschen Krieg — das Ultimatum an die Türkei erfolgte am 27. und die Kriegserklärung am 29. September 1911 — erst am 26. September 1911 seinen Bundesgenossen von seinen Absichten in Kenntnis gesetzt (Anhang zum Rotbuch II, Nr. 3). Wenn Italien in der Note vom 4. Mai 1915 (Rotbuch II, 170) sagt, daß Österreich sans le moindre avertissement gehandelt habe, so ist das ebenso unrichtig, wie die Behauptung des Marquis di San Giuliano am 20. September 1911, vor Beginn des libyschen Krieges, daß Italien nach einer seinen Wünschen entsprechenden Lösung der tripolitanischen Frage „als ein völlig saturierter Faktor im Dreibunde ein zufriedenes und daher um so zuverlässigeres Glied desselben darstellen" würde! (Anhang zum Rotbuch II, Nr. 3.) Man mag über die Interpretation des Artikels VII denken, wie man will, die italienische Annullierung des Dreibundvertrages im Mai 1915 war ein ebenso großer Machiavellismus, wie die Kriegserklärung angesichts des Artikels IV des Vertrages (Anhang zum Rotbuch II, Nr. 16) ein unerhörter Treubruch war.

Marquis di San Guiliano sagte unserem Botschafter, noch ehe die

Wir warteten nun mit einiger Ungeduld der sich verzögernden Mitteilung der Wiener Beschlüsse, in die wir vorher weder eingreifen wollten noch konnten.

Am 22. Juli in den Abendstunden — es war, soweit ich mich erinnere, zwischen 7 und 8 Uhr — kam Graf Szögyeny zu mir, um mir das bekannte Ultimatum mitzuteilen. Dieses war, wie Graf Tisza in einer seiner letzten Reden im ungarischen Parlament mitgeteilt hat,

---

Forderungen Österreichs an Serbien bekannt waren, Italien werde diese schwerlich unterstützen können, da das im Widerspruch zu den liberalen und nationalen Prinzipien Italiens stände.

Und am 26. Juli 1914 konnte der Botschafter Barrère nach Paris melden, er habe aus einem Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten den Eindruck gewonnen, „daß sich die italienische Regierung im Falle eines Konflikts abseits halten" wollte (Gelbbuch 51).

Gelegentlich des Besuchs König Viktor Emanuels in Kiel 1913, während des zweiten Balkankrieges, hatten der Reichskanzler und ich eine Unterredung mit dem Marquis di San Giuliano, der das Herrscherpaar auf der Reise nach Stockholm begleitete. Im Verlaufe des Gesprächs, das sich hauptsächlich um die anläßlich des Bagdadabkommens von Italien angemeldeten Wünsche bezog, stellte der Minister ziemlich überraschend die Frage, ob, wenn aus einem eventuellen österreichisch-serbischen Konflikt etwa ein russisch-österreichischer Krieg entstehen sollte, Deutschland dies als Casus foederis ansehen würde. Wir antworteten, daß diese Eventualität hoffentlich nicht eintreten würde, und daß die Frage trotz der derzeitigen Kämpfe im Balkan ja auch nicht aktuell erschiene. Prinzipiell aber stellte sie sich für uns so dar: Falls Österreich von Rußland angegriffen würde, so bezeichnete der Bündnisvertrag klar unsere Verpflichtungen, denen wir dann auch nachkommen müßten. Der Wortlaut des Vertrages sei ja jedermann bekannt. Der Marquis ließ eine Bemerkung fallen etwa des Sinnes, er wüßte nicht, ob Italien sich entschließen würde, wegen Serbiens an einem Kriege teilzunehmen.

am 19. in Wien in einem gemeinsamen Ministerrat beschlossen und dann dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt worden. Bei dieser Gelegenheit hat auch Graf Tisza ausdrücklich bestätigt, daß wir bei der Festsetzung nicht mitgewirkt haben. Nach Kenntnisnahme des langen Textes sprach ich dem Botschafter sofort meine Ansicht aus, daß der Inhalt mir als reichlich scharf und über den Zweck hinausgehend erschiene. Graf Szögyeny erwiderte, da sei nun nichts mehr zu machen, denn das Ultimatum sei schon nach Belgrad gesandt und solle dort am nächsten Morgen übergeben und gleichzeitig durch den amtlichen Wiener Telegraphen veröffentlicht werden[1]). Ich sprach dem Botschafter mein Befremden aus, daß uns die Entschlüsse seiner Regierung so spät mitgeteilt würden, daß uns damit die Möglichkeit abgeschnitten wäre, dazu Stellung zu nehmen. Auch der Reichskanzler, dem ich alsbald den Wortlaut des Ultimatums vorlegte, war der Ansicht, daß es zu scharf sei. Nach dem Besuche des Grafen Szögyeny wurde mir dann auch eine inzwischen eingegangene Mitteilung des Ultimatums seitens unseres Botschafters in Wien vorgelegt.

[1]) Der Botschafter muß sich, falls nicht in Wien Schwankungen betr. des Moments der Übergabe stattgefunden haben, hier geirrt haben, denn in Wirklichkeit ist das Ultimatum erst abends um 6 Uhr überreicht.

X. Die kritiſchen Tage nach dem Wiener Ultimatum.

Unsere Absicht war von Anfang an, wie ich bereits oben ausgeführt habe, eine Lokalisierung des Konflikts zu erreichen. Hierfür haben wir bei allen Kabinetten unsere diplomatische Tätigkeit eingesetzt. Der sich täglich steigernde Depeschenwechsel, der während der Tage bis zum Kriegsausbruch unter den Kanzleien der Mächte und den Souveränen in Berlin, Petersburg und London stattfand, ist durch die verschiedenen Buntbücher bekannt. Es seien hier nur die wichtigsten Momente der Verhandlungen angeführt. Am 23. Juli abends war das Ultimatum in Belgrad überreicht worden. Es setzte eine zweitägige Frist, also bis zum 25. abends. Am 24. wandte sich der Kronprinz von Serbien — der König war abwesend — telegraphisch an Kaiser Nikolaus, indem er sich bereit erklärte, den Ratschlägen Rußlands zu folgen, gleichzeitig aber unter einem Appell an „das edle slawische Herz" des Zaren um baldige Hilfe bat. Am 25. nachmittags wurde die Mobilisation des serbischen Heeres angeordnet und am Abend, kurz vor Ablauf des Ultimatums, dem österreichischen Gesandten die Antwort zugestellt. Sie war geschickt gefaßt. Direkt abgelehnt wurde nur die Forderung der Teilnahme K. u. K. Beamter

an den Erhebungen, als der Verfassung und dem Strafprozeßgesetz widersprechend. Aber die Annahme einiger anderer Forderungen war mit Vorbehalten verbunden, die die Zugeständnisse wesentlich herabminderten, ihre Erfüllung auf die lange Bank schoben oder illusorisch machten. Der Gesandte Baron Giesl erklärte die Antwort für ungenügend und verließ unter Abbruch der Beziehungen Belgrad. Was war inzwischen in Petersburg geschehen? Nach dem russischen Orangebuch hätte der Zar das Telegramm des serbischen Thronfolgers erst am 27. beantwortet (obgleich er wußte, daß das Ultimatum schon am 25. ablief). In Belgrad jedoch verbreitete sich am 25. mittags das Gerücht, eine Depesche aus Petersburg verspräche die Hilfe Rußlands. Die anfangs gedrückte Stimmung schlug in Kriegsbegeisterung um; als der Kronprinz um 3 Uhr durch die Stadt fuhr, wurde er mit Jubel begrüßt. Am 24. hatte Herr Sasonow in einer Unterhaltung mit dem serbischen Gesandten in Petersburg „große Entschlossenheit an den Tag gelegt" und Herrn Spalaikowitsch erklärt, „daß Rußland in keinem Falle aggressive Handlungen Österreichs gegen Serbien zulassen könnte". (Nowoje Wremja vom 10./23. Dezember 1914. Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 5. Januar 1915.) Und der Zar hat am 30. Juli unserem Kaiser telegraphiert, „die jetzt in Kraft tretenden militärischen Maßnahmen sind schon vor fünf Tagen beschlossen worden" (Weißbuch,

Anlage 23a). Sasonow hat dem englischen Botschafter schon am 24. gesagt, er denke, die russische Mobilmachung werde „auf jeden Fall" ausgeführt werden müssen (Blaubuch 6). Gleichzeitig ersuchte er die englische Regierung, sie möge ihre Solidarität mit Rußland und Frankreich erklären.

Daß Frankreich sich sogleich voll und ganz auf Seiten Rußlands gestellt hat, ist als ganz natürlich angesehen worden, während man es uns — so sehr wir auch an einer Ausgleichung des Konflikts gearbeitet und dabei mäßigend auf Wien eingewirkt haben — hat zum Vorwurf machen wollen, daß wir die Interessen unseres Bundesgenossen vertreten haben.

Wie gesagt, ging unser Bestreben dahin, eine europäische Konflagration auszuschließen und die Angelegenheit auf einen österreichisch-serbischen Streitfall zu beschränken, in den die anderen Mächte nicht eingreifen sollten. Aber die serbischen Interessen waren in Herrn Sasonows Augen, wie er am 29. dem österreichischen Botschafter gesagt hat, in diesem Falle eben „russische" (Rotbuch 47, d. h. die Folgen der russischen Politik in Serbien)[1]. Ein Petersburger Communiqué vom

[1]) Im Jahre 1866 war ein Aufstand in Kreta ausgebrochen, der die Losreißung der Insel von der türkischen Herrschaft und ihre Vereinigung mit Griechenland erstrebte und der von der griechischen Regierung offen unterstützt wurde. Rußlands Botschafter in Konstantinopel, der intrigante General Ignatiew, begünstigte demonstrativ die Aspirationen der Griechen. Während zweier Jahre suchte die Pforte vorsichtig zu lawieren und die

24.[1]) verkündete, daß Rußland dem österreichisch-serbischen Konflikt nicht gleichgültig gegenüberstehen könnte. Auf unsere Bitte, in Petersburg beruhigend zu wirken, erwiderte Sir Edward Grey, dies sei „völlig unmöglich" (Orangebuch 20), und in Paris wollte man unsere Ausgleichsbemühungen als Absicht, Frankreich und Rußland zu entzweien, deuten! (Orangebuch 35.) In einem Exposé über die Lage, das der Minister des Äußern, Viviani, für den Präsidenten der Republik aufsetzte, heißt es: „In Paris versuchte Freiherr von Schön vergebens, Frankreich zu einer solidarischen Einwirkung mit Deutschland auf Rußland im Interesse des Friedens zu bewegen." (Orangebuch 53.) Von An-

Dinge hinzuziehen, dann riß ihr die Geduld. 1868 brach sie die Beziehungen zu Griechenland ab und stellte ein Ultimatum in Athen, das die Verleugnung der „nationalen" Politik bezweckte. Im Vertrauen auf die russische Hilfe antwortete Griechenland ablehnend, die Pforte rüstete und stellte ein verschärftes Ultimatum. In Athen war man zum Kampf bereit, denn Ignatiew fuhr fort, die Griechen zu ermutigen. Aber Fürst Gortschakow, vor die Frage gestellt, es auf einen europäischen Konflikt ankommen zu lassen, bedeutete Griechenland, daß es auf Rußland nicht zu rechnen habe. Ignatiew wurde desavouiert, Griechenland gab nach und der Konflikt wurde vermieden.

Die Vorgänge haben eine auffallende Ähnlichkeit mit dem serbischen Streitfall. Aber warum hat Herr Sasonow 1914 nicht ebenso gehandelt, wie Fürst Gortschakow 1868? Er, der später in der Duma den europäischen Krieg als „das größte Verbrechen an der Menschheit" bezeichnet hat!

[1]) Im russischen Orangebuch (10) ist das Communiqué vom 12./25. Juli datiert. Es muß hier ein Versehen vorliegen, da die russische Telegraphenagentur dasselbe bereits am 24. brachte. Das österreichische Rotbuch gibt ebenfalls letzteres Datum an.

fang der Krise an hat, wie glaubwürdige Zeugen unserem Botschafter Graf Pourtalès berichteten, der Vertreter Frankreichs in Petersburg, Herr Paleologue, gegen Deutschland geschürt.

Die scharfe Stellungnahme Rußlands konnte um so befremdlicher erscheinen, als Graf Berchtold bereits am 24. dem russischen Geschäftsträger in Wien (Rotbuch 18) und am 25. durch den Botschafter in Petersburg, also noch vor Eröffnung aller Feindseligkeiten, die Erklärung abgab, daß, wenn Österreich den Kampf gegen Serbien aufzunehmen gezwungen würde, dies lediglich ein Mittel der Selbstverteidigung und Selbsterhaltung wäre, daß es aber keine Eroberungen anstrebte und die Souveränität Serbiens nicht anzutasten gedächte (Rotbuch 26, Orangebuch 28). Ebenso ließ Graf Berchtold in Petersburg sagen, die Forderung 5 betreffend Zulassung von K. u. K. Organen bei der Unterdrückung der subversiven Bewegung in Serbien, die Herr Sasonow besonders bemängelt hatte, entspränge keineswegs der Absicht, die Souveränität Serbiens zu tangieren, er denke nur an die Errichtung eines geheimen bureau de sûreté in Belgrad, analog der russischen Einrichtung in Paris.

Den russisch-englischen Antrag einer Fristverlängerung, den wir in Wien unterstützt haben, lehnte Österreich ab (Orangebuch 11, 12), aber Graf Berchtold ließ gleichzeitig in London sagen, daß bei einer unbefriedi-

genden Antwort Serbiens Österreich zwar die Beziehungen mit diesem abbrechen und militärische Vorbereitungen — aber nicht Operationen — beginnen würde (Blaubuch 14). Tatsächlich ließ Österreich Serbien Zeit zum Einlenken und wartete bis zum 28. mit der Kriegserklärung, nachdem Serbien am 27. die Feindseligkeiten an der ungarischen Grenze bereits eröffnet hatte (Rotbuch 40). England gab dem Wunsche Ausdruck, daß Österreich, wie Rußland sich enthalten möchten, die Grenze zu überschreiten, um den vier nicht beteiligten Mächten Zeit zu lassen, die Angelegenheit zu ordnen (Blaubuch 11, 24), und Sir E. Grey schlug zu diesem Zwecke eine Botschafterkonferenz in London vor (Blaubuch 36)[1]). Wir

[1]) Während der Drucklegung dieser Schrift werde ich noch auf eine vom serbischen Gesandten Wesnitsch ausgehende Veröffentlichung des Journals des Débats aufmerksam gemacht. Danach soll der verstorbene Botschafter Graf Szögyeny am 27. Juli 1914 an seine Regierung berichtet haben, unter dem Siegel des tiefsten Geheimnisses, aber durchaus sicher hätte ich ihm mitgeteilt, daß ein englischer Vermittlungsvorschlag an das Wiener Kabinett gelangen würde. Wir versicherten, daß wir uns mit solchen Vorschlägen in keiner Weise identifizierten, daß wir entschieden gegen ihre Erwägung seien und sie nur nach Wien übermitteln würden, um den englischen Wunsch zu erfüllen.

Es ist mir natürlich unmöglich, die Authentizität dieser Depesche festzustellen, und ebensowenig, wie der serbische Gesandte in ihren Besitz gelangt sein sollte. Materiell kann es sich nur um den englischen Vorschlag einer Botschafterkonferenz handeln. Diesem Vorschlag haben wir von vornherein ablehnend gegenüber gestanden, und dies auch offen den Engländern ausgesprochen. Noch ehe der Vorschlag uns von englischer Seite gemacht war, hat der Reichskanzler am 27. Juli an unseren Botschafter in London telegraphiert (Weißbuch, Anlage 12), daß es für uns unmöglich sei, un-

glaubten dem Vorschlag, sosehr wir dessen Tendenz billigten, nicht beitreten zu können, weil, wie der Reichskanzler in seinem Telegramm vom 27. sagte, „es für uns unmöglich sei, unseren Bundesgenossen in seiner Auseinandersetzung mit Serbien vor ein europäisches Gericht zu ziehen" (Weißbuch, Anlage 12). Die Gründe, die wir gegen die Konferenz hatten, sind klar: Bei der Stellung der Mächtegruppen, Frankreichs und Eng-

seren Bundesgenossen in seiner Auseinandersetzung mit Serbien vor ein europäisches Gericht zu ziehen. Und ich habe, als S. E. Goschen mir, entsprechend seiner Instruktion den Vorschlag mitteilte, ihm erwidert, daß die Konferenz praktisch einem Schiedsgerichtshof gleichkomme. Wir könnten daher nicht darauf eingehen (Blaubuch 43). Die Gründe, die uns zu dieser Stellungnahme bewogen, habe ich oben ausgeführt. Wir konnten unseren Bundesgenossen garnicht zur Annahme dieses Vorschlages raten und haben es nicht getan. Wir haben auch nie den Schein zu erwecken versucht, als wollten wir es tun. Von einem Doppelspiel, wie es die Veröffentlichung in den Débats vermuten ließe, ist also keine Spur. Wir machten den Gegenvorschlag eines direkten Meinungsaustausches zwischen Wien und Petersburg, den Sir E. Grey selbst als „bestmögliche Lösung" bezeichnet hat (Blaubuch 84), als die Methode, die „allen anderen vorzuziehen" sein würde (Blaubuch 67).

Die Verhandlungen mit Graf Szögyeny in jener Zeit gestalteten sich oft etwas schwierig, da der früher so bedeutende Diplomat durch die Last der Jahre und körperliches Unwohlsein nicht mehr die richtige geistige Spannkraft zeigte. Es mag sein, daß seine Berichte nicht immer Inhalt und Sinn der Unterredungen präzis und klar wiedergegeben haben. In Wien war das ebenso bekannt, wie hier bei uns. Der bald darauf erfolgte Wechsel auf dem Berliner Botschaftsposten war daher schon beschlossene Sache. Immerhin wird es mir schwer, anzunehmen, daß Graf Szögyeny ein so mißverständlich abgefaßtes und zu Mißdeutung eines klaren, auch den anderen Kabinetten klargelegten Standpunktes Anlaß bietendes Telegramm abgesandt haben sollte.

lands zu Rußland, bei der serbenfreundlichen Haltung Italiens wäre nach allen bisherigen Erfahrungen Deutschland in der Verteidigung der Interessen Österreichs so gut wie isoliert gewesen, die Konferenz hätte einem Schiedsgericht[1]) geglichen, dessen Auspizien für unseren Bundesgenossen von vornherein wenig günstig waren. Der serbisch-österreichische Konflikt wäre zu einer Machtfrage zwischen den beiden Gruppen geworden. Und der Verlauf der früheren Konferenzen, das Hinziehen der Lösung durch langwierige und umständliche Verhandlungen mit unberechenbaren Inzidenten ließen dieses Mittel nicht geeignet erscheinen, um Kriegsgefahren auszuschalten. Der Konferenzvorschlag scheiterte schließlich daran, daß Wien, wie zu erwarten war, ihn ablehnte. Wir erklärten uns im übrigen zu einer Vermittlungsaktion gern bereit (Weißbuch, Anlage 13) und machten den Gegenvorschlag eines direkten Meinungsaustausches zwischen Petersburg und Wien (Blaubuch 43). Auch den Vorschlag Sir E. Greys, Österreich möchte sich entschließen, die serbische Antwort entweder als genügend oder aber als Grundlage für weitere Besprechungen zu betrachten, haben wir nach Wien weitergegeben (Weißbuch, Anlage 15). Graf Berchtold hat hierzu bemerkt, daß, nachdem inzwischen der Kriegszustand zwischen der Monarchie und Serbien bereits eingetreten, die serbische Antwortnote durch die Ereignisse überholt

[1]) Blaubuch 43.

sei (Rotbuch 44). Den direkten Meinungsaustausch erklärte auch Sir E. Grey als die „bestmögliche Lösung" (Blaubuch 84, 67), und selbst der französische Botschafter in Petersburg mußte betreffs der Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg bekennen: „Die Vermittlung Rußlands zwischen Österreich und Serbien hat den Vorzug eines schleunigen Verfahrens. Ich glaube deshalb, daß sie jedem anderen Vorgehen vorzuziehen und geeignet ist, zum Ziele zu führen" (Gelbbuch 54).

Die Antwort aus Belgrad war mir — wie übrigens auch den anderen Kabinetten — erst am 27. durch den serbischen Geschäftsträger mitgeteilt worden. Sie zeigte immerhin mehr Nachgiebigkeit, als bei der bisher so anmaßenden Haltung der serbischen Regierung Österreich gegenüber zu erwarten gewesen war. Wir telegraphierten deshalb am 28. nach Wien: Da die Antwort den Forderungen weit entgegenkäme, dürfte die österreichische Regierung unseren Vermittlungsvorschlägen und denen der anderen Mächte gegenüber nicht mehr die bisherige Zurückhaltung beobachten. Auch Herr Sasonow schiene den österreichischen Forderungen nicht mehr so bedingungslos ablehnend gegenüberzustehen. Es ließe sich daher erhoffen, daß die russische Regierung sich auch der Erkenntnis nicht mehr verschließen würde, daß — nachdem die Mobilisation der österreichisch-ungarischen Armee einmal begonnen hätte — schon die Waffenehre den Einmarsch in Serbien erheische. Sie würde sich hiermit um so eher

abfinden, wenn die österreichische Regierung nochmals in Petersburg erklärte, daß ihr territoriale Eroberungen fernlägen und die militärischen Maßnahmen nur eine vorübergehende Besetzung serbischen Gebiets, als Sicherstellung für die Erfüllung der Forderungen und zur Schaffung von Garantien für künftiges Wohlverhalten Serbiens, bezweckten. Sobald die Forderungen erfüllt wären, werde die Räumung erfolgen. Herr v. Tschirschky sollte beim Grafen Berchtold einen entsprechenden Schritt in Petersburg anregen: „Es handelt sich jetzt darum, einen Modus zu finden, der die Verwirklichung der von Österreich-Ungarn erstrebten Ziele, der großserbischen Propaganda den Lebensnerv zu unterbinden, ermöglicht, und zu verhindern, daß ein Weltkrieg entfesselt werde." (Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 12. Oktober 1914.)[1])

Am 29. Juli, dem Tage nach der Kriegserklärung Österreichs gegen Serbien, wurde die russische Teilmobilmachung der südlichen Bezirke Odessa, Kiew, Moskau und Kasan verkündet. Rußland mobilisierte dreizehn Korps an der österreichischen Grenze, während Österreich nur seine acht südlichen Korps gegen Serbien aufgestellt hatte, die keinerlei Bedrohung für Rußland bilden konnten. Die Situation wurde immer kritischer, und der

[1]) Dem französischen Botschafter habe ich am 29. gesagt, ich sähe in der serbischen Antwortnote eine mögliche Grundlage für Unterhandlungen (Gelbbuch 92).

Kanzler sah sich bewogen, dem englischen Botschafter warnend zu sagen, er befürchte, daß, wenn Österreich von Rußland angegriffen würde, infolge unserer Bündnispflichten ein europäischer Krieg unvermeidlich werden könnte (Blaubuch 85). Bereits am 27.[1]), als in Berlin Nachrichten von einer russischen Mobilmachung eingetroffen waren[2]), habe ich Sir E. Goschen gesagt, wenn Rußland nur im Süden mobilisiere, würden wir nicht mobil machen, falls es aber im Norden mobilisierte, müsse Deutschland es auch tun, denn es könne sich nicht überraschen lassen (Blaubuch 43, 78). Auch in Petersburg haben wir fortgesetzt sehr ernstlich vor militärischen Maßnahmen gewarnt, welche die Situation zu kompromittieren drohten (Weißbuch, Anlagen 10b, 11 Schluß, 18, 22, 23; Blaubuch 98; Rotbuch 46). Schon am 26., noch ehe er eine entsprechende Weisung aus Berlin erhielt, hatte Graf Pourtalès Herrn Sasonow beschworen, er möge verhüten, daß militärische Maßnahmen die diplomatische Aktion durchkreuzten, er möge „das Wort nicht dem Generalstab überlassen". Denn am 25. hatten unsere aus dem Lager von Krasnoe Selo, wo auch der Zar sich aufhielt, zurückkehrenden Militärattachés berichtet, daß dort unter den höheren Militärs eine starke Erregung geherrscht habe. Die Manöver waren abgebrochen worden. Die Folge der Unterredung des

[1]) Also noch vor der österreichisch Kriegserklärung an Serbien.

[2]) Anlagen 6 und 7 des Weißbuenchs.

Botschafters mit Herrn Sasonow war, daß der Kriegsminister am 26. abends unserem Militärattaché Herrn v. Eggeling sein Ehrenwort gab, daß noch keine Mobilmachungsorder ergangen sei. (Sie war am 15. beschlossen worden.) Nur Vorbereitungsmaßnahmen würden getroffen. Wenn Österreich die serbische Grenze überschritte, würden die vier südlichen Militärbezirke mobilisiert werden, die an der deutschen Front unter keinen Umständen (!). Auf die Frage nach dem Zwecke der Mobilmachung zuckte General Suchomlinow die Achseln und wies auf „die Diplomatie" hin. (Herr Sasonow hat in dem Abschiedsgespräch mit Graf Pourtalès am 1. August auf den Kriegsminister hingewiesen.)

Die natürliche Konsequenz der russischen Mobilisation war, daß Österreich sich am 30. auch genötigt sah, gegen Rußland mobil zu machen, aber, wie Graf Berchtold dem russischen Botschafter Schebeko sagte, nicht als Drohung, sondern lediglich als Gegenmaßregel.

Trotz der ernsten Wendung, welche die Dinge durch die verschiedenen Kriegsvorbereitungen nahmen, haben wir jedoch nicht aufgehört, vermittelnd zu wirken. Sir E. Grey machte den (dem unsrigen analogen) Vorschlag, daß angesichts des Beginns der militärischen Operationen, welche gänzlich einzustellen allerdings zu spät sei, Österreich sich damit begnügen solle, etwa Belgrad und einen serbischen Grenzstreifen besetzt zu halten, bis es Genugtuung bekommen habe, daß es aber zugleich er-

klären solle, es würde nicht weiter gehen, solange die Mächte zwischen Österreich und Rußland vermittelten (Blaubuch 88, 98, 103). Da aus Petersburg die Meldung gekommen war, Österreich lehne es kategorisch ab, in direkte Besprechungen einzutreten, sandte der Reichskanzler am 29. abends das bekannte Telegramm an unseren Botschafter in Wien:

„Die Meldung des Grafen Pourtalès steht nicht im Einklang mit der Darstellung, die Euere Exzellenz von der Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung gegeben haben. Anscheinend liegt ein Mißverständnis vor, das ich Sie aufzuklären bitte. Wir können Österreich-Ungarn nicht zumuten, mit Serbien zu verhandeln, mit dem es im Kriegszustand begriffen ist. Die Verweigerung jeden Meinungsaustausches mit St. Petersburg aber würde ein schwerer Fehler sein. Wir sind zwar bereit, unsere Bundespflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Österreich-Ungarn durch Nichtbeachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Euere Exzellenz wollen sich gegen Graf Berchtold sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst in diesem Sinne aussprechen[1])".

Die Antwort aus Wien lautete, es läge allerdings ein Mißverständnis vor, der Botschafter Graf Szapary hätte sofort die betreffenden Instruktionen erhalten. Haben Sir E. Grey oder Herr Viviani je ein ähnlich drin-

[1]) Siehe Reichstagsrede des Reichskanzlers vom 19. August 1915.

gendes Telegramm nach Petersburg gerichtet und eine so ernste Sprache daselbst gesprochen, wie wir mit unserem Bundesgenossen? Die Blau- und Gelbbücher enthalten nichts Derartiges. Auch wollten wir die Garantie übernehmen für die Integrität Serbiens, welche Österreich von neuem zusicherte (Blaubuch 97). Wien hatte nun bereits seinen Standpunkt, daß es sich um eine rein österreichisch-serbische Angelegenheit handle, verlassen. Es war bereit, mit Rußland „auf breitester Basis zu unterhandeln und auch den Notentext einer Besprechung zu unterziehen, sofern es sich um dessen Interpretation handle" (Rotbuch 56). Herr Sasonow dagegen verlangte von Österreich Anerkennung, daß sein Streit mit Serbien eine europäische Frage wäre, sowie Streichung der Punkte aus dem Ultimatum, welche die Souveränität Serbiens bedrohten. Sonst sollte die Verwandlung der Teilmobilisierung in eine allgemeine Mobilmachung erfolgen (Blaubuch 97), von der er wissen mußte, daß sie zum Kriege führen würde. Also während Österreich einlenkt, erweist sich Rußland weiter intransigent, verlangt nur Konzessionen und fährt mit bedrohlichen militärischen Maßnahmen fort. Immerhin war jetzt eine direkte Unterhaltung zwischen Wien und Petersburg erreicht und der Weg gefunden, auf dem, wie sich hoffen ließ, man zu einem Ausgleich der Differenzen gelangen konnte. Da zerstörte die russische Gesamtmobilmachung am 31. alle Aussicht auf eine friedliche Lösung!

XI. Der Kaiſer und der Zar.
Die ruſſiſche Mobilmachung und ihre Folgen.

Am 27. war S. M. der Kaiser von der Nordlandreise zurückgekehrt und hatte alsbald, parallel mit den diplomatischen Bemühungen, einen direkten Depeschenwechsel mit dem Zaren aufgenommen. Am 28. telegraphierte er unter Beleuchtung der durch die Freveltat von Sarajewo geschaffenen Lage an den Zaren: „Eingedenk der herzlichen Freundschaft, die uns bereits seit langer Zeit mit festem Bund verbindet, setze ich meinen ganzen Einfluß ein, um Österreich-Ungarn zu bestimmen, eine offene und befriedigende Verständigung mit Rußland anzustreben. Ich hoffe zuversichtlich, daß Du mich in meinen Bemühungen, alle Schwierigkeiten, die noch entstehen können, zu beseitigen, unterstützen wirst." (Weißbuch, Anlage 20.) Seinerseits wandte sich der Zar an den Kaiser mit der Bitte, ihm zu helfen, da er voraussehe, daß er dem Drucke, der auf ihn ausgeübt werde, nicht mehr werde widerstehen können. Er bittet den Kaiser, alles ihm Mögliche zu tun, um seinen Bundesgenossen davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen (Weißbuch, Anlage 21). Der Kaiser verweist am 29. auf die angeregte direkte Verständigung, die seine Regierung mit allen Mitteln zu fördern bemüht sei: „Natürlich würden militärische Maß-

nahmen Rußlands, welche Österreich-Ungarn als Drohung auffassen könnte, ein Unglück beschleunigen, das wir beide zu vermeiden wünschen, und würden auch meine Stellung als Vermittler, die ich — auf Deinen Appell an meine Freundschaft und Hilfe — bereitwillig angenommen habe, untergraben." (Weißbuch, Anlage 22.) Und am 30. weist er nochmals auf die Gefahren und schweren Konsequenzen einer Mobilisation hin, durch welche seine Vermittlerrolle gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht werden könnte: „Die ganze Schwere der Entscheidung ruht jetzt auf Deinen Schultern, sie haben die Verantwortung für Krieg oder Frieden zu tragen." (Weißbuch, Anlage 23.) Aber Nikolaus II. beschränkt sich am 29. auf den Vorschlag, das österreichisch-serbische Problem der Haager Konferenz zu übergeben[1]), und weiß am 30. nur zu antworten, daß die jetzt in Kraft tretenden militärischen Maßnahmen schon vor fünf

[1]) Von gegnerischer Seite ist uns auch zum Vorwurf gemacht worden, daß wir auf diesen Vorschlag des Zaren nicht eingegangen seien. Wie konnte man diesen ernst nehmen, wenn am selben Tage die Mobilmachung gegen Österreich verkündet wird, die Gesamtmobilmachung vor der Tür steht und die „militärischen Maßnahmen" schon am 25. beschlossen sind? Das mindeste wäre gewesen, daß der Zar seinen Vorschlag mit dem Versprechen begleitet hätte, sich auf jeden Fall dem Haager Spruch zu unterwerfen und deshalb auch die Mobilmachung sofort einzustellen. Aber ein Schiedsgerichtsverfahren einleiten zu wollen und sich gleichzeitig zu bewaffnetem Austrag des Streits zu rüsten, ist ein Unding! Höchstens ein Mittel zum Zeitgewinn für die ungestörte Vollendung der Mobilmachung. Der Vorschlag macht den Eindruck einer Verlegenheitsausflucht, um nichts zu tun, was den Krieg hätte vermeiden können.

Tagen (!) beschlossen seien, und zwar aus Gründen der Verteidigung gegen die Vorbereitungen Österreichs (welches notabene gegen Rußland keine getroffen hatte). Der Zar verlangt einen „starken Druck" auf Österreich, seinerseits macht er keine Zusage (Weißbuch, Anlage 23a). Und während er an die Vermittlung des Kaisers appelliert, befiehlt der Zar die Mobilmachung gegen Deutschland!!

Der Unterschied im Ton der Telegramme der beiden Herrscher muß jedem Unbefangenen auffallen. Hier der dringende Wunsch, den Frieden zu erhalten und das aufrichtige Anerbieten, sich in den Dienst einer Verständigung zu stellen, dort ein fast ängstliches Umgehen jeder entgegenkommenden Zusicherung, eine beinahe hilflose Entschuldigung mit dem inneren Drucke, der ausgeübt werde, wohl die Bitte um helfende Vermittlung, aber vor allem das Verlangen nach einem „starken Druck" auf Österreich. Prinz Heinrich schildert die Stimmungen und Absichten seines Kaiserlichen Bruders durchaus wahrheitsgemäß, wenn er am 30. an den König von England telegraphiert[1]): „Glaube mir, daß Wilhelm in seinen Bestrebungen um die Aufrechterhaltung des Friedens von der größten Aufrichtigkeit ist." Jeder, der in die Vorgänge jener Tage intimer eingeweiht gewesen ist, kann das bezeugen.

[1]) Es hatte gleichzeitig auch ein Telegrammwechsel des Prinzen Heinrich von Preußen und des Kaisers mit dem König von England stattgefunden. Siehe Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 21. August 1914.

Es ist schwer, über das Verhalten und Wesen des Zaren sich ein klares Bild zu machen. In ihm scheint sich der tragische Konflikt eines schwachen Charakters und der unbeschränkten Machtfülle, deren Nimbus ihn umgibt und als deren Hüter er sich ansieht, abzuspielen. Jeder an ihn herantretenden Meinung entgegenzukommen geneigt oder wenigstens der Unannehmlichkeit des Widersprechens auszuweichen bestrebt, glaubt er durch Mentalreservation und seine selbstherrliche Macht die Freiheit seiner Entschließung genügend gesichert. Schließlich läßt er sich Entscheidungen doch widerwillig abringen und gibt, ohne klare Erkenntnis der treibenden Kräfte und realen Dinge, einer starken Überredung und Pression ängstlich nach. Er verliert das Spiel aus den Händen und gleitet in Situationen, die er ursprünglich nicht gewollt hat, aber er ist nicht stark genug, in die rollenden Räder einzugreifen und sie aufzuhalten. Dann weist er zum Himmel, der helfen soll.

Ist er z. B. dem mystischen Einfluß Rasputins und anderer Schwindler unterlegen oder hat er nur nicht die Kraft gehabt, sie von sich abzuwehren?

Das Ergebnis des Handelns solcher schwachen und haltlosen Naturen wird durch das französische Wort gekennzeichnet: La faiblesse n'est pas la fausseté, mais elle en tient lieu.

In Petersburg sind in jenen Tagen merkwürdige Dinge vorgegangen, von denen die lückenhaften und ab-

weichenden Berichte über die Aussagen des Suchomlinow-Prozesses den Schleier noch nicht vollständig gelüftet haben. Soviel dürfte jedoch durch diese Enthüllungen als festgestellt gelten, daß unter den Ratgebern Nikolaus II. eine einflußreiche Partei bestand, welche zielbewußt zum Kriege drängte. Der Kriegsminister Suchomlinow und der Generalstabschef Januschewitsch haben dies selbst zugegeben, der Minister des Innern Maklakow gehört nach Graf Fredericksz' Angabe dazu, und auch Sasonow[1]) scheint für den Krieg gewonnen zu sein. Es scheint, daß man dem Zaren die Order zur teilweisen Mobilmachung abzwang und gegen seinen Willen, vielleicht ohne sein Wissen, die Durchführung der Gesamtmobilmachung durchsetzte. Nach dem Empfang des Telegrammes unseres Kaisers will der Zar die (teilweise oder allgemeine?) Mobilmachung in der Nacht vom 29. zum 30. Juli aufhalten. Januschewitsch erhebt Einspruch, weil Deutschland bereits mobilisiere und dem Wort Kaiser Wilhelms nicht zu trauen sei. Nach Mitteilung des Fürsten Tundutow[2]) sagt Janu-

[1]) Auch der Charakter Sasonows besteht aus Widersprüchen: Intelligent und von hoher europäischer Kultur, durch langen Aufenthalt in London stark beeinflußt, aber im Grunde doch fanatisch orthodoxer Moskowiter, schwach aber nervös-leidenschaftlich und eigensinnig, von traditionellem Russenhaß gegen Österreich erfüllt. Zu Beginn seiner Amtsführung wohl freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland geneigt, gerät er immer mehr in den Bann der panslawistischen Strömungen und wird schließlich zum ausgesprochenen Förderer einer aggressiven Ententepolitik.

[2]) Oberst Fürst Tundutow war damals als Verbindungsoffizier zum

schewitsch dem Zaren ferner, die Rücknahme des Mobilmachungsbefehls sei nicht mehr möglich, denn er sei bereits herausgegeben, alles sei im Gange. In Wirklichkeit lag der noch nicht herausgegebene Befehl auf dem Tisch bei Janukschewitsch (dieser hatte also gelogen). Aber der Zar beharrt bei seinem Befehle — alles dies telephonisch. Da weist der Kriegsminister den Generalstabschef auf dessen Anfrage an, einstweilen „nichts zu tun" (also Ungehorsam). Es wird mit Sasonow verabredet, daß dieser dem Zaren am nächsten Morgen Vortrag halten und ihn überzeugen soll, daß ein Widerruf der Mobilmachung für Rußland katastrophal wirken würde[1]). Und die allgemeine Mobilmachung der ge-

Chef des Generalstabschefs kommandiert und konnte, im Nebenzimmer Janukschewitschs sich aufhaltend, die Vorgänge genau verfolgen.

Die obige Mitteilung hat er auf der Durchreise in Berlin im Juni 1918 einem Vertreter der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung gemacht.

Nach Ansicht des Fürsten Tundutow ist General Janukschewitsch zu dem Entschluß, den Krieg mit allen Mitteln herbeizuführen, in dem Augenblicke gekommen, wo er die Überzeugung erlangt hatte, daß England sich am Kriege beteiligen würde. Janukschewitsch rechnete natürlich mit dem Siege Rußlands. Später, nach dem Ausbruch der Revolution, hat Tundutow den General wieder gesprochen: „Janukschewitsch war jetzt ganz gebrochen und stand unter dem Druck der Verhältnisse. Offenbar wurde er von schweren Gewissensbissen verfolgt. Er äußerte, er erkenne, daß er sich doch beim Kriegsausbruch getäuscht und damals unrichtig gehandelt habe." Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 298 vom 13. Juni 1918. Vgl. auch die Schrift von Robert Hoeniger: „Fürst Tundutow über die russische Mobilmachung."

[1]) Unser Militärbevollmächtigter General von Chelius telegraphiert am 30.: „Gestern sagte mir Fürst Trubetzkoi, nachdem er veranlaßt hatte,

samten russischen Armee und Flotte wird am 31. früh verkündet. Weiß der Zar, daß damit der Stein unaufhaltsam ins Rollen gebracht ist? Er setzt den Depeschenwechsel mit Kaiser Wilhelm fort, verspricht, daß die Truppen keine herausfordernden Aktionen unternehmen werden. (Wozu dann die Bedrohung durch den Aufmarsch an unserer Grenze? Tatsächlich sind auch schon am 1. August Grenzüberschreitungen russischer Truppen vorgekommen.) Die beiderseitigen Telegramme wurden schließlich durch die Ereignisse überholt.

Am 29., dem Tage, an dem die Mobilmachung gegen Österreich verkündet wurde, hatte der Generalstabschef ein Gespräch mit unserem Militärattaché, in dem er letzterem versicherte, alles sei so geblieben, wie der Kriegsminister ihm vor drei Tagen gesagt habe. Er gab sein Ehrenwort, daß bis zur Stunde — 3 Uhr nachmittags — nirgends eine Mobilmachung, d. h. Einziehung eines einzigen Mannes und Pferdes, erfolgt sei. Auf den Einwand Herrn v. Eggelings, seine Nachrichten lauteten anders, beteuert General Januschewitsch „auf Offiziersparole", daß derartige Nachrichten unrichtig seien. Herr

daß E. M. Telegramm an Kaiser Nikolaus übermittelt wurde: „Gottlob, daß ein Telegramm Ihres Kaisers gekommen ist." Er sagte mir nun soeben, das Telegramm habe auf den Kaiser tiefen Eindruck gemacht, aber da die Mobilisierung gegen Österreich bereits befohlen gewesen und Sasonow S. M. wohl überzeugt hätte, daß es nicht mehr möglich sei, sie zurückzureichen, so könne S. M. leider nichts mehr ändern." (Anlage 23 zum Weißbuch.)

v. Eggeling sagt in seinem diesbezüglichen Bericht, er müsse diese Erklärung „als einen Versuch betrachten, uns über die bisherigen Maßnahmen irrezuführen", und General Janukschewitsch hat in dem Suchomlinow-Prozeß ausgesagt, er habe sich für berechtigt gehalten, diese Erklärung abzugeben, weil er den Mobilmachungsukas noch in der Tasche gehabt hätte (!).

Am 30. schildert ein Bericht des belgischen Geschäftsträgers die Lage in Petersburg, wie folgt:

„Der gestrige und vorgestrige Tag vergingen in der Erwartung von Ereignissen, die der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien folgen mußten. Die widersprechendsten Nachrichten wurden verbreitet, ohne daß es möglich gewesen wäre, bezüglich der Absichten der Kaiserlichen (russischen) Regierung Wahres vom Falschen genau zu unterscheiden. Unbestreitbar bleibt nur, daß Deutschland sich hier ebensosehr wie in Wien bemüht hat, irgendein Mittel zu finden, um einen allgemeinen Konflikt zu vermeiden, daß es dabei aber einerseits auf die feste Entschlossenheit des Wiener Kabinetts gestoßen ist, keinen Schritt zurückzuweichen, und anderseits auf das Mißtrauen des Petersburger Kabinetts gegenüber den Versicherungen Österreich-Ungarns, daß es nur an eine Bestrafung, nicht an eine Besitzergreifung Serbiens denke.

Herr Sasonow hat erklärt, daß es für Rußland unmöglich sei, sich nicht bereitzuhalten und nicht zu mo-

bilisieren, daß aber diese Vorbereitungen nicht gegen Deutschland gerichtet seien. Heute morgen kündet ein offizielles Communiqué an die Zeitungen an, daß „die Reservisten in einer bestimmten Anzahl von Gouvernements zu den Fahnen gerufen sind". Wer die Zurückhaltung der offiziellen russischen Communiqués kennt, kann ruhig behaupten, daß überall mobil gemacht wird ...

... England gab anfänglich zu verstehen, daß es sich nicht in einen Konflikt hineinziehen lassen wolle. Sir George Buchanan sprach das offen aus. Heute aber ist man in St. Petersburg fest davon überzeugt, ja man hat sogar die Zusicherung, daß England Frankreich beistehen wird. Dieser Beistand fällt ganz außerordentlich ins Gewicht und hat nicht wenig dazu beigetragen, der Kriegspartei Oberwasser zu verschaffen.

Die russische Regierung hat in den letzten Tagen allen serbenfreundlichen und österreichfeindlichen Kundgebungen freien Lauf gelassen und hat in keiner Weise versucht, sie zu ersticken. In dem Ministerrate, der gestern früh stattfand, machten sich noch Meinungsverschiedenheiten geltend; die Bekanntgabe der Mobilisierung wurde verschoben, aber seitdem ist ein Umschwung eingetreten, die Kriegspartei hat die Oberhand gewonnen, und heute früh um 4 Uhr wurde die Mobilmachung bekanntgegeben.

Die Armee, die sich stark fühlt, ist voller Begeiste-

rung und gründet große Hoffnungen auf die außerordentlichen Fortschritte, die seit dem japanischen Kriege gemacht worden sind. Die Marine ist von der Verwirklichung ihres Erneuerungs- und Reorganisationsplanes noch so weit entfernt, daß mit ihr kaum zu rechnen ist. Darin eben liegt der Grund, warum die Zusicherung des englischen Beistandes eine so große Bedeutung gewann.

Wie ich die Ehre hatte, Ihnen heute zu telegraphieren (T. 10), scheint jegliche Hoffnung auf eine friedliche Lösung dahin zu sein. Das ist die Ansicht der diplomatischen Kreise."

Unsere Grenzen wurden bedroht, während wir nur Vermittlungsanstrengungen machten und keinerlei Mobilmachungsmaßregeln getroffen hatten. „Zur Sicherung des Reiches wurden wir gezwungen", wie der Reichskanzler nach Petersburg telegraphierte, am 31. die „drohende Kriegsgefahr" auszusprechen. Die russische Regierung wurde aufgefordert, binnen zwölf Stunden ihre Kriegsmaßnahmen gegen uns und unsere Bundesgenossen[1]) einzustellen, sonst müßte die Mobilmachung folgen (Weißbuch, Anlage 24). Für den Fall, daß die russische Regierung innerhalb der gesetzten Frist dem

[1]) Das Verlangen der Einstellung der Kriegsmaßnahmen auch gegen unseren Bundesgenossen mußte gestellt werden, um Rußland zu verhindern, die Mobilmachung im Norden unter dem Vorgeben, sie richte sich auch nur gegen Österreich, bestehen zu lassen bzw. fortzusetzen.

Verlangen nicht nachkäme, wurde der Botschafter in Petersburg beauftragt zu erklären, daß Rußland durch seine Weigerung zu erkennen gäbe, daß seine Aktion gegen uns gerichtet sei, und daß wir uns als im Kriegszustand mit Rußland befindlich erachteten.

Am 30. Juli hatte unser Botschafter Herrn Sasonow vergeblich vorgestellt, daß weitere militärische Maßnahmen jede friedliche Lösung verhindern müßten. Der Minister hat taube Ohren und leere Ausflüchte. Am 31. wiederholt Graf Pourtalès, da der Minister in Peterhof ist, dem Gehilfen desselben, Herrn Neratow, seine ernstesten Warnungen und spricht telephonisch auch mit Sasonow. Umsonst. Graf Pourtalès macht einen letzten Versuch, indem er, von seinem Botschafterrecht Gebrauch machend, noch eine Audienz beim Zaren erbittet, um ihm den ganzen Ernst der durch die Gesamtmobilisation geschaffenen Situation darzulegen. Nikolaus II. nimmt alles freundlich-gelassen entgegen und macht den Eindruck, als wolle oder könne er den Ernst der Lage nicht ganz erfassen. Er verschanzt sich hinter militärische Gründe, welche ihm den Widerruf der Mobilmachung unmöglich machten. Aber er verlangt mit entsprechender Handbewegung einen energischen Druck auf Österreich, und, von neuem auf die unausbleiblichen Folgen hingewiesen, sagt er, in mystischem Fatalismus zum Himmel weisend: „Dann kann nur Einer helfen.“ Nach der ergebnislosen Audienz geht Graf Pourtalès, von dem

Minister des Kaiserlichen Hauses, Grafen Fredericksz, einem der ältesten Diener und Vertrauten des Zaren, darum gebeten, noch zu diesem, der sich durch die Ereignisse tief bewegt zeigt und dem Botschafter andeutet, die Minister des Krieges und des Innern, Suchomlinow und Maklakow, hätten den Kaiser überredet. Letzterer hätte seinen Herrn durch das Gespenst der Revolution geschreckt. In der Tat war die innere Lage schon damals bedrohlich. Während des Besuchs Herrn Poincarés war in den Vorstädten von Petersburg auf streikende Arbeiter geschossen worden. Gegen Mitternacht entledigt sich der Botschafter seines letzten Auftrages bei Herrn Sasonow, nicht ohne vorher nochmals auf eine befriedigende Antwort gedrängt zu haben. Der Minister macht ebenfalls technische Gründe gegen einen Widerruf der Mobilmachung geltend, die keinen Krieg zu bedeuten brauche, die Verhandlungen könnten ja ruhig weitergehen. (Etwa damit nach Vollendung des Aufmarsches Rußland die Verhandlungen plötzlich abbrechen und mit aller Wucht über uns herfallen könnte?)

So wurde vom 1. August abends ab der Krieg gegen Rußland erklärt. Und schon im Laufe des Tages hatten Grenzüberschreitungen der mobilisierten russischen Truppen stattgefunden.

Als Graf Pourtalès seine Pässe fordert und sich vom Minister verabschiedet, kommt das Gespräch nochmals auf die ganzen Vorgänge. Dabei sagt der Botschafter:

„Wer die Schuld trägt, darüber kann nicht der geringste Zweifel sein", und Herr Sasonow erwidert: „Was konnte ich als Minister des Äußern tun, wenn der Kriegsminister dem Zaren erklärte, daß die Mobilmachung notwendig wäre." Worauf Graf Pourtalès bemerkt, es wäre eben seine Pflicht gewesen, den Zaren davon abzuhalten[1]).

Wenn Herr Sasonow in einem Communiqué vom 2. August 1914 gesagt hat, Rußland habe „infolge des Mißerfolges seiner friedlichen Vorschläge seine kriegerischen Maßregeln ausdehnen müssen, um gegen alle Überraschungen sicher zu sein" (Orangebuch 77), so hat er die Dinge damit auf den Kopf gestellt. Gegen welche Überraschungen wollte Rußland sich sichern? Es hatte bereits mehr Truppen gegen Österreich auf den Kriegsfuß gestellt, als dieses gegen Rußland; Deutschland aber hatte überhaupt nicht mobilisiert; sein Kaiser und seine Regierung setzten sich ein, um eine friedliche Lösung zu ermöglichen, und hatten endlich Verhandlungen in die Wege geleitet, welche zu solcher Lösung führen konnten. Daß die Mobilmachung gegen uns den Krieg unvermeidlich machte, war in St. Petersburg oft genug gesagt worden, Suchomlinow und Januschkewitsch, die den Zaren überredeten, haben in dem nachherigen Prozeß selbst bekannt,

[1]) Für die Schilderung der Verhandlungen dieser letzten Tage in St. Petersburg sind zum Teil Aufzeichnungen des Grafen Pourtalès benutzt, welche demnächst veröffentlicht werden sollen.

daß sie gewußt hätten, daß die Gesamtmobilmachung den Krieg gegen Deutschland bedeute. Bewußt ist also von den Ratgebern Nikolaus' II. der Krieg heraufbeschworen worden. Deutschland konnte nicht anders handeln. Sollten wir warten, bis die ganze russische Armee an unserer Grenze aufmarschiert war, in unser Land fluten konnte? Bis von Ost und West gleichzeitig eine vernichtende Übermacht unsere Existenz bedrohte? Rußland hatte, wie ich am 1. August zu Sir E. Goschen gesagt habe, die Zahl, Deutschland nur die Schnelligkeit für sich (Blaubuch 138). Die Verteidigung konnte für uns nur in der schleunigen Aktion liegen. Es klingt wie Hohn, wenn russischerseits gesagt worden ist, die Armee könnte wochenlang Gewehr bei Fuß stehen (wohl bis alle Truppen zur Invasion versammelt waren?).

Karl Marx schrieb am 17. August 1870 an Friedrich Engels: „K. verwechselt einen defensiven Krieg mit defensiven militärischen Operationen. Also wenn ein Kerl mich auf der Straße überfällt, so darf ich nur seine Hiebe parieren, aber ihn nicht niederschlagen, weil ich mich damit in einen Angreifer verwandeln würde! Der Mangel an Dialektik guckt allen diesen Leuten aus jedem Wort heraus." Ich möchte sagen, die sophistische Dialektik unserer Gegner und Anschuldiger ist so gewandt gewesen, daß sie das Märchen von unserem Angriffswillen über die ganze Welt verbreiten konnten. Österreich mobilisiert

8 Korps gegen Serbien — nachdem letzteres zuerst mobil gemacht hat —, jedoch nichts gegen Rußland. Aber Rußland mobilisiert 14 Korps gegen Österreich, wodurch dieses ebenfalls zur Mobilmachung gezwungen wird. Und Rußland mobilisiert die ganze Armee und Flotte auch gegen Deutschland, während dieses keine militärischen Maßnahmen getroffen hat. Wo liegt der Angriffswille? Woher kommt der immer neue Stoß, der in den Krieg treibt? Konsequent mag die russische Politik gehandelt haben, wenn sie sich in dem österreichisch-serbischen Streit sofort rückhaltlos hinter Serbien stellte, wo sie die panslawistischen Treibereien gegen Österreich seit Jahren geschürt hatte, wenn sie als Werkzeug der allslawischen Idee intransigent die Dinge bis zum großen Waffengang trieb, der die russische Hegemonie im ganzen Osten Europas stabilieren, den Entscheidungskampf zwischen der slawischen und deutschen Welt herbeiführen sollte. Aber die Schuld an diesem Kriege Deutschland oder gar seinem Kaiser zuschieben zu wollen, ist ein Verfangen, das jeder Wahrheit Hohn spricht! Gewiß, die Kriegserklärung ist formell von Deutschland ausgegangen. Es war bittere Notwehr. Ein Defensivkrieg ist wohl zu unterscheiden von offensiven Operationen.

Es ist verschiedentlich und namentlich in neutralen Ländern die Frage aufgeworfen worden: Warum mußte Deutschland, nachdem die Gesamtmobilmachung eingeleitet war, am 31. Juli zur Kriegserklärung schreiten?

Warum konnte man nicht beiderseits ruhig rüsten und mit dem Schlagen warten? Man hat daraus folgern wollen, daß wir die Dinge in verhängnisvoller Weise überstürzt hätten, daß wir (auch moralisch) die Angreifer gewesen seien. Für Fernerstehende, die sich die geographische Lage Deutschlands nicht genügend vor Augen halten und sich in die militärischen Bedingungen eines deutschen Feldzugs nicht genügend hineinversetzen können, mag diese Frage begreiflich erscheinen. Die Antwort darauf gibt der im dritten französischen Gelbbuch enthaltene Bericht des Generals Boisdeffre v. 18. August 1892 über ein Gespräch mit Kaiser Alexander III. vom nämlichen Tage. Der General schreibt:

„Darauf sprach mir der Kaiser von der Mobilmachung. Ich bemerkte ihm, daß die Mobilisation Kriegserklärung sei. Mobilisation heißt, seinen Gegner verpflichten, dasselbe zu tun. Die Mobilisation zieht die Ausführung der strategischen Transporte und der Konzentration nach sich. Eine Million Mann an seiner Grenze mobilisieren lassen, ohne gleichzeitig dasselbe zu tun, würde sonst bedeuten, sich jede Möglichkeit, sich später zu rühren, zu versagen. Es hieße, sich in die Lage eines Menschen zu begeben, der mit einer Pistole in der Tasche sich die geladene seines Nachbarn an die Stirn drücken läßt. ‚So fasse auch ich es auf', antwortete mir der Kaiser."

In derselben Auffassung hat, wie oben erwähnt, Suchomlinow gehandelt[1]). Wie die Dinge mit Frankreich standen, wußte jedermann. Infolge des Bündnisses mit Rußland, dessen Wortlaut zwar nicht veröffentlicht, dessen Inhalt aber hinreichend bekannt war, nach der Gesamtpolitik Frankreichs seit dem Frankfurter Frieden, nach seiner Haltung im jetzigen Konflikt war kein Zweifel, daß Frankreich alsbald mit Rußland das Schwert gegen uns ziehen würde. Wir waren in der ungünstigen geographischen Lage, nach zwei Seiten, gegen Osten und Westen, Krieg führen zu müssen. Wie es in dem Projekt der französisch-russischen Militärkonvention von 1892 von den beiderseitigen Streitkräften heißt: „Ces forces s'engageront à fond et en toute diligence, de manière à ce que l'Allemagne ait à lutter à la fois à l'est et à l'ouest"[2]).

[1]) Selbst Sir E. Grey, als er mit dem Fürsten Lichnowsky die Frage des bewaffneten Gegenüberstehens der französischen und deutschen Armee erörtert, „verkennt nicht die Schwierigkeiten, beiderseitig das Militär in Untätigkeit zurückzuhalten". Telegramm des Fürsten Lichnowsky vom 1. August 1914 (Norddeutsche Allgemeine Zeitung v. 6. September 1914).

[2]) Das obengenannte dritte französische Gelbbuch gibt das Projekt als Anlage einer Note vom 28. Juli 1892 wieder. Es nimmt die gleichzeitige Mobilisation Rußlands und Frankreichs an und will alle nicht anderswo absolut unentbehrlichen Kräfte gegen Deutschland eingesetzt sehen.

Nach Mitteilung des Gelbbuchs sagt Boisdeffre auch dem General Obrutschew: „L'ennemi principal est, ipso facto, l'Allemagne." Bericht des Generals Boisdeffre vom 10. August 1892.

Nach berechtigter Ansicht unserer militärischen Instanzen lag angesichts unserer numerischen Unterlegenheit die einzige Möglichkeit einer erfolgreichen Abwehr für uns in schnellem Handeln, d. h. man mußte, nach dem sogenannten Schlieffenschen Feldzugsplan, versuchen, erst den schwächeren Feind im Westen zu überrennen, um dann mit allen freiwerdenden Streitkräften dem Ansturm der russischen Heere im Osten entgegenzutreten. Sonst wurden wir von rechts und links erdrückt. Bei den räumlichen Entfernungen des russischen Reiches war auf eine längere Dauer des Aufmarsches und der Schlagfertigkeit aller verschiedenen Truppenteile daselbst zu rechnen. Aber jeder Tag der Mobilmachung mußte der Kampfbereitschaft der Russen zugute kommen und für uns die Gefahr proportional steigern; durch Abwarten konnte unsere Lage verzweifelt werden. Der Vorteil unserer Gegner hätte im Hinziehen der Eröffnung der Feindseligkeiten gelegen, unser Schicksal hing an der Schnelligkeit der Aktion, an dem Vorsprung, den wir im Losschlagen über sie gewinnen konnten.

Frankreich brauchte formell und mit der Tat erst Stellung zu nehmen, wenn der Kriegszustand mit Rußland eingetreten war. So lange konnte es gewissermaßen Versteck spielen. Diese Taktik hat es, wie wir gleich sehen werden, auch noch mit seiner Antwort auf unsere Anfrage nach seinen Absichten befolgt. Wir mußten daher eine für unsere Maßnahmen notwendige Klärung herbei-

führen und Rußland veranlassen, zu dokumentieren, wo es hinauswollte. Wir mußten das kurzfristige Ultimatum in Petersburg stellen und mußten, nachdem Rußland durch seine Ablehnung den Willen gezeigt hatte, die Dinge auf die Spitze zu treiben, ihm auch alsbald den Krieg erklären. Wir hatten oft genug in Petersburg gesagt, daß die Mobilmachung gegen uns den Krieg unvermeidlich machen würde.

Unser Verhalten dem Alliierten Rußlands, Frankreich, gegenüber war damit ebenfalls vorgezeichnet. Wenn nun einmal gekämpft werden mußte, zählte jeder Tag, jede Stunde! Am 31. Juli abends stellten wir in Paris die Frage, ob Frankreich in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben wolle. Die Antwort wurde binnen 18 Stunden erfordert. Sie lautete, „daß Frankreich das tun würde, was seine Interessen ihm geböten“[1]). Sie umging die Frage, um nicht formell den Kriegswillen zu bekunden; über den Sinn konnte sich niemand täuschen. Die Antwort war am 1. August, mittags um 1 Uhr, erteilt, nachmittags wurde die Mobilmachung der gesamten französischen Armee und Flotte

[1]) Anlagen 25 und 27 zum Weißbuch.

Sir E. Grey telegraphiert über ein Gespräch mit dem französischen Botschafter am 29. Juli: „Er sah eine Anfrage Deutschlands voraus, ob Frankreich neutral sein würde, wenn Deutschland Rußland angriffe. Diese Zusicherung könne Frankreich natürlich nicht geben; es sei verpflichtet, Rußland zu helfen, wenn Rußland angegriffen würde.“ (Blaubuch 87.)

angeordnet. Am 3. August abends haben wir Frankreich den Krieg erklärt[1]).

[1]) Über die Gründe der Verzögerung vom 1.—3. August siehe weiter unten S. 159.

Unsere Kriegserklärung nimmt Bezug auf französische Feindseligkeiten, welche auf deutschem Gebiet bereits stattgefunden hätten. Die Bezugnahme war durch Mitteilungen veranlaßt, welche seitens des Generalstabs dem Auswärtigen Amt über angeblich sichere Fakta gemacht waren. Der Generalstab hatte die Meldungen von unterstellten Organen erhalten und in völlig gutem Glauben bei der politischen Leitung geltend gemacht. Tatsächlich haben sie sich — wenigstens die Bombenwerfung auf die Bahn bei Nürnberg — nachher als unrichtig herausgestellt. Angesichts der Gesamtsituation, die den Krieg unvermeidlich machte, kann es gleichgültig erscheinen, ob vereinzelt verfrühte Akte von Feindseligkeiten hüben oder drüben stattgefunden haben — auch Frankreich hat sich über Grenzverletzungen durch deutsches Militär beklagt (Gelbbuch 139) —, in weniger stürmischen Momenten hätte sich ein Irrtum leicht aufklären und Remedur schaffen lassen können; die elektrische Spannung jener Tage, die Aufregung, die alle Gemüter ergriffen hatte, hat manche Halluzination gezeitigt, manches Gespenst erscheinen lassen. Überall haben alarmierende Nachrichten kursiert, die bona fide weitergemeldet wurden. Immerhin soll festgestellt werden, daß diese Angaben der Kriegserklärung auf einem bedauerlichen Irrtum beruhten. Die Vorgänge beweisen jedoch nur, daß es ganz unmöglich ist, daß — wie uns russischerseits gesagt wurde — mobilisierte Heere sich „wochenlang Gewehr bei Fuß" gegenüberstehen können.

Wie sorgfältig sich übrigens der Chef des Generalstabs bemühte, auch Beweise für die bedrohlichen Meldungen zu erhalten und wie sehr man es bei uns ablehnte, verhängnisvolle Beschlüsse voreilig zu fassen, geht aus einem Telephongespräch vom 31. Juli mit dem General Hell hervor, der gemeldet hatte, er habe den Eindruck, daß Rußland an unserer Grenze mobilisiere, in Mlawa sollten bereits rote Zettel angeklebt sein. General von Moltke antwortete: Solch einen roten Zettel müsse er als Gewißheit für die Mobilisation haben. „Früher kann ich keinen Mobilmachungsbefehl erreichen."

XII. Das Verhalten des Kabinetts von St. James.

Frankreich konnte Rußlands von Anfang an sicher sein. Es harrte ja seit Jahrzehnten auf die Stunde der „Abrechnung", und die jetzt maßgebenden Männer, der Präsident Poincaré, Delcassé wie auch Viviani, waren sämtlich Nationalisten[1]). Aber allein, ohne die Hilfe Englands, den Krieg gegen die Zentralkaiserreiche zu wagen, hätten wohl beide Mächte gezögert. England hielt Krieg und Frieden, das Schicksal Europas in der Hand. Am 1. August schrieb die Daily News: „Tatsächlich hält der Zar die Wage in der Hand. Aber wir halten unsererseits den Zaren in der Hand. Daher hängt es schließlich von uns ab, ob Europa von Blut überfließen soll." Damit war die Lage richtig gekennzeichnet.

Von Beginn des österreichisch-serbischen Streitfalls an hatten Petersburg und Paris die Stellungnahme des Kabinetts von St. James eifrig sondiert. Zunächst

---

[1]) Bei der Wahl des Lothringers Poincaré zum Präsidenten hatte der Nationalismus (der Revanchegedanke) den Ausschlag gegeben; Viviani hatte sich vom Sozialisten zum Chauvinisten gemausert.

Der versöhnliche Sozialistenführer Jaurès aber wurde am 31. Juli in Paris ermordet. Wie steht es mit dem Prozeß gegen seine Mörder?!

hatte dieses große Zurückhaltung bewahrt. In einen Balkanstreit einzugreifen, in einem rein serbisch-österreichischen Konflikt — auf welchen wir ja die Frage zu begrenzen strebten — Partei zu nehmen, schien es nicht geneigt. Die öffentliche Meinung in England hätte sich kaum dafür erwärmen lassen. Aber die Frage drohte immer mehr in eine europäische Konflagration auszuarten. Die Gelegenheit, während kontinentaler Wirren die stärkste Macht, den deutschen See- und Handelsrivalen, zu schwächen und niederzuwerfen — das alte Axiom britischer Politik —, lockte. Und wurde dabei neben Deutschland und von diesem auch Rußland gleichzeitig geschlagen, um so vorteilhafter für die Weltstellung Englands. Es wurden dann zwei unbequeme Konkurrenten auf einmal lahmgelegt. Das Verhältnis mit Frankreich war ein sehr intimes, man war seit dem Pariser Besuch in „eine Phase noch stärkerer Annäherung" getreten[1]). Und auch in die Garne der russischen Politik hatte man sich immer weiter eingelassen (s. Marineabkommen).

Am 30. Juli berichtet der belgische Geschäftsträger in Petersburg, wie oben (S. 137) bereits erwähnt: „Heute ist man in St. Petersburg fest davon überzeugt, ja man hat sogar die Gewißheit, daß England Frankreich beistehen wird. Dieser Beistand fällt ganz außerordentlich

[1]) Bericht des Grafen Benckendorff an Herrn Sasonow vom 2. Mai 1914, siehe oben Seite 87.

ins Gewicht und hat nicht wenig dazu beigetragen, der Kriegspartei Oberwasser zu verschaffen."

Am 29. hatte Sir E. Grey dem französischen Botschafter mitgeteilt, daß er dem deutschen Botschafter sagen werde, er möge sich nicht in falsche Sicherheit wiegen, daß England beiseite stehen werde, wenn die Bemühungen, den Frieden zu erhalten, ohne Erfolg blieben. In einen Streitfall zwischen Serbien und Österreich fühle sich England nicht berufen einzugreifen. Auch nicht in einen Streit zwischen Österreich und Rußland. Es handle sich dann um eine Frage slawischen oder germanischen Übergewichts, d. h. einen Kampf um das Übergewicht auf dem Balkan[1]). Für den Fall, daß Deutschland und Frankreich in den Konflikt hineingezogen würden, behält sich der englische Staatssekretär vorsichtig seine Stellungnahme vor. Herr Paul Cambon präzisiert richtig: In einen slawisch-germanischen (verstehe: österreichischen) Lokalstreit wollte England nicht dazwischentreten; werde Frankreich hineinverwickelt (und der Botschafter sieht dies am Schluß der Unterredung selbst als gewiß voraus), und werde eine Frage der Vorherrschaft in Europa daraus, dann werde England entscheiden, was für es notwendig sei. Der französische Botschafter „übt keine Kritik" an dem Greyschen Bescheid, er zweifelt wohl

[1]) War ein Kampf zwischen Rußland und Deutschland nicht in noch viel höherem Grade ein Kampf zwischen Germanen- und Slawentum? (freilich nicht nur wegen des Balkans).

kaum mehr, wie die Entscheidung ausfallen wird (Blaubuch 87). Im französischen Gelbbuch fehlt der Bericht über dieses Gespräch. An demselben Tage hat Sir E. Grey auch tatsächlich die angekündigte Unterredung mit dem Fürsten Lichnowsky, wie dieser berichtete, gehabt. Er hat ihm gesagt, er möge nicht annehmen, England würde beiseite stehen, wenn Deutschland und Frankreich in den Konflikt verwickelt und dann alle europäischen Interessen hineinbezogen würden. Falls die englischen Interessen ein Dazwischentreten erforderten, würde die Entscheidung sehr schnell erfolgen (Blaubuch 89).

Nachdem am 30. der Präsident Poincaré auch beim englischen Botschafter Sir F. Bertie noch auf eine klare Stellungnahme Englands insistiert hat (Blaubuch 99), und Herr P. Cambon den englischen Staatssekretär an den Briefwechsel vom November 1912[1]) erinnert hat (Blaubuch 105), kann der Vertreter Frankreichs nach Paris telegraphieren, zufolge einer Mitteilung Greys habe dieser dem Fürsten Lichnowsky gesagt, wenn der Konflikt allgemein und namentlich Frankreich hineingezogen werden sollte, würde auch England mitgerissen werden[2]). Hinsichtlich der eventuellen Intervention weist Sir E. Grey (nach einem inzwischen abge-

[1]) Siehe Seite 85.

[2]) In Berlin hatte ein französischer Journalist schon am 26. vom Botschafter Jules Cambon die Parole erhalten: L'Angleterre marchera avec nous.

haltenen Ministerkonseil) auf die Wahrung der belgischen Neutralität hin, derentwegen an dem Tage Anfragen nach Berlin und Paris ergangen sind. In derselben Depesche erwähnt Herr Cambon ein Handschreiben des Präsidenten der Republik an König Georg und meint, daß dieser Schritt ohne Zweifel von dem britischen Kabinett in ernste Erwägung gezogen werden würde (Gelbbuch 110).

Der englische Staatssekretär bewahrt sich aber — wenigstens formell — immer noch freie Hand. Es ist offenbar, daß das britische Kabinett noch zu keiner definitiven Entscheidung gekommen ist. Bekanntlich machten sich dort starke Widerstände geltend, wie sich nachher durch den Rücktritt der Minister Lord Morley und John Burns, sowie des Parlamentssekretärs Trevelyan gezeigt hat. Unterdessen bemüht sich Herr Paul Cambon durch allerhand Nachrichten von deutschen Kriegsvorbereitungen zu beweisen, daß Deutschland die Rolle des Angreifers zu übernehmen im Begriff sei.

Am 31. Juli, als der Stein durch die Gesamtmobilisation Rußlands schon ins Rollen gekommen war, erschien der englische Botschafter und fragte mich im Namen seiner Regierung, ob wir die Neutralität Belgiens achten würden, insofern keine andere Macht sie verletzte. In Paris sei die gleiche Frage gestellt worden. Ich erwiderte Sir E. Goschen, daß ich ihm auf meine eigene Verantwortung, ohne den Kaiser und den Kanzler zu befragen,

keine Antwort erteilen könnte. Übrigens werde er ja wissen, daß bei unserer geographischen Lage, in einem Zweifrontenkrieg, uns nur die Schnelligkeit des Angriffs vor feindlicher Überflutung und Vernichtung retten könnte. Wenn wir nun erklärten, auf welchem Wege wir Frankreich nicht angreifen wollten, so enthielte das ja indirekt auch die Ankündigung, wo unser Angriff zu erwarten sein würde, also eine Enthüllung unseres Feldzugsplans. Es erscheine mir daher zweifelhaft, ob auf die englische Anfrage überhaupt eine Antwort erteilt werden könnte. Ich fügte hinzu, daß nach einer mir zugegangenen Nachricht belgischerseits ein feindlicher Akt gegen Deutschland stattgefunden hätte, indem Belgien auf eine für Deutschland bestimmte Getreideladung Embargo gelegt hätte (Blaubuch 122).

Der bereits erwähnte Schlieffensche Feldzugsplan, der eine Niederwerfung Frankreichs ins Auge faßte, bevor Rußland völlig schlagfertig sein könnte, und der wegen der starken Befestigung der Vogesengrenze den Hauptangriff gegen Frankreich mit Hilfe eines Durchmarsches durch Belgien nach dem Norden verlegte, war unseren Gegnern jedenfalls seit langem bekannt. Frankreich dagegen, dem eine Verzögerung des Kampfes bis zur Vollendung des russischen Aufmarsches keineswegs nachteilig gewesen wäre, und das sich im Westen zunächst durch den Festungsgürtel von Toul, Verdun usw. geschützt wußte, konnte unseren Angriff eventuell abwarten und daher

ruhig die Erklärung abgeben, daß es seinerseits nicht als erster die belgische Neutralität verletzen wollte. Die britische Regierung aber, die sich so besorgt um Belgiens Neutralität zeigte und sich als Schützer der Verträge aufspielte, gab hiermit bereits zu erkennen, welche Haltung sie einzunehmen gedachte. Es war ein klug berechnetes Spiel: Belgien sollte als Vorwand für Englands Eintritt in den Krieg auf seiten der Entente dienen. Einen englischen Krieg um eines serbischen Streits willen hätte die öffentliche Meinung Englands nicht verstanden, es mußte ein anderer Grund gesucht werden[1]). Wie stand es aber in Wirklichkeit mit der englischen Sorge um die Achtung des Neutralitätsvertrages? Während der zweiten Marokkokrise 1911 hatte England die Absicht gehabt, Frankreich im Kriegsfalle mittels einer Truppenlandung in Belgien beizustehen[2]). Es hatten über diese Fragen ausführliche Unterredungen des englischen Militärattachés Barnardiston mit dem belgischen Generalstabschef im Jahre 1906 stattgefunden. Später, vermutlich 1912, erklärte der Oberstleutnant Bridges in einem Gespräch mit dem General Jungbluth auf den Einwand,

[1]) Grey schreibt am 25. Juli an Sir G. Buchanan: „Ich glaube nicht, daß die öffentliche Meinung Englands es billigen würde oder sollte, daß wir wegen eines serbischen Streits den Krieg machten. Wenn es aber Krieg gibt, könnten wir uns durch andere Erwägungen in denselben hineingezogen sehen." (Blaubuch 10.)

[2]) Angaben der englischen Unterhausmitglieder Ponsonby, Burton und Faber sowie des Mr. Spender.

daß zu einer Landung in Belgien dessen Zustimmung erforderlich sei, England hätte seine Truppen im Kriegsfall auf jeden Fall gelandet, denn Belgien wäre nicht imstande gewesen, die Deutschen vom Durchmarsch abzuhalten[1]). Der Plan scheint später abgeändert zu sein. Vor Kriegsausbruch haben jedoch offenbar wieder neuere militärische Abreden über ein sofortiges Eingreifen Englands in Belgien und Nordfrankreich bestanden. Als „Recht" galt auch hier, was englisches Interesse erheischte. Dieselbe politische Moral, welche die Beschießung von Kopenhagen und Alexandrien rechtfertigte.

Am 1. August nachmittags traf ein um 11 Uhr früh aus London abgegangenes Telegramm unseres dortigen Botschafters ein, wonach Sir E. Grey ihn soeben ans Telephon gerufen und gefragt habe, ob er glaubte, erklären zu können, daß für den Fall, daß Frankreich neutral bliebe, wir in einem deutsch-russischen Kriege die Franzosen nicht angriffen. Er, der Botschafter, habe geantwortet, er glaubte die Verantwortung hierfür übernehmen zu können[2]).

Es schien ein Hoffnungsstrahl, den Krieg auf den Osten zu beschränken, ihm den Charakter seines Ursprungs, des Gegensatzes des Slawentums gegen das Germanentum,

[1]) Die Brüsseler Dokumente. Sonderbeilage der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 25. November 1914.

[2]) Dieses wie die folgenden Telegramme sind in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 21. August und 6. September 1914 veröffentlicht worden.

zu belassen und zu verhindern, daß ein Weltbrand daraus entstände. Ich fuhr sofort mit dem Telegramm in das Königliche Schloß, wo, wie ich wußte, eine Beratung S. M. des Kaisers mit dem Reichskanzler, dem Chef des Generalstabs und dem Kriegsminister über die Konsequenzen unserer mittags verkündeten Mobilmachung stattfand.

Unser Mobilmachungsplan, der mit einem Krieg an zwei Fronten und gleichzeitigem Beginn der Operationen auf beiden rechnen mußte, sah Verschiebungen von im Westen garnisonierenden Truppen nach dem Osten und andererseits östlicher Truppen an die Westgrenze vor. Eine Teilmobilisation nur gegen Osten war also nicht mehr möglich. Trotz schwerer technischer und strategischer Bedenken, die der Generalstabschef pflichtgemäß erheben mußte, befahl der Kaiser, der keine Chance, unnützen Krieg zu vermeiden, versäumen wollte, daß gegen Frankreich nicht vor dem 3. abends der Krieg erklärt werden und die Feindseligkeiten unserer Truppen im Westen vorher nicht beginnen sollten. Der Kaiser opferte damit also zwei für unsere militärische Aktion überaus wertvolle Tage, um Zeit für Verhandlungen zu geben, die Klarheit schaffen mußten. Seine Majestät sandte sofort ein Telegramm an den König von England, in dem er, auf die Londoner Meldung Bezug nehmend, sagt, aus technischen Gründen müsse die bereits nach Osten und Westen angeordnete Mobilmachung vorbereitungsgemäß vor sich gehen.

„Aber wenn mir Frankreich seine Neutralität anbietet, die durch die englische Armee und Flotte garantiert werden muß, werde ich natürlich von einem Angriff auf Frankreich absehen und meine Truppen anderweitig verwenden. Ich hoffe, Frankreich wird nicht nervös werden. Die Truppen an meiner Grenze werden gerade telegraphisch und telephonisch abgehalten, die französische Grenze zu überschreiten." Zugleich telegraphierte der Reichskanzler an den Botschafter in London: „Deutschland ist bereit, auf den englischen Vorschlag einzugehen, falls sich England mit seiner Streitmacht für die unbedingte Neutralität Frankreichs im deutsch-russischen Konflikt verbürgt. Die deutsche Mobilmachung ist heute auf Grund der russischen Herausforderung erfolgt, bevor die englischen Vorschläge hier eintrafen. Infolgedessen ist auch unser Aufmarsch an der französischen Grenze nicht mehr zu ändern. Wir verbürgen uns aber dafür, daß die französische Grenze bis Montag, den 3. August, abends 7 Uhr, durch unsere Truppen nicht überschritten wird, falls bis dahin die Zusage Englands erfolgt ist." Wie sehr verschieden sind die Vorgänge in Berlin vom 1. August von denen, die sich am 29./30. Juli in Petersburg abgespielt hatten! Daß wir eine Garantie, und zwar eine *starke* Garantie, für die Neutralität Frankreichs haben mußten, war natürlich; wir konnten es dem westlichen Nachbarn, dessen Haltung seit Dezennien eine feindliche war, nicht überlassen, zunächst etwa neutral

abwartend Zeit zu gewinnen und dann doch zu einem für uns noch gefährlicheren Zeitpunkt uns den Krieg zu erklären.

Aber die Antwort des englischen Königs, daß die Meldung unseres Botschafters auf einem Mißverständnis beruhte, erwies, daß unsere Hoffnung, den Krieg auf einen Waffengang mit Rußland zu beschränken, nichtig gewesen war.

Die Times hat behauptet, Fürst Lichnowsky habe gleich darauf seine Meldung telegraphisch zurückgezogen, nachdem er darüber aufgeklärt worden sei, daß ein Mißverständnis vorliege. Ich weiß nicht, wann und wie Fürst Lichnowsky aufgeklärt worden ist. Ein entsprechendes Telegramm ist von ihm nicht abgesandt. Nach der Darstellung seiner bekannten Schrift hat des Morgens Sir W. Tyrell mündlich und Sir E. Grey telephonisch mit ihm gesprochen. Darauf das Telegramm. Es ist mir, offen gestanden, schwer begreiflich, wie aus zwei Gesprächen, in denen es sich um nichts weniger als Krieg und Frieden handelt, ein derartiges Mißverständnis entstehen kann, wie Fürst Lichnowsky dieses vorbehaltlos weitergibt und sich nachher wundert, daß seine Meldung in Berlin „zur Grundlage einer weitgehenden Aktion gemacht" worden ist[1]).

Ein zweites Telegramm des Botschafters, aufgegeben am 1. August 1 Uhr 15 nachmittags, lautete: „Der

[1]) Siehe die Schrift des Fürsten Lichnowsky: „Meine Londoner Mission."

Privatsekretär Sir E. Greys war eben bei mir, um mir zu sagen, der Minister wolle mir Vorschläge für die Neutralität Englands machen, selbst für den Fall, daß wir mit Rußland und Frankreich Krieg hätten (also eigentlich noch weitergehende Vorschläge, als das erste Telegramm erwarten ließ! D. V.). Ich sehe Sir E. Grey heute nachmittag und werde sofort berichten." Daß das erste Telegramm auf einem Mißverständnis beruhte, meldet der Fürst nicht. Hat hier noch keine Aufklärung stattgefunden? Um 1/2 6 Uhr abends berichtet dann der Botschafter über seine Unterredung mit Sir E. Grey betreffs der Frage der belgischen Neutralität. Und des Abends um 1/2 9 Uhr telegraphiert er: „Meine Meldung von heute früh ist durch meine Meldung von heute abend aufgehoben. Da positiver englischer Vorschlag überhaupt nicht vorliegt, erübrigen sich Schritte im Sinne der mir erteilten Weisungen" (nämlich unsere Antwort auf den vermeintlichen englischen Vorschlag und unser Anerbieten, mit Frankreich neutral zu bleiben). Daß er das Opfer eines Mißverständnisses gewesen ist, wie er in seiner Schrift selbst zugibt, meldet der Botschafter nicht. Erst die Antwort König Georgs hat uns darüber aufgeklärt. Hat der Botschafter seine Weisungen genügend verwertet? Enthielten sie nicht den hinreichenden Beweis, daß wir keinen Streit mit Frankreich suchten, ihm nichts anhaben wollten? Wenn England wiederholt zu erkennen gegeben hatte, daß es eine Niederwerfung Frankreichs nicht dulden

könne und wolle, gab unser Anerbieten nicht die genügende Sicherheit, daß es dies — vorausgesetzt, daß Frankreich zustimmte — ohne Krieg besser erreichen konnte als durch sein Eingreifen? Lehnte aber Frankreich ab, war damit nicht bewiesen, daß der Kriegs- und Angriffswille nicht auf unserer Seite war? Ist Sir E. Grey über diese Sachlage richtig aufgeklärt worden, oder hat er sie nicht verstehen wollen?

Hat etwa der englische Staatssekretär, infolge des Zögerns und der Meinungsverschiedenheit im Kabinett vielleicht selbst schwankend, in diesem Moment noch einen Ausweg gesucht? In der vorerwähnten Unterredung vom 1. nachmittags gibt er unserem Botschafter von einer Erklärung des Kabinetts Kenntnis, in der unsere Antwort betreffs Belgiens als bedauerlich bezeichnet wird, weil die belgische Neutralität die Gefühle Englands affizierte. Bei einer einseitigen Verletzung dieser Neutralität würde es sehr schwierig sein, „die öffentliche Stimmung in England zurückzudämmen". Die Frage des Botschafters, ob er unter der Bedingung, daß Deutschland die belgische Neutralität wahrte, eine bestimmte Erklärung über die Neutralität Englands abgeben könne, verneint der Minister, doch würde diese Frage eine große Rolle in der öffentlichen Meinung spielen. Vorläufig beständen nicht die geringsten Absichten, gegen uns feindlich vorzugehen, und man würde dies, wenn möglich, zu vermeiden suchen. Aber es sei schwer, eine Linie zu ziehen,

bis wohin wir gehen dürften, ohne daß man englischerseits einschritte. Er, Grey, habe schon gedacht, ob es möglich wäre, daß wir und Frankreich uns bewaffnet gegenüberständen, ohne uns anzugreifen. Der Botschafter antwortet, „er könne sich denken", daß wir uns auf ein derartiges Abkommen einlassen würden, wenn uns das die Neutralität Großbritanniens sicherte. Doch der Minister verweigert eine Zusage der Neutralität unter derartigen Bedingungen, er will freie Hand behalten[1]).

Am 2. August telegraphiert der Botschafter schließlich, die Anregungen Sir E. Greys betreffend die Neutralität Englands (offenbar das in dem ersten Telegramm vom vorhergehenden Tage enthaltene Mißverständnis) seien ohne vorherige Fühlungnahme mit Frankreich und ohne Kenntnis der Mobilmachung erfolgt (in der Unterredung am Nachmittag des 1. hatte der Staatssekretär aber die Möglichkeit, ob Deutschland und Frankreich sich bewaffnet gegenüberstehen könnten, ventiliert. D. V.) und inzwischen als völlig aussichtslos aufgegeben worden. Wie die Veröffentlichung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 21. August 1914 bereits bemerkt hat, bot, selbst wenn ein Mißverständnis in bezug auf einen englischen Vorschlag vorlag, das Anerbieten des Kaisers England

[1]) Vgl. Blaubuch 123. Der Schluß des Gespräches, der hier nach dem Telegramm Sir E. Greys wiedergegeben ist, variiert etwas von dem Bericht des Botschafters.

Gelegenheit, aufrichtig seine Friedensliebe zu beweisen und den deutsch-französischen Krieg zu verhindern. Wenn aber Frankreich sich nicht abhalten ließ, gegen uns Krieg zu führen, wo lag dann Englands Verpflichtung, kämpfend auf seine Seite zu treten? In der belgischen Frage waren, wie wir gleich sehen werden, seine Interessen durch unser Versprechen der Integrität und Schadloshaltung Belgiens genügend gewahrt.

XIII. Verletzung der belgischen Neutralität.

Unsere militärische Leitung erklärte für einen erfolgreichen Feldzug gegen Frankreich den Durchmarsch durch Belgien als ein absolutes Gebot strategischer Notwendigkeit. Not kennt kein Gebot, wie der Reichskanzler in der Rede vom 4. August 1914 sagte. Wir hatten einen Existenzkampf zu führen. Zudem lagen uns Nachrichten von einem beabsichtigten Aufmarsch französischer Truppen an der Maas, auf der Strecke Givet-Namur vor. Unter Erwähnung dieser Nachrichten ließ der Reichskanzler am 2. August in Brüssel erklären, es sei eine Frage der Selbsterhaltung für Deutschland, dem französischen Angriff, den Belgien ohne Hilfe nicht genügend abzuwehren imstande sein werde, zuvorzukommen. Belgien möge keinen Akt der Feindseligkeit gegen sich darin erblicken, wenn wir im Kampf gegen Frankreich belgisches Gebiet betreten müßten. Um jede Mißdeutung unserer Absichten auszuschließen, machten wir folgende Zusagen für den Fall, daß Belgien eine wohlwollende Neutralität einnehmen würde: 1. Garantie des Besitzstandes und der Unabhängigkeit des Königreichs in vollem Umfange beim Friedensschluß. 2. Räumung des belgischen Gebiets, sobald der Frieden geschlossen sei. 3. Barzahlung

aller Bedürfnisse unserer Armee und Ersatz allen, etwa durch deutsche Truppen verursachten Schadens. Im Falle jedoch eines bewaffneten Widerstandes oder sonstiger feindlicher Handlungen gegen unseren Durchmarsch müßten wir Belgien als unseren Feind betrachten[1]).

Die belgische Politik war unter der Regierung Alberts II., der selbst in frankophilen Neigungen erzogen war, dank dem Einfluß des vorherrschenden wallonischen Elements, der Franskillons, immer mehr in das französische und Entente-Kielwasser gesteuert. Die bekannten Berichte des belgischen Gesandten, vor allem des weitblickenden Barons Greindl in Berlin, hatten die Regierung seit Jahren vergeblich gewarnt. Die belgische Armee war in den letzten Jahren so vergrößert worden, wie es dem neutralen Charakter des Landes kaum mehr entsprach, die belgische Militärliteratur behandelte die Kriegsfrage immer nur vom Gesichtspunkt eines Zusammengehens mit Frankreich[2]).

Am 31. Juli hatte Sir E. Grey bereits den englischen Gesandten in Brüssel angewiesen, der belgischen Regierung die Erwartung auszusprechen, daß sie ihre Neutralität „mit äußerster Kraft" aufrechterhalten würde, und am 1. August hatte Sir T. Villiers telegraphiert,

---

[1]) Weißbuch II, 1915.

[2]) Man wußte auch, daß 1913 ein französischer General eine Generalstabsreise auf belgischem Boden gemacht hatte.

daß Belgien hierzu bereit wäre (Blaubuch 115 und 128). Aus Brüſſel kam eine ablehnende Antwort auf unſere Anerbietungen, Belgien rüſtete ſich zum bewaffneten Widerſtand, der König appellierte an den Beiſtand Englands, Frankreichs und Rußlands. In der Nacht vom 3. zum 4. Auguſt erfolgte unſer Einmarſch. Nach dem Falle von Lüttich machten wir einen zweiten Verſuch, Belgien die Schrecken des Krieges, ſoweit als möglich, zu erſparen. Wir ließen die Brüſſeler Regierung wiſſen, daß zu unſerem Bedauern uns die Kriegsnotwendigkeiten zur Einnahme der Maasfeſtung, als Stützpunktes für unſere militäriſchen Operationen gegen Frankreich, gezwungen hätten. Wir wären aber nicht als Feinde Belgiens gekommen. Nachdem dieſes ſeine Waffenehre durch tapferen Widerſtand genügend gewahrt hätte, wären wir auch jetzt noch zu jeder Verſtändigung bereit, die ſich mit dem Feldzug gegen Frankreich vereinigen ließe. Wir gaben noch einmal die Verſicherung, daß wir keine Annexion belgiſchen Gebietes erſtrebten, daß wir dasſelbe räumen würden, ſobald die Kriegslage dies erlaubte. Aber die belgiſche Regierung berief ſich auf ihre erſte Antwort, die ſie nur wiederholen könnte. Sie ſtellte ſich auf die Seite unſerer Feinde. So wurde das unglückliche Land — durch Jahrhunderte der Schauplatz europäiſcher Kriege — auch diesmal in den Strudel der Kämpfe und Leiden hineingeriſſen. Die Haltung der Bevölkerung, die überſtürzten Anordnungen der Regierung

ließen den Krieg vielfach in leidenschaftliche Franktireurkämpfe ausarten. Die Erzählungen der „belgischen Greuel" wurden alsbald von der feindlichen Presse, mit tendenziöser Phantasie ausgeschmückt, in der Welt verbreitet, um gegen uns Propaganda zu machen.

Daß unser Einmarsch ein formelles Unrecht war, ist unsererseits vom ersten Tage an nicht geleugnet worden. Unser Recht war die Notwehr. Und dem Geist der Verträge haben wir zu entsprechen gesucht, indem wir die Garantie der völligen Wiederherstellung anboten. Alles das hatten wir auch in England geltend gemacht. Am 4. August, gegen Schluß der Reichstagssitzung, ließ sich der englische Botschafter bei mir melden und stellte mir nochmals die Frage, ob Deutschland die belgische Neutralität respektieren würde. Ich konnte ihm nur antworten, daß unsere Truppen bereits die belgische Grenze überschritten hätten. Ich setzte ihm unsere zwingenden Gründe auseinander. Nach einigen Stunden kam Sir E. Goschen wieder und forderte bis 12 Uhr nachts eine Erklärung, daß wir dem Vorrücken der Truppen in Belgien Einhalt gebieten würden. Sonst sei er beauftragt, seine Pässe zu fordern, und England werde Belgien schützen (Blaubuch 160). Es war die englische Kriegserklärung.

Am gleichen Tage, am 4. August, hatte Sir E. Grey auch der belgischen Regierung erneut die Erwartung aussprechen lassen, sie werde einer Verletzung der Neutralität

durch Deutschland „mit aller Kraft Widerstand leisten". England sei in diesem Falle bereit, sich Rußland und Frankreich anzuschließen, er bot Belgien „eine gemeinsame Aktion" gegen uns an (Blaubuch 155). Am 2. August jedoch hatte der englische Staatssekretär, nach einem Ministerrat, bereits dem französischen Botschafter die Zusicherung gegeben, daß, falls die deutsche Flotte in kriegerischer Absicht gegen Frankreich in den Ärmelkanal eindringen oder die Nordsee durchqueren würde, die englische Flotte „allen in ihrer Macht stehenden Schutz gewähren"[1]) würde (Gelbbuch 137), und schon am 1. August hatte er Herrn P. Cambon gegenüber die zwei „Möglichkeiten" erörtert, wie „die Bewegungsfreiheit der englischen Regierung", die eine Neutralitätserklärung gegenüber Deutschland abgelehnt hätte, „zum Ausdruck kommen könnte", erstens durch die Erklärung, daß England die Verletzung der belgischen Neutralität nicht dulden würde, zweitens durch die Erklärung, daß es sich der Durchfahrt des deutschen Geschwaders durch den Kanal und jeder Demonstration an der französischen Küste widersetzen würde (Gelbbuch 126). Also auch *ohne* die Verletzung der belgischen Neutralität! und während Grey an demselben Tage unserem Botschafter sagte, „vorläufig beständen nicht die geringsten Absichten, gegen

[1]) Die englische Flotte, die am 27. Juli nach den Manövern auseinandergehen sollte, war in Portsmouth konzentriert geblieben (Rotbuch 38).

uns feindlich vorzugehen“[1]). Aber die belgische Frage erschien zugkräftiger, um die widerstrebenden Elemente im Kabinett und die öffentliche Meinung Englands für den Krieg zu gewinnen. Belgien konnte für Englands Interessen bluten. Das war der „Schutz der kleinen Nationen“. „Der schöne Widerstand der Belgier“, sagt Sir E. Grey am 5. August dem Grafen von Lalaing, „erleichtert die Aufgabe des englischen Kabinetts vor der öffentlichen Meinung“ (belgisches Graubuch 27). Mr. Asquith gebraucht am 6. August große Worte vor dem Parlament, um Englands Haltung zu rechtfertigen. Unsere Vorschläge betreffs Englands Neutralität, die den Krieg vom Westen Europas, von Frankreich und Belgien fernhalten sollten, nennt er „schändlich“, und „um den Preis der Ehre Englands“ hätte dieses nur unsere Vorschläge annehmen können. Lord Salisbury war anderer Ansicht. Am 4. Februar 1887, als der Stand der deutsch-französischen Beziehungen bedrohlich wurde, erschien in dem damals offiziösen Standard ein Artikel, in dem ausgeführt wurde, daß, wenn einer der beiden Gegner (Frankreich und Deutschland) ein Wegerecht durch Belgien beanspruche und sich dabei verpflichte, nach Ende des Krieges die Freiheit und Unabhängigkeit Belgiens wiederherzustellen, so sei der Weg für England klar vor-

[1]) Telegramm des Fürsten Lichnowsky vom 1. August 1/2 6 Uhr abends, veröffentlicht in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 6. September 1914; siehe auch oben Seite 158ff.

gezeichnet. Es würde ein Wahnsinn sein, in diesem Falle Verbindlichkeiten auf sich zu nehmen, wenn England dadurch in einen Krieg verwickelt werden könnte[1]).

Auch die Kabinettsmitglieder Lord Morley, Burns und Trevelyan waren anderer Ansicht gewesen, sie traten aus der Regierung aus.

Aus dem ganzen Verhalten Sir E. Greys geht klar hervor, daß die Verletzung der belgischen Neutralität nicht der tiefere Grund für die Teilnahme Englands am Kriege war, alle seine Zögerungen und Schwankungen während der Verhandlungen sind bedingt durch die Rücksicht auf die öffentliche Meinung des Landes; um diese für den Krieg zu stimmen, erwies sich die belgische Frage als der beste Vorwand.

Frankreich und England erklärten am 12. August auch Österreich-Ungarn den Krieg. So standen sich nach jahrzehntelangem diplomatischem Geplänkel die zwei europäischen Mächtegruppen nun mit dem Schwert in der Hand gegenüber auf der Wahlstatt. Gegen die Gefahr der französisch-russischen Annäherung hatte Bismarck das Schutzbündnis der Mittelmächte geschlossen, andere

---

[1]) Man nimmt an, daß der Artikel aus der Feder des Lord Salisbury nahestehenden Schriftstellers Alfred Austin stammte. Es lag hier ein offiziöser Fühler Lord Salisburys vor, und die von uns während des Krieges in den belgischen Archiven gemachten Funde haben bestätigt, daß die englische Regierung im Jahre 1887 entschlossen war, einem etwaigen Durchmarsch Deutschlands oder auch Frankreichs durch Belgien keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Mächte hatten hüben und drüben Aufstellung genommen. Das „Cauchemar des coalitions“ war Wirklichkeit geworden und hatte zum großen Waffengang geführt. Aber die aggressive Tendenz lag in dem französischen Rachedurst, in dem panslawistischen Expansionsdrang. Und Englands historische Politik war es, gegen die stärkste Macht des Kontinents Stellung zu nehmen, gegen den stärksten Rivalen zur See und im Handel. Der deutsch-österreichische Bund war defensiver Natur, denn wir waren „saturiert“. Aber trotz aller Friedensliebe von Kaiser, Regierung und Volk: den Willen, unsere Stellung in der Welt zu verteidigen, hatten wir, und das Recht dazu!

XIV. Die Schuldfrage.

Mit elementarer Gewalt ist das Gewitter in der politischen Schwüle ausgebrochen, die sich seit Jahrzehnten über Europa gelagert hatte. Vergeblich waren unsere Bemühungen gewesen, die drohenden Wolken zu zerteilen. Auf die deutsche Eiche zielten ihre Blitze.

Von einer „Schuld" am Kriege kann nur sprechen, wer die Erfahrungen der Geschichte leugnet. Solange es bisher Politik — d. h. Geschichte — gegeben hat, ist als ultima ratio in den Differenzen der Völker an die Entscheidung der Waffen appelliert worden. Die Heroen aller Zeiten und aller Länder[1]) wären dann auch nur „Schuldige", die Hälfte aller Denkmäler auf der Erde müßte man niederreißen. Möglich, daß Schrecken und Elend, die der letzte, furchtbarste Krieg über die Welt gebreitet hat, die moralischen Begriffe allgemein umformen, verfeinern und veredeln, möglich, daß ein stärkeres Solidaritätsgefühl der Menschheit nicht nur als zeitgenössisches Produkt des Entsetzens über den Anblick

[1]) Von Cäsar bis zu Karl dem Großen, vom 14ten Ludwig bis zu den beiden Napoleons, von der Königin Elisabeth und Oliver Cromwell bis zu Pitt und sogar bis zu Chamberlain, der den Burenkrieg machte, von George Washington bis zu Abraham Lincoln.

des Trümmerfeldes[1]), sondern als dauernder Gewinn aus den Erfahrungen des Weltkrieges bei allen Nationen hervorgeht. Das Verhalten der Feinde dem unterlegenen Deutschland gegenüber läßt nicht auf „Versöhnung der Völker" schließen. Einstweilen befördert es nur die Ausbreitung bolschewistischer Herrschaft, d. h. Vernichtung aller Kultur. Wenn aber eine Umgestaltung der Welt, ihrer Anschauungen und Leidenschaften möglich sein sollte, dann wäre auch eine radikale Abrüstung der Staaten die logische Konsequenz, zu der, wie es scheint, weder England noch Frankreich bereit sind. Aber auch der Völkerbund scheint den Krieg nicht unter allen Bedingungen ausschließen zu sollen.

Deutschland, der Kaiser, der Kanzler und alle verantwortlichen Leiter haben den Krieg nicht gewünscht. Die Kriegserklärung ist ein rein formaler Akt, der sich aus strategischem Zwang — wie hier aus der russischen Mobilisation — ergeben kann. Hatte England oder Japan etwa mehr Grund, in den Krieg einzutreten? Von Italien und Rumänien gar nicht zu reden, es sei denn, daß Sacro Egoismo und Treubruch als „moralische" Kriegsmotive gelten sollen.

[1]) Als ich beim Abschied von dem Botschafter Cambon mit diesem über die Schrecken des Krieges sprach, sagte er philosophisch: „Wenn die alte Generation, die einen Krieg erlebt hat, abstirbt und eine neue heranwächst, die die Schrecken des Krieges nicht kennt und Tatkraft und Kampflust in sich fühlt — etwa alle 40 Jahre —, wird die Menschheit von einem Kriege heimgesucht; das ist der Lauf der Welt."

Deutschland hat den Krieg zu vermeiden gesucht, solange dies mit Ansehen und Großmachtstellung, mit Bündnispflicht und Selbsterhaltung vereinbar erschien. Es konnte ihn nicht wollen, denn auch ein siegreicher Krieg bot keine Ziele, sondern nur Probleme, wie vor allem das polnische, für welches angesichts der geographischen Lage des Landes und des unruhigen Charakters des Volkes eine wirklich befriedigende Lösung sich gar nicht finden ließ. Daß dieses Problem aber aus einem Konflikt mit Rußland unausbleiblich aufsteigen mußte, hat auch Bismarck schon befürchtend vorausgeschaut. Deutschland konnte den Krieg nicht wollen, weil es, auf eine kontinentale Austragung des Kampfes angewiesen, seine Kolonien feindlichem Zugriff so gut wie wehrlos ausgesetzt, seinen Seehandel und seine Kauffahrteischiffe preisgegeben wußte. Nationale Aspirationen hatte Deutschland nach der Einigung seiner Stämme nicht mehr. Deutsche Brüder wohnten nur in Österreich, mit dem wir Seite an Seite fochten. Die Deutschen im baltischen Ordensland wußten sehr wohl, daß ihretwegen Deutschland nicht das Risiko eines Krieges laufen würde, sie hatten sich oft genug über die kühle Abweisung ihrer Hilferufe beschwert. Als der Krieg freilich zur Eroberung der russischen Ostseeprovinzen führte, wurde es wohl eine Ehrenpflicht, an die Befreiung derer zu denken, die Jahrhunderte hindurch das Deutschtum mutig gegen fremde Unterjochung verteidigt

hatten[1]). Wo sollten die „Kriegsziele" liegen? Jeder deutsche Staatsmann wußte erfahrungsgemäß, daß fremdstämmige Eingliederungen nur eine Schwächung des nationalen Staates bedeuten. Wegen geringer, industriell vielleicht wertvoller Besitzerweiterung des lothringischen Erzgebietes würde kein noch so eroberungslustiger Staat einen Existenzkampf gegen eine übermächtige Koalition heraufbeschwören. Und Belgien? Als nach Ansicht der militärischen Leitung strategische Notwendigkeit den Durchmarsch gebot, hat Deutschland alles versucht, um die belgische Regierung vom Anschluß an unsere Feinde abzuhalten, und in seiner ersten Kriegsrede vom 4. August 1914 hat der Kanzler erklärt, an Belgien die Verletzung der Neutralität wieder gutmachen zu wollen. Als dann nach der englischen Landung und der leidenschaftlichen Teilnahme der Belgier am Kriege ein irregeleiteter Teil unserer öffentlichen Meinung die Angliederung Belgiens und den Besitz der flandrischen Küste forderte, hat die deutsche Regierung es stets vermieden, sich diese Forderung zu eigen zu machen. Das weiteste, wozu sie gegangen ist, war, Maßnahmen in Aussicht zu stellen, um zu verhindern, daß Belgien wieder der Schau-

[1]) Durch die siegreichen Westmächte sind sie jetzt dem Wüten des russischen Bolschewismus preisgegeben worden, haben großenteils, nur das Leben rettend, von Haus und Hof fliehen müssen! Uralte westliche Kultur wird hier der Zerstörung durch rohe, verhetzte Volksinstinkte und anarchistischen Wahnsinn von denjenigen Mächten geopfert, die sich als Vorkämpfer der Zivilisation aufspielen.

platz eines feindlichen Aufmarsches gegen uns werden und selbst sich unseren Gegnern anschließen könnte. Aber das erst, nachdem Belgien sich in die Arme unserer Feinde geworfen und durch sein Verhalten unsere Zusagen hinfällig gemacht hat. Unsere Feinde, wie kürzlich noch Herr Poincaré in seiner Rede bei Eröffnung der Pariser Friedenskonferenz[1]), haben uns Weltherrschaftsträume angedichtet. Woraus schließen sie das? Etwa daraus, daß Deutschland einen Platz in der Welt haben wollte, daß es Kolonien erwarb[2]), daß es seinen Handel über die Welt ausdehnte und daß es zum Schutze dieser seiner Interessen eine Flotte baute? Haben das unsere Gegner (selbst Italien) nicht auch und noch in höherem Maße getan? Deutschlands größtes Interesse war es und mußte es sein, in friedlichem Wettbewerb mit den anderen großen Nationen seine wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte weiter entfalten zu können. Wenn man das in den letzten Dezennien besonders hervorgetretene Ausbreitungsbedürfnis aller Großmächte, ihre Weltpolitik und Weltwirtschaft, mit dem Worte

---

[1]) Am 18. Januar 1919.

[2]) Die deutschen Kolonien hatten nur einen Umfang von etwa 3 Millionen Quadratkilometern und eine Einwohnerzahl von etwa 12 Millionen, also nicht zu vergleichen mit den „imperialistischen" Erwerbungen anderer Staaten, Englands, Frankreichs, Rußlands (in Asien), ja relativ auch Italiens und Belgiens. War die Anwendung der Monroedoktrin, war die amerikanische Herrschaft über Kuba, der Erwerb der Philippinen nicht imperialistisch? Ist es das Streben Japans in Ostasien nicht?

„Imperialismus" bezeichnen will, so hat der Imperialismus Deutschlands durchaus friedliche Ziele gehabt.

Aber wir haben gesehen, wie seit mehr als 40 Jahren der Revanchegedanke — also ein ausgesprochener Kriegswille — Frankreich beherrschte, wie er zur Allianz mit Rußland führte, seitdem dort die allslawischen, antideutschen Tendenzen die Oberhand gewannen, wie schließlich die Entente mit England die große Koalition gegen uns, die „Einkreisung", hervorbrachte. Das russische Zarenreich, nur dem Machtinstinkt folgend, innerer Kulturarbeit unfähig, ließ sich von dem ihm innewohnenden Expansionsprinzip treiben; äußere Kriege bildeten stets sein Ventil für die innere dumpfe Luft. Bereits Gortschakow hatte Bismarck die Frage gestellt, ob Deutschland im Falle eines Krieges mit Österreich wegen orientalischer Fragen neutral bleiben würde, aber einen Garantievertrag für deutschen Besitz — Elsaß-Lothringen — lehnte er gleichzeitig ab. Den Wegen Katharinas folgend, von Volksströmungen geleitet, strebte Rußland nach der Hegemonie im Orient, nach dem Protektorat über die „seinem Herzen so nahestehenden"[1]) Balkanvölker, nach der Herrschaft über Byzanz, dem dominie-

[1]) Artikel 5 des Entwurfes einer russisch-bulgarischen Militärkonvention von 1909 sagt: „In Anbetracht, daß die Verwirklichung der hohen Ideale der slawischen Völker auf der Balkanhalbinsel, die dem Herzen Rußlands so nahestehen, nur nach einem günstigen Ausgang des Kampfes mit Deutschland und Österreich-Ungarn möglich ist, usw." Russisches Rotbuch, Heft II, Nr. 26.

renden Einfluß bis zur Adria. Dort im Balkan stieß es auf die Donaumonarchie. Selbst von slawischen Stämmen durchsetzt, geographisch in der gleichen Ungunst der Mittellage wie Deutschland befindlich, wäre sie durch die Verwirklichung der russischen Pläne eingeschnürt, zu ohnmächtigem Kleinstaatendasein verurteilt worden. Die Losreißung der südslawischen Landesteile der Krone Habsburg wäre die unausbleibliche Folge gewesen. Sie hätte das Gefüge der Monarchie gesprengt (wie dies nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges geschehen ist). Es handelte sich um eine Lebensfrage für Österreich-Ungarn.

Ich habe oben von den Balkanwirren der letzten Jahre eine ausführliche Schilderung gegeben. Von Krise zu Krise sahen wir hier die russische Diplomatie als Förderer der Unruhen, als Agitator gegen Österreich auftreten, und immer wieder fanden wir Deutschland mit Österreich bemüht, den Konflikt zu verhindern[1]). Soeben war es gelungen, die letzte dieser Krisen, die albanische, mit dem ganzen Aufgebot des europäischen Konferenzappa-

[1]) Die sogenannte Ahrenthalsche Politik, welche Herrn Iswolski Gelegenheit zur Entwicklung der bosnischen Krise gab, und welche für Österreich-Ungarn eigentlich nur einen Firmenwechsel (um den Preis des Sandschaks!) bezweckte, mag ein Fehler, ein unnützer Aufwand von Kraft gewesen sein. Aber, obwohl Buchlau vorhergegangen war und Österreich in seinen Ansprüchen durch Verträge mit Rußland (Reichstadt) gedeckt war, war es gerade letzteres, welches die Dinge hart an den Rand des Krieges trieb. Hätten die Zentralmächte einen solchen gesucht, so wäre der damalige Zeitpunkt, wo Rußland viel schwächer gerüstet war, für sie bei weitem günstiger gewesen.

rates, mit unendlich mühsamen Verhandlungen beizulegen. Doch dem Einsichtigen mußte es klar sein, daß die Ergebnisse der Londoner Konferenz, die selbst durch Krieg unterbrochen wurde, wie des Bukarester Friedens nur Provisorien waren, daß die Kriegsgefahr aus dem Balkan uns noch dauernd bedrohte. Weder Serbien, Bulgarien, Rumänien, noch Griechenland, Montenegro und Albanien waren voll befriedigt worden. In den slawisch-orthodoxen Ländern wühlte der russische Einfluß, in Albanien intrigierte Italien. Das mußte über kurz oder lang zu neuen Konflikten führen, und Rußlands Kriegsrüstung wurde immer gewaltiger, nahte sich ihrer Vollendung. Da, kurz nach Beilegung dieser letzten Krise, erfolgte das serbische Attentat gegen die habsburgische Monarchie in der Person ihres Thronerben. Die Dynastie war das Band, das die Völker Habsburgs zusammenhielt, mit ihrem Wegfall oder ihrer Schwächung stand die Zerbröckelung des Reiches bevor. Und in Serbien war es, wo Rußland fortgesetzt den Hebel gegen Österreich einsetzte, wo die panslawistische Agitation, geschürt von russischen Agenten, durch die großserbische Propaganda auf die Losreißung von Landesteilen des Kaiserstaats hinstrebte. Sollte man es dem „gemütlichen Österreich" verdenken, daß es dem kleinen serbischen Nachbarn endlich ein Quos ego zurief, daß es Sühne des Frevels und Ruhe an seiner Grenze verlangte? Wollte Rußland den Frieden, so konnte es unbeschadet seines

Ansehens einen Ausgleich suchen, zu dem wir die Hand boten. Aber die Karten der Entente waren gemischt, Rußland spielte Trumpf, indem es gegen uns mobilisierte. Und seine Partner hielten die Karten schon in der Hand, um nachzuspielen.

Wir hatten das Bündnis mit dem Habsburgstaat. Der Inhalt des Vertrages, unsere Verpflichtungen waren bekannt. Sollten wir Österreich verhindern, Genugtuung und Garantien von Serbien zu fordern? Sollten wir es im Stich lassen? Bismarck hatte 1876, noch vor dem Bündnis mit Österreich, an Gortschakow geschrieben, „wir könnten es nicht darauf ankommen lassen, daß einer unserer Freunde so schwer verwundet oder geschädigt würde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde". Und in der Denkschrift an Kaiser Wilhelm I., in der er 1879 die Notwendigkeit des Bündnisses begründet, führt er aus, „das Deutsche Reich dürfe es nie darauf ankommen lassen, auf dem europäischen Kontinent zwischen Rußland und Frankreich neben dem niedergeworfenen und von Deutschland im Stiche gelassenen Österreich-Ungarn isoliert zurückzubleiben. Deutschland müsse also auch ohne Gegenseitigkeit so handeln, als befinde es sich im Besitze eines Bündnisses". Bismarck sieht hier in dem Fortbestand Österreichs als Großmacht eine Lebensfrage für Deutschland. In dem früher zitierten Brief schrieb er 1887 an

Lord Salisbury: „Wir werden einen russischen Krieg vermeiden, solange es mit unserer Ehre und unserer Sicherheit vereinbar ist und solange die Unabhängigkeit Österreich-Ungarns, dessen Bestand als Großmacht für uns eine Notwendigkeit allerersten Ranges ist, nicht in Frage gestellt wird."

Eine Ablehnung der Bitte Österreichs mußte das moralische Ende des Bündnisses und dies — oder gar eine Niederwerfung des Bundesgenossen durch Rußland, wozu ein Einzelkrieg zwischen den beiden Mächten unzweifelhaft geführt hätte — die Isolierung Deutschlands bedeuten. Die Feindschaft der französischen und englischen Sozien Rußlands aber richtete sich nur gegen Deutschland[1]). Hätte dieses seinen zuverlässigsten und stärksten Bundesgenossen verloren[2]), so wäre es ohnmächtig der Willkür der Koalition preisgegeben, politisch abhängig geworden. Wie Ranke sagt, gibt das Maß seiner Unabhängigkeit einem Staat seine Stellung in der Welt, und nur, wenn er sie nach außen besitzt, kann er seine Aufgaben im Innern lösen. Eine Absage an

[1]) In einem Schreiben, welches der Gesandte Fürst Kudaschew am 5. Februar 1916 aus dem Kaiserlichen Hauptquartier an Sasonow richtete, heißt es: „Das Ergebnis wird eine Zertrümmerung der Kraft Deutschlands, d. h. die Erreichung des einzigen, allen Verbündeten gemeinsamen realen Kriegszieles sein." Russisches Rotbuch, Heft I, Nr. 5.

[2]) Ohne Österreich-Ungarn wäre die Bundesgenossenschaft Italiens noch wertloser geworden. Italien hätte aber auch nie den Bund mit Deutschland allein gegen die Ententegruppe aufrechterhalten können.

Wien hätte den Krieg für den Augenblick vielleicht hinausgeschoben[1]). Aber Rußland hatte gezeigt, daß es seinen ehrgeizigen Plänen nicht entsagen, daß es keine Ruhe geben wollte; seine „historische Aufgabe", die Beherrschung der Meerengen, glaubte es nur während eines allgemeinen europäischen Krieges erfüllen zu können[2]). Frankreich lauerte seit Dezennien auf den Moment der Abrechnung. In den kommenden Jahren mußte bei der zunehmenden militärischen Erstarkung Rußlands — etwa 1917 sollten seine Rüstungen ganz beendet sein — der Krieg für uns und Österreich-Ungarn eine noch sehr viel größere Gefahr bedeuten als jetzt. Um so mehr war es unsere Pflicht, fest und ohne Wanken an die Seite unseres Bundesgenossen zu treten. Damit soll nicht gesagt sein, daß Deutschland nicht bis zum letzten Augenblick jede Möglichkeit, den Krieg durch Verständigung zu vermeiden, zu ergreifen bereit gewesen ist und zu ergreifen versucht hat. Den Beweis liefern die Veröffentlichungen aller Buntbücher. Wo sind „die Veröffentlichungen aus den Kaiserlichen Archiven", von denen Herr Poincaré in seiner Rede vom 18. Januar d. J. gesprochen hat, und die beweisen sollen, daß wir der Angreifer gewesen seien? Ist dem Redner vielleicht

---

[1]) Es ist immer als schwerer Fehler unserer Politik zur Napoleonischen Zeit anerkannt worden, daß Preußen 1805 nicht mitschlug; die Folge war 1806—07.

[2]) Siehe oben S. 76.

eine Verwechselung mit Dokumenten aus den „Kaiserlich russischen" Archiven, mit den Aussagen des Suchomlinow-Prozesses untergelaufen? Soll etwa die Publikation aus Süddeutschland — Wiedergabe der Eindrücke eines jungen Diplomaten aus Gesprächen, nicht mit den verantwortlichen Stellen, dem Kanzler oder mir, sondern mit einem nachgeordneten Beamten und mit fremden Diplomaten — zu der Ungeheuerlichkeit interpretiert werden, daß die Reichsleitung blutdürstend zum Kriege getrieben habe? Nur Hypokrisie oder böser Wille oder völlige Unkenntnis der im entscheidenden Augenblick bei uns vorwaltenden Motive kann es wagen, solche Behauptungen aufzustellen. Vom Kaiser herab bis zum letzten Beamten des Auswärtigen Amtes bestand der Wunsch und die Hoffnung, dem Blutvergießen auszuweichen, wenn es ohne Gefährdung unseres Bundesgenossen und unserer selbst geschehen konnte. Einzig und allein die beabsichtigte Überstürzung der russischen Mobilmachung zwang uns zu dem Entschluß des Ultimatums und der Kriegserklärung an Rußland. Der Entschluß war gewißlich der schwerste, der sich denken ließ, aber Deutschland konnte der Stunde der Entscheidung nicht ausweichen, es mußte den aufgezwungenen Kampf für seine Selbstverteidigung annehmen.

Das Wort Prestige ist oft mißbraucht worden, aber die Großmachtstellung einer Nation, deren Betätigungsmöglichkeit nach außen hängt von ihrem Ansehen

ab. Nicht nur indirekt, durch die Erhaltung Österreichs, stand deutsches Interesse auf dem Spiel. Durch die Stabilierung der russischen Herrschaft oder Vormachtstellung im europäischen Orient wurde unser Einfluß in Konstantinopel, unsere wirtschaftliche Ausbreitung sowohl im Balkan, wie darüber hinaus in der Asiatischen Türkei unterbunden, wurden die Unternehmungen in Anatolien und Mesopotamien, das Erschließungswerk der Bagdadbahn, für das wir gerade durch Abkommen eine ruhige Entwicklung zu sichern suchten, abgeschnitten. Eine Machtausdehnung Rußlands durch Bildung eines slawischen Blocks von der Ostsee bis zur Adria hätte den Druck des „Kolosses" auf Europa und auf unsere an sich schon schwierige Lage in dessen Zentrum unerträglich gemacht. Auch dies waren Lebensfragen für Deutschland. Kulturelle Werte waren gefährdet. Wollten wir sie nicht verteidigen, so war unser Ansehen dahin.

In dem Kampf gegen Ost und West versagten unsere Bundesgenossen, Italien und Rumänien, uns die Waffenhilfe. In schnödestem Treubruch erhoben sie später sogar das Schwert gegen uns. Japan, seit 1902 mit England verbündet, durch unsere Teilnahme am sogenannten „ostasiatischen Dreibund" (1895) noch gegen uns verstimmt, und vor allem geleitet durch eine nackte Interessenpolitik, die den europäischen Mächtezwist zur Besitznahme Kiautschous und zur Stabilierung seiner Vorherrschaft in Ostasien nutzen wollte, ergriff die Partei

seines englischen Bundesgenossen und von dessen Ententefreunden. Damit wurde der Krieg bis an die fernsten Enden der Welt ausgedehnt. Dann führte die Türkei der Selbsterhaltungstrieb auf unsere Seite, ebenso Bulgarien der Reiz der Machtvergrößerung auf Kosten des verhaßten Serbiens und der Wunsch der Emanzipation von russischer Bevormundung.

Doch die Peripetien des Krieges zu schildern, soll nicht mehr die Aufgabe dieser Ausführungen sein. Ende November 1916, kurz vor dem Friedensangebot, das ich noch mit vorbereitet hatte, schied ich aus dem Amt und aus der Politik aus. Ich trat in die freiwillige Krankenpflege ein und ging als Delegierter nach Kurland. Im Januar 1917 erfolgte der schicksalsschwere Entschluß des unbeschränkten U-Bootkrieges, der zum Kriege mit Amerika führte. Fast zwei Jahre haben Deutschland und Österreich noch standhaft und ruhmvoll weiter gekämpft, dann kam nach dem Abfall Bulgariens der Kataklysmus. Schwere militärpolitische Fehler haben dazu geführt. Der Übermacht der Feinde und der Länge des Krieges sind wir unterlegen, besiegt sind unsere tapferen Heere nicht. Nach der Waffenstillstandsbitte und durch die Revolution sind sie innerlich zusammengebrochen. Es trat ein Nervenkollaps ein, der zum „Selbstmord" führte.

Schluß.

Alle großen Katastrophen der Weltgeschichte haben ihre tieferen Ursachen. Hier war es der Gegensatz der slawischen gegen die germanische Welt, der, sich lange vorbereitend, lange aufgehalten, zum Zusammenprall führte. Daß die letztere, trotz der Waffensiege über Rußland, trotz des Zusammenbruchs der Zarenherrschaft, nun auch, aus tiefen Wunden blutend, darniederliegt, daß jetzt russische Bolschewistenheere, Polen, Tschechen, Südslawen vordrängen, germanische Kulturgebiete an sich zu reißen suchen, war die Schuld unserer angelsächsischen Vettern. England, welches „das russische Schwert hätte in der Scheide halten“[1]) können, fiel uns in den Rücken. Es hat damit bewiesen, daß es mit dem europäischen Interesse nicht mehr solidarisch fühlte. Englischer Neid und Machtwille und vor allem französischer Rachedrang dienten als politischer Sprengstoff, um die Katastrophe des slawischen Bergsturzes zu beschleunigen. Manchem, nicht durch Leidenschaft oder Siegestaumel geblendeten Engländer mögen mit der Zeit doch Zweifel aufsteigen, ob diese Politik die richtige war, ob die Unterwerfung des

[1]) Bismarck in dem Brief an Lord Salisbury.

deutschen Rivalen wohl die Schäden aufwiegt, die der furchtbare, ganz Europa erschütternde, seine Kräfte verzehrende Krieg auch dem alten England verursacht hat. Durch sein Eingreifen ist der Krieg erst eigentlich zum Weltkrieg geworden.

Die ferneren allgemeinen Ursachen des großen Weltbrandes liegen in einer jahrzehntelangen Zuspitzung der europäischen Lage (der Einkreisung der Zentralmächte), in dem Anschwellen des Nationalismus in allen Ländern, dem teils territorialen, teils wirtschaftlichen, „imperialistischen" Ausbreitungsbedürfnis aller national erstarkten Völker, in dem allgemeinen Wettrüsten, dem der einzelne sich schwer entziehen konnte, das aber eine Spannung über ganz Europa breitete. Insofern haben alle Mächte ihren Teil an der „Schuld". Den unmittelbaren Anlaß zum Kriege bildete die Gesamtmobilisation Rußlands, die die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleiches jäh abschnitt. Sie war von Kriegswillen diktiert.

In dem Schuldgeschrei unserer Feinde liegt, wie ich am Eingang gesagt habe, Methode und politischer Zweck. Wenn aber einzelne Individuen, die sich Deutsche nennen, noch Wasser auf die Mühle unserer Gegner tragen[1]), so zeigen sie damit nur Mangel an nationalem und sittlichem Gefühl, an geschichtlichem Verständnis. Sie machen dem deutschen Namen keine Ehre. Schlimm ge-

[1]) Wie kürzlich auf der internationalen Sozialistenkonferenz in Bern.

nug, daß man Selbstverständliches sagen muß. Unpatriotische, undeutsche Schwachmütigkeit ist ebenso verderblich, wie nationalistische, alldeutsche Überhebung. Die „Freiheit," die dem Deutschen nötig ist, ist innerliche Unabhängigkeit und innerliches Gleichgewicht, das im Glück sich nicht an Fanfaren benebelt, im Unglück nicht sklavisch winselt und in der Hoffnung, den Feind durch Selbstbezichtigung milde zu stimmen, Selbsterniedrigung treibt. Gewiß, nicht Selbstverherrlichung, wie sie bei uns mitunter leider getrieben worden ist, ist heil- und kleidsam. Selbsterkenntnis tut not, auch die der Fehler. Aber nur Selbstachtung kann die Selbsterhaltung begründen, kann uns vor der Raserei der Selbstzerfleischung, die jetzt nach russischem Rezept das Land durchtobt, bewahren oder die lebensmüde Gleichgültigkeit bannen, die jeden Spruch siegestrunkener Feinde mit unterwürfiger Gebärde hinzunehmen bereit scheint. Es sind das häßliche Äußerungen momentanen Zusammenbruchs, betrübende Reaktionserscheinungen einer Nerven- und Kräfteüberspannung. Dem unglücklichen Ausgang des Krieges müssen wir Rechnung tragen. Aber verloren ist nur, wer sich selbst verloren gibt. Es ist unsere Pflicht, die Stunde des Unglücks mit Würde und Mut zu tragen, damit unsere gefallenen Helden sich ihres Volkes nicht zu schämen haben, und damit wir unseren Enkeln ein Erbe hinterlassen.